



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Mai 2018



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Stand

30. April 2018

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Frankfurt

Gestaltung

PRpetuum GmbH, 80801 München

Bildnachweis

BMWi / S. 7, 10

Digitalstock
StudioD3x / S. 16

www.flaticon.com
Freepik / S. 13

Fotolia
Tiberius Gracchus / S. 26

Istock
Djedzura / S. 24
Jotily / S. 22
LuckyStep48 / S. 8
Milanvirijevic / S. 30
Mrpluck / S. 10
NicoElNino / S. 29
Skynesher / S. 21
wissanu01 / S. 28

Petra Welzel / Messe Frankfurt / S. 5, 6

Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:

Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Inhalt

Editorial	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen	4
Auf einen Blick	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage	14
Das Nationale Reformprogramm 2018	16
Die Entwicklung des befristeten Arbeitsvertrags	21
Deutsche Wirtschaft im kräftigen Aufschwung	26
II. Wirtschaftliche Lage	33
Internationale Wirtschaftsentwicklung	34
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	36
III. Übersichten und Grafiken	47
1. Gesamtwirtschaft	48
2. Produzierendes Gewerbe	56
3. Privater Konsum	64
4. Außenwirtschaft	66
5. Arbeitsmarkt	68
6. Preise	70
7. Monetäre Entwicklung	74
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse	76
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben	78

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Über 220 000 Besucher, 5 000 Aussteller und zahlreiche Veranstaltungen: Die HANNOVER MESSE ist die zentrale Leitmesse der Industrie. Unter dem Titel „Integrated Industry – Connect & Collaborate“ hat sie wieder eindrucksvoll gezeigt, dass unsere Industrie in vielen technologischen Zukunftsfeldern auch im internationalen Vergleich sehr gut aufgestellt ist. Der Begriff „Industrie 4.0“ ist mittlerweile zu einer anerkannten Marke der deutschen Fertigungsindustrie geworden. Mit der „Plattform Industrie 4.0“ haben wir in Deutschland eines der weltweit größten und erfolgreichsten Netzwerke, um die digitale Transformation unserer Unternehmen zu unterstützen.

Die Messe hat eindrucksvoll belegt: Das Innovationstempo ist enorm. Ob Digitalisierung, Automatisierung, autonomes Fahren, künstliche Intelligenz, Batteriezellenfertigung oder IT-Sicherheit: Wir wollen bei diesen Zukunftstechnologien weltweit führend sein. Dabei wird es entscheidend darauf ankommen, dass wir die Ergebnisse aus Forschung und Entwicklung noch besser verwerten. Wir müssen die Technologien aus dem Labor so rasch wie möglich in die Werkhalle bringen. Dabei kann das Bundeswirtschaftsministerium eine wichtige Rolle spielen. Mit einer Transferinitiative möchte ich Unternehmen dabei unterstützen, Innovationen schneller von der Idee bis zum Markterfolg zu führen.

Auch Existenzgründer sorgen mit Mut, Tatkraft und frischen Ideen für einen lebendigen Mittelstand. Der Wettbewerb zwischen jungen und etablierten Unternehmen ist die Grundlage für weiteren Fortschritt und elementarer Bestandteil unserer Marktwirtschaft. Ich setze mich daher für eine umfangreiche Gründungsoffensive ein. Ein erster wichtiger Schritt ist jetzt getan: Mit der Gründerplattform werden Gründerinnen und Gründer bereits im Vorfeld einer Gründung mit zahlreichen Angeboten unterstützt. Von der Erstellung eines Businessplans bis zu Fragen der Finanzierung und Förderung finden sie dort alle wichtigen Informationen und Kontakte.

Ich freue mich, dass Mexiko dieses Jahr Partnerland der HANNOVER MESSE war. Mexiko und die Europäische Union haben kürzlich ihre Handelsbeziehungen weiter vertieft. In Zeiten, in denen protektionistische Strategien die internationalen Debatten bestimmen, ist die Modernisierung des Handelsabkommens mit Mexiko ein gutes und wichtiges Signal für einen freien und fairen Handel. Der Kurs der Europäischen Union ist richtig: Wir setzen auf Öffnung, nicht auf Abschottung. Gleichzeitig wird das Abkommen hohe Standards beim Arbeitnehmerschutz setzen sowie Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung enthalten.

In der aktuellen Ausgabe der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik finden Sie wieder spannende und informative Beiträge, zum Beispiel zu den Details der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung, die die Grundlage für die kommende Steuerschätzung liefert. Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hält an und steht auf einem breiten Fundament. Außerdem berichten wir über das Nationale Reformprogramm. Damit nimmt die Bundesregierung Stellung zum Länderbericht der Europäischen Kommission und zu den darin enthaltenen wirtschaftspolitischen Forderungen. Darüber hinaus gibt es verschiedene Kurzbeiträge zu weiteren interessanten Themen – nicht zuletzt zur Feier anlässlich des 70-jährigen Bestehens unseres Wissenschaftlichen Beirats, dem ich auch an dieser Stelle noch einmal meine herzlichen Glückwünsche aussprechen möchte! Politik braucht unabhängige Expertise und fundierte wissenschaftliche Beratung.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche und interessante Lektüre dieser Ausgabe der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik!



Peter Altmaier
Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Deutscher Musikinstrumentenpreis 2018: Wichtigster „Award“ der deutschen Musikinstrumentenbranche



Gruppenfoto (v. l. n. r.): Csilla Kecskés Ávéd – Violoncello, Stefanie Pfaffenzeller – Bratsche, Stephan Kurzawski (Geschäftsleitung Messe Frankfurt), Preissträger Oboe: Gebrüder Mönning (Geschäftsführer Frank Meyer), Preissträger Bratsche: Steffen Friedel, Parlamentarischer Staatssekretär a.D./Präsident der Bundesvereinigung deutscher Orchesterverbände Ernst Burgbacher, Berta Bermejo Moya – Oboe, Nikolai Ammann – Violine.

Am 13. April 2018 wurde der Deutsche Musikinstrumentenpreis auf der internationalen Musikmesse verliehen. „Deutsche Musikinstrumente sind nicht nur High-End-Produkte, sondern wahre Exportschlager. Denn nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland werden Musikinstrumente ‚Made in Germany‘ von professionellen Musikern und auch von Laien geschätzt“, so der Parlamentarische Staatssekretär a. D. und Präsident der Bundesvereinigung deutscher Orchesterverbände Ernst Burgbacher auf dem Festakt zur Verleihung des Deutschen Musikinstrumentenpreises in der Festhalle in Frankfurt am Main.

Der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ausgelobte Preis lenkt seit nunmehr 28 Jahren die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die herausragenden Produkte deutscher Instrumentenhersteller. Mittlerweile gilt der Deutsche Musikinstrumentenpreis nicht nur als Qualitätssiegel, sondern dokumentiert auch die Innovationskraft der Branche. Seit 1991 wurden rund 570 Instrumente zur Teilnahme am Deutschen Musikinstrumentenpreis eingesandt.

Die Bratsche

Die Bezeichnung „Bratsche“ ist abgeleitet von der Viola da Braccio („Armviola“). Ihre Wurzeln liegen im 16. Jahrhundert, jedoch erst ab Mitte des 18. Jahrhunderts trugen Komponisten – allen voran Telemann und Mozart – dem Instrument durch Solokompositionen Rechnung. Die große Wende vollzog sich schließlich im 19. und 20. Jahrhundert mit Werken wie Berlioz' „Harold en Italie“ (1834) und Vorreitern wie Paul Hindemith. Seitdem erhält die Bratsche ihre verdiente Aufmerksamkeit und ist nicht nur im Orchester und in der Kammermusik unverzichtbar. Auch in der Folklore sowie in der Pop- und Rockmusik (z. B. Beatles, Velvet Underground) sorgt sie für interessante Akzente.

Die Bewertung der Musikinstrumente findet im Institut für Musikinstrumentenbau in Zwota statt und erfolgt im Rahmen eines dreistufigen Verfahrens:

1. Subjektive Bewertung der Instrumente durch fünf hochrangige Musiker anhand eines auf einen Fragebogen gestützten Spieltests.
2. Bewertung der handwerklichen Qualitäten durch einen unabhängigen Sachverständigen.
3. Objektive Bewertung der akustischen Eigenschaften auf messtechnischer Basis durch das Institut für Musikinstrumentenbau.

Traditionell wird der Wettbewerb jeweils für zwei Produktgruppen ausgeschrieben. 2018 fiel die Wahl auf die Kategorien Bratsche und Oboe.

Kategorie Bratsche

In der Kategorie Bratsche ging der bedeutende Award an Steffen Friedel aus Dresden für die Wappenbratsche.

Kategorie Oboe

In der Kategorie Oboe setzten sich die Gebrüder Mönnig aus Markneukirchen für die Oboe Modell 155 AM durch.

Die Siegerinstrumente konnten vorab auf der Messe begutachtet werden und wurden auf dem Festakt von namhaften Künstlern des hr-Sinfonieorchesters präsentiert.

Die Oboe

Die Oboe ist die Königin der Holzblasinstrumente. Bereits im Jerusalem des Alten Testaments wurde zu unterschiedlichen Anlässen die Chalil gespielt, die als eine der frühesten Vorgängerinnen der Oboe gilt. Schon damals fiel den Menschen der durchdringende Klang dieses Instruments auf. Die Legende besagt, er sei bei Gottesdiensten im Jerusalemer Tempel bis nach Jericho zu hören gewesen. Heute ist die Oboe Bestandteil des klassischen Orchesters (z. B. Werke von Bach, Mahler, Strauss) und der Kammermusik (z. B. Schumann, Britten), wird jedoch gelegentlich auch in den Bereichen Jazz (z. B. Paul McCandless in der Gruppe Oregon), Rock (z. B. Roxy Music, Genesis) und Pop (z. B. Art Garfunkel im Lied Bright Eyes) eingesetzt. Besondere Beliebtheit gewann die Oboe mit „Gabriel’s Oboe“ von Ennio Morricone aus dem Film „The Mission“.

Mehr Informationen zum Deutschen Musikinstrumentenpreis:

<http://bit.ly/2Kzllf7>

Kontakt: Christiane Hoerner-Warias

Referat: Spezielle Fragen der industriellen Wertschöpfung



Blockchain-Workshop im BMWi



Am 16. April 2018 hatte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie zu einem Blockchain-Workshop eingeladen. Rund 45 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Wirtschaft, der Wissenschaft, aus Forschungseinrichtungen, Verbänden und anderen Bundesministerien diskutierten über die technologischen und regulatorischen Herausforderungen dieser noch jungen, aber sehr vielversprechenden Technologie.

Was ist eine Blockchain?

Blockchains sind dezentrale, digitale Register, die durch kryptographische Verfahren und dezentrale Speicherung ein hohes Maß an Datenintegrität und Vertrauenswürdigkeit bieten.¹ Ihr großes Potenzial beruht auf ihrer Funktionsweise, die sichere und nachprüfbar Transaktionen zwischen Unbekannten ermöglicht. Sie stellen damit eine technologische Lösung für Vertrauensprobleme dar, die sich an ganz unterschiedlichen Stellen des Wirtschaftslebens ergeben.

Anwendungsmöglichkeiten der Blockchain-Technologie gibt es sektorübergreifend in vielen Feldern – zum Beispiel im Mobilitäts- und Energiebereich, bei digitalen Registern und Identitäten oder in der Finanzwirtschaft. Die Blockchain-Technologie könnte damit zu einer wichtigen Schlüsseltechnologie der Digitalisierung werden und disruptive Veränderungen des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens mit

sich bringen. Das hohe wirtschaftliche Potenzial dieser Technologie kommt nicht zuletzt in den hohen Wachstumsraten von Unternehmensgründungen, Investitionen und Patentanmeldungen im Zusammenhang mit Blockchain-Anwendungen zum Ausdruck. Wirtschaftspolitisch stellt sich in diesem Zusammenhang die Aufgabe, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, um die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken.

Welche Herausforderungen gibt es?

Die noch offenen Fragen mit Blick auf die Blockchain-Technologie sind vielfältig. Dementsprechend nahm die Diskussion dieser zum Teil fundamentalen technologischen und rechtlichen beziehungsweise regulatorischen Aspekte einen wichtigen Teil des Workshops ein.

Auf der technologischen Seite müssen unter anderem Fragen zum Ressourcenverbrauch und zur Geschwindigkeit von Blockchains adressiert werden, um deren Wirtschaftlichkeit und Effizienz im Vergleich zu bereits bestehenden Technologien zu verbessern. Eine grundlegende Eigenschaft von Blockchains ist deren dezentrale Verteilung in einem Netzwerk aus vielen Servern. Transaktionen, die über eine Blockchain laufen, müssen in einem aufwendigen kryptographischen Verfahren verarbeitet werden. Das macht Blockchains zum einen sicher gegen Manipulatio-

¹ Eine ausführliche Darstellung der Blockchain-Technologie und ihrer Funktionsweise findet sich in der Schlaglichter-Ausgabe von Oktober 2016.

nen, aber gleichzeitig – noch jedenfalls – auch langsam und teuer. Ein weiterer Aspekt betrifft die noch mangelnde Interoperabilität, d.h. das Zusammenwirken verschiedener Blockchains. In der Regel sind diese für ihre Anwendung optimiert, aber der Transfer von Daten zwischen Blockchains funktioniert derzeit noch nicht besonders gut. Die vertretenen Expertinnen und Experten machten deutlich, dass bereits an Lösungen für diese Probleme gearbeitet wird und sich Blockchains stetig weiterentwickeln werden.

Auf der rechtlichen Seite ergeben sich aus der dezentralen Netzwerkstruktur von Blockchains Fragen zum verantwortlichen Regelungsadressaten, an den beispielsweise Haftungsansprüche und Informationsauskunftersuchen gerichtet werden können. Außerdem ist oftmals unklar, welcher Rechtsraum bei grenzüberschreitenden Netzwerken anzuwenden ist. Eine grundlegende Eigenschaft von Blockchains ist zudem die irreversible Speicherung aller Transaktionen, was im Spannungsverhältnis zu eventuellen Rechten auf Löschung bestimmter Inhalte, wie etwa dem „Recht auf Vergessen-werden“ im Datenschutzrecht, stehen kann. Auch in anderen Bereichen ist die Kompatibilität von Blockchains mit der Datenschutzgrundverordnung noch zu klären.

Wie geht es weiter?

In den spannenden Diskussionen wurde eine Reihe von Bereichen identifiziert, in denen sich die Blockchain-Community ein stärkeres Engagement der Wirtschaftspolitik wünscht. Dies betrifft unter anderem das Setzen einiger grundsätzlicher Standards, zum Beispiel mit Blick auf Sicherheitsanforderungen, die Definition von Formvorschriften oder um die Interoperabilität von Blockchains zu verbessern. Um Blockchains für rechtssichere digitale Identitäten verwenden zu können, bedürfte es ebenfalls der politischen Unterstützung für den notwendigen Ordnungsrahmen. Zudem sollte die Verwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und den Einsatz von Blockchains in ihrem Einflussbereich umsetzen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird den begonnenen Dialog mit Beteiligten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik fortsetzen, um das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel einer umfassenden Blockchain-Strategie der Bundesregierung weiter voranzutreiben.

Kontakt: André Eid
Referat: Wirtschaftspolitische Analysen



Nachhaltigkeit hat viele Facetten: Nachhaltigkeitswoche 2018



In jedem Jahr – so auch 2018 – findet vom 30. Mai bis 5. Juni die Europäische Nachhaltigkeitswoche statt, um den vielen Initiativen auf nationaler wie europäischer Ebene Aufmerksamkeit zu verschaffen. Für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie ist das eine gute Gelegenheit, auf seine vielfältigen Aktivitäten, die Nachhaltigkeit befördern, hinzuweisen.

Denn Nachhaltigkeit bedeutet eben nicht nur, die Umwelt zu schützen und somit für nachfolgende Generationen zu bewahren. Hier leistet das BMWi mit seinen Maßnahmen zur Umstellung auf erneuerbare Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz einen wesentlichen Beitrag.

Nachhaltigkeit hat viel mehr Facetten. Es geht generell darum, die Welt für künftige Generationen lebenswert zu erhalten, und dazu gehören eine gesunde wirtschaftliche Basis, ein gutes soziales Umfeld und die Bewahrung der ökologischen Grundlagen.

Immerhin umfasst die von den Vereinten Nationen verabschiedete Agenda 2030 insgesamt 17 Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs), die mit der – von der Bundesregierung 2017 beschlossenen – Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen und in einer BMWi-Nachhaltigkeitsstrategie weiter konkretisiert wurden.

Zu den für das BMWi besonders relevanten Nachhaltigkeitszielen gehört – neben dem Ziel, den Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle zu sichern (SDG 7) – ein inklusives Wirtschaftswachstum mit produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle (SDG 8), der Aufbau belastbarer Infrastruktur und die Unterstützung zukunftssträchtiger Innovationen (SDG 9), die Verringerung von Ungleichheit in und zwischen Ländern (SDG 10), die Einführung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster (SDG 12) und die Intensivierung globaler Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung (SDG 17).

Nachhaltigkeit spielt somit bei ganz unterschiedlichen Themen, mit denen sich das BMWi beschäftigt, eine wichtige Rolle: Beispielsweise bei der Berücksichtigung nachhaltiger Aspekte im Vergaberecht, bei der Entwicklung der Finanzmärkte hin zu Sustainable Finance, bei Maßnahmen zur Elektrifizierung des Verkehrs, bei der Förderung von Ressourceneffizienz durch Leichtbau, bei den Programmen zur Förderung von Innovationen, bei der Umsetzung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen oder bei der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in Regelungen zur beruflichen Aus- und Fortbildung, aber auch in vielen anderen Bereichen.

Da Akteure aus der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine zentrale Rolle spielen, hat das BMWi ein Stakeholder-Roundtable eingerichtet und dazu neben unternehmensnahen Verbänden auch Gewerkschaften, ausgewählte Umweltverbände und wissenschaftliche Institute eingeladen. Ein erstes Stakeholder-Roundtable fand im November 2017 statt, ein weiteres Treffen ist im Rahmen der Nachhaltigkeitswoche geplant. Grundlegende Informationen und die BMWi-Nachhaltigkeitsstrategie sind auf der Themenseite „Nachhaltigkeit“ zu finden:

<http://bit.ly/2rjW9Cm>

Kontakt: Stefan Liebenberg
Geschäftsstelle Ressortkoordination Nachhaltigkeit



70 Jahre Wissenschaftlicher Beirat beim BMWi



Der Wissenschaftliche Beirat beim BMWi war das erste unabhängige Gremium wissenschaftlicher Politikberatung im Nachkriegsdeutschland. In diesem Jahr feiert der Beirat den 70. Jahrestag seiner Gründung. Im Rahmen einer Festveranstaltung im BMWi mit hochrangigen Teilnehmern aus Wissenschaft und Politik wurden auch wichtige Zukunftsfragen für Deutschland und Europa diskutiert.

Der Wissenschaftliche Beirat beim BMWi besteht in diesem Jahr seit 70 Jahren. Anlässlich der Jubiläums-Feierlichkeiten am 26. April 2018 im BMWi gratulierte Bundesminister Altmaier dem Beirat: „Am Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft hat der Wissenschaftliche Beirat mit seinen fundierten Beiträgen einen wichtigen Anteil. Die Unabhängigkeit wissenschaftlicher Beratung des Beirats und anderer

Institutionen ist ein hohes Gut, das den wirtschaftspolitischen Diskurs für einen Wettbewerb der Ideen eröffnet. Ich danke dem Beirat und freue mich auf eine enge Zusammenarbeit bei unserer aller Aufgabe, der Sozialen Marktwirtschaft eine Renaissance zu ermöglichen und sie zu einem weltweiten Erfolgsschlag made in Germany zu machen.“

Jubiläumsfeier thematisiert Weichenstellungen in Deutschland und Europa

Im Rahmen der Jubiläumsfeier diskutierten Mitglieder des Beirats aktuelle wirtschaftspolitische Fragen mit Vertreterinnen und Vertretern unter anderem des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der Deutschen Bundesbank und des BMWi. So beschäftigte sich ein erstes Panel mit zentralen Herausforderungen für Deutschland. Prof. Dr. Christoph Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrats, Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D., Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin, und Dr. Philipp Steinberg, Abteilungsleiter im BMWi, tauschten sich unter anderem zur voranschreitenden Digitalisierung sowie zu Fragen tatsächlicher und wahrgenommener Ungleichheit aus – im Fokus stand hier die Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft.

In einem zweiten Panel diskutierte Oliver Wittke, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, wichtige Weichenstellungen in Europa mit Prof. Dr. Claudia Buch, Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank, und Prof. Dr. h.c. mult. Martin Hellwig, Ph.D., vom Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern. Dabei reichte das Themenspektrum von der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion über die Gestaltung des Brexit bis hin zur europäischen Reaktion auf aktuelle handelsprotektionistische Tendenzen.

Die Jubiläumsfeier des Beirats ermöglichte nicht zuletzt einen Ideenaustausch über die Landesgrenzen hinaus. So nahmen an den Feierlichkeiten im BMWi auch Mitglieder des französischen Conseil d'analyse économique teil, die im Rahmen eines „Beiratscafés“ über die französische Perspektive auf Europa informierten.

Erstes unabhängiges Gremium der wissenschaftlichen Politikberatung

Aufgabe des Beirates ist es, den Bundesminister für Wirtschaft und Energie unabhängig in allen Fragen der Wirtschaftspolitik in wissenschaftlich fundierter Weise zu beraten. Der Beirat setzt sich aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammen, die auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften als Hochschullehrende tätig sind. Der Beirat bestimmt den Gegenstand seiner Beratungen selbst und teilt die Ergebnisse seiner Beratungen in Form gutachterlicher Äußerungen mit, bei aktuellen Anlässen auch in Form von Briefen.

Der Beirat war das erste unabhängige Gremium der wissenschaftlichen Politikberatung im Nachkriegsdeutschland. Er wurde am 23. Januar 1948 auf Einladung der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, dem Vorläufer des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, in Königstein/Taunus formell konstituiert. Zu den Gründungsmitgliedern zählten insbesondere die Professoren Franz Böhm, Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, Oswald von Nell-Breuning, Erich Preiser und Karl Schiller.

Der Beirat hat sich einen herausragenden Ruf erworben und begleitet die deutsche Wirtschaftspolitik auch aktuell eng mit seinen Stellungnahmen und Impulsen. Zuletzt hat er insbesondere Debattenbeiträge zu Themen wie dem Brexit und Reformen in Europa, aber auch zur Digitalisierung, zu Finanzmarktfragen und zur Energie- und Klimapolitik geleistet. Dabei stehen neben konkreten aktuellen Anlässen immer wieder auch Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik, ordnungspolitische Aspekte und eine langfristige Perspektive im Vordergrund.

Weitere Informationen zum Wissenschaftlichen Beirat beim BMWi, seinen Mitgliedern und seinen Stellungnahmen finden Sie hier:

<http://bit.ly/2FS3c9N>

Kontakt: Dr. Kenan Šehović
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Mai 2018	
07.05.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (März)
08.05.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (März)
15.05.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
22.05.	Rat für Auswärtige Beziehungen – Handel (vormittags)
24./25.05.	Eurogruppe/ECOFIN
28./29.05.	WBF-Rat
Ende Mai 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Juni 2018	
07.06.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (April)
08.06.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (April)
08.06.	TK-Rat
11.06.	Energieministerrat
13.06.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
21./22.06.	Eurogruppe/ECOFIN
28./29.06.	Europäischer Rat
Ende Juni 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Juli 2018	
05.07.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Mai)
06.07.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Mai)
13.07.	Pressemeldung des BMWi zur wirtschaftlichen Lage
13./14.07.	Eurogruppe/ECOFIN
16.07.	Informeller WBF-Rat (Wien)
Ende Juli 2018	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:

www.bmwi.de/abo-service



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:

www.bmwi.de/schlaglichter



Grafik des Monats

Der gesetzliche Kündigungsschutz ...

... ist in einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt. Während es in den USA vergleichsweise einfach für Arbeitgeber ist, ihren Arbeitnehmern zu kündigen, sind die gesetzlichen Bestimmungen zur Entlassung von Arbeitnehmern in Italien sehr restriktiv.

Der deutsche Kündigungsschutz ist dadurch gekennzeichnet, dass er sich für befristete und unbefristete Verträge deutlich unterscheidet: In keinem Industrieland genießen Festangestellte mit unbefristetem Vertrag einen so hohen Kündigungsschutz wie in Deutschland. Im Gegensatz dazu liegt Deutschland beim Kündigungsschutz für Arbeitnehmer mit befristeten Verträgen und Zeitarbeiter unter dem OECD-Durchschnitt.

OECD-Indikator zum Kündigungsschutz*



* Der OECD-Indikator zum Kündigungsschutz misst den Aufwand und die Kosten, die mit der Entlassung von einzelnen Personen oder Gruppen verbunden sind.

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzt sich fort, sein Tempo hat sich zu Jahresbeginn leicht abgeschwächt. Das weltwirtschaftliche Umfeld ist weiterhin günstig, die schwelenden Handelskonflikte bergen allerdings erhöhte Risiken.
- ▶ Die Aufwärtstrends bei den Auftragseingängen im Verarbeitenden Gewerbe und bei der Industrieproduktion haben sich zuletzt abgeschwächt, bleiben aber bestehen.
- ▶ Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte war zuletzt weniger dynamisch. Die Konsumlaune und die Stimmung im Handel bleiben aber zuversichtlich.
- ▶ Die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in weiten Teilen der Wirtschaft sorgt für eine stetig steigende Beschäftigung. Die verbesserten Arbeitsmarktchancen für Bewerber gehen einher mit höheren Herausforderungen für viele Arbeitgeber bei der Mitarbeitersuche. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sinken weiter, strukturelle Herausforderungen bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und regionaler Disparitäten bleiben.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin in einem soliden Aufschwung. Ihre Kapazitäten sind deutlich über normal ausgelastet.¹ Anfang des Jahres hat sich ihr Expansionstempo allerdings etwas verlangsamt. Hierfür sprechen z.B. die einschlägigen Indikatoren für das Geschäftsklima, die sich auf hohem Niveau etwas abgeschwächt haben. Auch das Produktionsvolumen im Produzierenden Gewerbe oder die industriellen Umsätze befinden sich aktuell etwas unterhalb des Niveaus des Jahresschlussquartals 2017. Angesichts der hohen Schlagzahl der deutschen Wirtschaft in den vier sehr wachstumsstarken Quartalen im Jahr 2017 ist dies keine ungünstige Entwicklung. Sie bedeutet kein Ende des Aufschwungs, sondern verbessert die Chancen für seine Verstetigung. So ist das Geschäftsklima weiterhin überdurchschnittlich, die Auftragsbücher sind voll und der Arbeitsmarkt läuft auf hohen Touren. Das außenwirtschaftliche Umfeld zeigt sich günstig, auch wenn die Korrektur

an den Kapitalmärkten und der schwelende Handelskonflikt für eine gewisse Verunsicherung sorgen. Der globale Aufschwung ist vielfältigen Unsicherheiten und Risiken ausgesetzt.

Die Weltwirtschaft expandiert mit hohem Tempo. Die Weltindustrieproduktion blieb allerdings im Januar 2018 gegenüber dem Vormonat nahezu unverändert, lag dabei aber um 4,0% über dem Niveau des Vorjahres. Impulse kamen im Januar weiterhin von den Schwellenländern, während die Produktion der entwickelten Volkswirtschaften etwas schwächer ausfiel. Die weiteren Aussichten für den regional breit angelegten globalen Aufschwung bleiben positiv, auch wenn sich sein Wachstumstempo kaum mehr steigern dürfte. So gab der globale Markt Einkaufsmanagerindex im März nach, blieb aber deutlich in seiner Wachstumszone. Das ifo Weltwirtschaftsklima stieg demgegenüber für das erste Quartal auf den höchsten Wert seit Herbst 2007. Internationale Organisationen haben zuletzt ihre Prognose etwas angehoben. IWF und OECD rechnen für die Weltwirtschaft in den Jahren 2018 und 2019 nunmehr mit einem Wachstum von jeweils 3,9%. Bei dieser Aufwärtsrevision dürfte die Steuerreform in den Vereinigten Staaten eine Rolle gespielt haben. Noch nicht berücksichtigt sind allerdings die aufkeimenden Handelskonflikte. Diese könnten nicht nur den Handel in einigen Bereichen beeinträchtigen, sondern vor allem für Verunsicherung sorgen und bei einer Eskalation den globalen Aufschwung gefährden.

Angesichts des außenwirtschaftlichen Umfelds bleiben die deutschen Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen trotz Abschwächung in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Im Dreimonatsvergleich Dezember/Januar/Februar gegenüber September/Okttober/November legten sie in jeweiligen Preisen um 1,0% zu. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe haben sich vier Monate in Folge abgeschwächt, blieben aber überdurchschnittlich. Dabei dürfte neben der weiteren Aufwertung des Euro der aufkeimende Handelskonflikt eine Rolle gespielt haben. Die nominalen Importe von Waren und Dienstleistungen entwickelten sich im Februar ebenfalls schwächer. Angesichts der steigenden Binnennachfrage dürfte aber auch die Importnachfrage aufwärtsgerichtet bleiben. Insgesamt ergab sich im Januar und Februar ein kumulativer Überschuss der Leistungsbilanz, der über dem Vorjahresstand lag.

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. April 2018 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preis-, kalender- und saisonbereinigter Daten.

Die Industrieproduktion startete sehr verhalten in das neue Jahr, bleibt aber in der Grundtendenz auf Wachstumskurs. Im Februar ging sie um 2,0% zurück und verbuchte damit den dritten Rückgang in Folge. Innerhalb der Industrie war die stärkste Abschwächung bei den Investitionsgüterproduzenten zu verzeichnen (-3,1%). Das Baugewerbe meldete zuletzt ebenfalls eine Abnahme (-2,2%). Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind nach einem starken Minus von 3,5% im Januar im Februar wieder leicht um 0,3% gestiegen, was auf die Orders von Investitionsgütern zurückging (+0,9%). Im ersten Quartal dürfte sich die Erzeugung der Industrie und des Baugewerbes angesichts des schwachen Starts wohl kaum mehr als seitwärts bewegen. Trotz dieser aktuell verhaltenen Entwicklung ist davon auszugehen, dass die Industriekonjunktur bei weiterhin guten globalen und binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im laufenden Jahr grundsätzlich aufwärtsgerichtet bleibt. Ihre Wachstumsdynamik dürfte allerdings weniger stark als im vergangenen Jahr ausfallen. Für das Baugewerbe wird seit dem zweiten Halbjahr 2017 nur noch ein leichter Aufwärtstrend ausgewiesen.

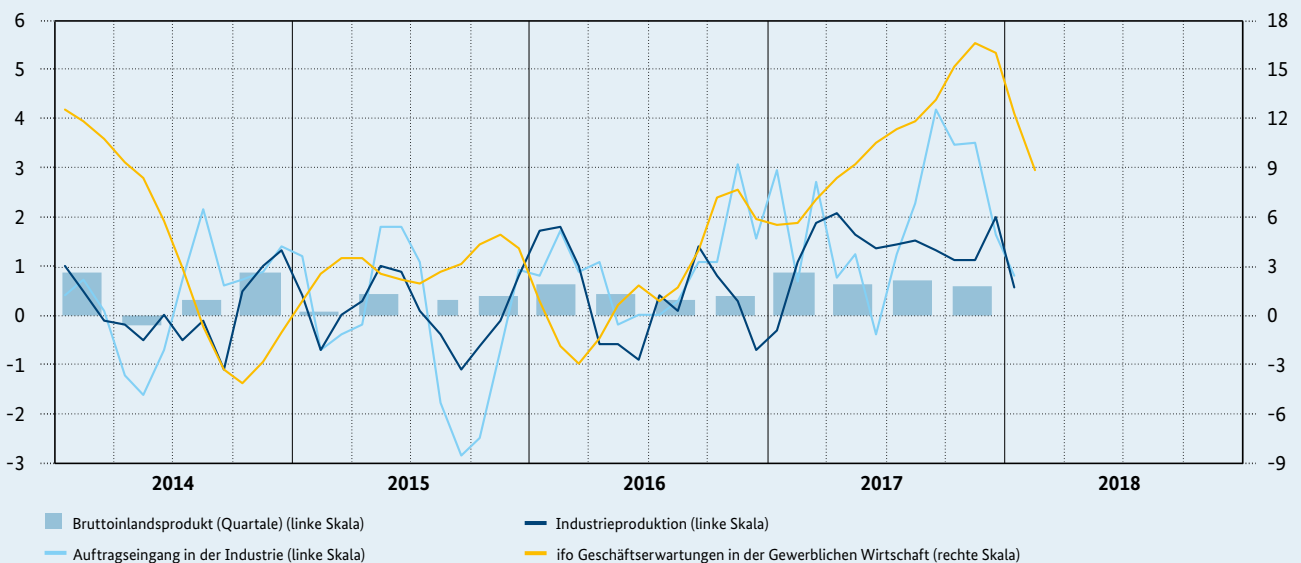
Die Indikatoren für den privaten Konsum liefern ein gemischtes Bild. Die Umsätze im Einzelhandel gingen im Februar den dritten Monat in Folge leicht zurück (-0,7%), lagen aber noch merklich über ihrem Vorjahresniveau. Die Zahl der Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen war im

ersten Quartal demgegenüber deutlich höher als im Vorquartal. Allerdings hat sich auch das ifo Geschäftsklima für den Einzelhandel im März weiter verschlechtert, blieb aber gut. Das Konsumklima der Verbraucher zeigte sich unbeeindruckt. Zuletzt stieg der für April prognostizierte GfK-Konsumklimaindex leicht an. Angesichts der Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung sollten daher auch vom privaten Konsum weiter Impulse ausgehen.

Die Entwicklungen am Arbeitsmarkt sind weiterhin positiv. Die Frühindikatoren signalisieren eine anhaltend hohe Nachfrage nach Arbeitskräften in weiten Teilen der Wirtschaft. Im Februar nahm die Erwerbstätigkeit saisonbereinigt um 45.000 Personen zu, und auch auf Jahressicht blieb der Beschäftigungszuwachs (+1,4%) unverändert hoch. Der Zuwachs bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung war im Januar saisonbereinigt sehr kräftig (+89.000 Personen). Die Zahl der Arbeitslosen sank im März weiter und unterschritt deutlich die Marke von 2,5 Mio. Personen. In der saisonbereinigten Betrachtung betrug der Rückgang 19.000 Personen. Die Unterbeschäftigung, die zudem Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit einschließt, nahm etwas stärker ab. Dennoch bleiben weitere Herausforderungen, wie die Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit und die höhere Arbeitslosigkeit in strukturschwachen Gebieten.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monats-Durchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut.

Das Nationale Reformprogramm 2018

Die Europäische Kommission hat am 7. März 2018 ihren Länderbericht für Deutschland veröffentlicht. Ein solcher Bericht wird jährlich von der Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters erstellt. In diesem Jahr enthält er viel Anerkennung für Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung, aber auch Kritik, vor allem an dem weiterhin hohen Leistungsbilanzüberschuss. Mit dem Nationalen Reformprogramm reagiert die Bundesregierung auf den Länderbericht der Europäischen Kommission. Sie macht darin deutlich, welche Reformmaßnahmen ergriffen wurden und welche Fortschritte im vergangenen Jahr erreicht wurden.



Das Nationale Reformprogramm als Antwort auf den Länderbericht der Europäischen Kommission

Am 7. März 2018 hat die Europäische Kommission den Länderbericht für Deutschland veröffentlicht. Dieser enthält eine Einschätzung der Kommission zur ökonomischen und sozialen Lage Deutschlands sowie die Bewertung der Fortschritte mit Blick auf die Umsetzung der sogenannten länderspezifischen Empfehlungen, die im Rahmen des Europäischen Semesters bereits im Vorjahr vom Rat der Europäischen Union verabschiedet wurden (zu den länderspezifischen Empfehlungen 2017 für Deutschland siehe Kasten 1). Außerdem enthält der Länderbericht die Ergebnisse der sogenannten vertieften Analyse der Europäischen Kommission im Rahmen des Makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens und eine Einschätzung zur Umsetzung der Europa 2020-Ziele. Erstmals findet in diesem Jahr auch eine Bewertung der deutschen Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik mit Bezug zur Europäischen Säule sozialer Rechte prominent Eingang in den Länderbericht.

Kasten 1: Länderspezifische Empfehlungen 2017 des Rates der Europäischen Union für Deutschland

Der Rat der Europäischen Union empfiehlt, dass Deutschland 2017 und 2018

1. unter Einhaltung des mittelfristigen Haushaltsziels die Haushalts- und Strukturpolitik zur Stützung des Potenzialwachstums und der Binnennachfrage und zur Herbeiführung eines anhaltenden Aufwärtstrends bei den Investitionen nutzt; die öffentlichen Investitionen, insbesondere in Bildung, Forschung und Innovation, auf allen Ebenen des Staates vorantreibt und Kapazitäts- und Planungsgaps bei Infrastrukturinvestitionen entgegenwirkt; die Effizienz und Investitionsfreundlichkeit des Steuersystems weiter verbessert; bei Unternehmensdienstleistungen und reglementierten Berufen den Wettbewerb belebt;
2. die Fehlanreize, die Zweitverdiener von einer Erwerbstätigkeit abhalten, verringert und den Übergang in reguläre Beschäftigungsverhältnisse erleichtert; die hohe Steuer- und Abgabenbelastung für Geringverdiener senkt; die Voraussetzungen schafft, unter Achtung der Rolle der Sozialpartner ein höheres Reallohnwachstum zu fördern.

Die Bundesregierung antwortet jährlich mit dem Nationalen Reformprogramm (NRP) auf den Länderbericht der Kommission und zeigt, mit welchen Maßnahmen Deutschland auf die länderspezifischen Empfehlungen des Rates der Europäischen Union reagiert hat. Am 25. April 2018 wurde das aktuelle NRP im Bundeskabinett verabschiedet.

Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss sinkt – wenn auch nur langsam

Wie auch im vergangenen Jahr kritisiert die Europäische Kommission in ihrem Länderbericht den hohen, wenn auch sinkenden deutschen Leistungsbilanzüberschuss und attestiert Deutschland deswegen ein sogenanntes makroökonomisches Ungleichgewicht. Aus Sicht der Kommission reflektiert der hohe Überschuss vor allem Sparüberschüsse und ein begrenztes Investitionsverhalten in Deutschland. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss lag 2017 bei 8,0 Prozent des BIP und ist somit seit 2015 deutlich gesunken. Mittelfristig wird ein weiterer Rückgang erwartet. So geht die Bundesregierung für die Jahre 2018 und 2019 von einem Überschuss von 8,0 beziehungsweise 7,5 Prozent des BIP aus. Grundsätzlich gilt, dass nur ein sehr geringer Teil der Leistungsbilanz durch politische Maßnahmen beeinflussbar ist, da ein Großteil durch externe, temporäre Faktoren (wie z. B. den Wechselkurs) oder fundamentale Faktoren (wie z. B. die demographische Entwicklung und die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie) bestimmt wird (siehe Abbildung 1). Das NRP verweist explizit auf diese Einflussfaktoren. Darüber hinaus stellt das NRP aber auch dar, wie die Bundesregierung ihren – wenn auch begrenzten – Spielraum zum Abbau des deutschen Leistungsbilanzüberschusses nutzt. Hier kommt der Investitionsagenda und Maßnahmen, die die robuste Binnennachfrage weiter stärken – darunter Entlastungen bei der Einkommensteuer und bei den Sozialabgaben – eine wichtige Rolle zu.

Wachstumsgrundlagen stärken – in Infrastruktur, Bildung und Forschung investieren

Im Länderbericht bewertet die Kommission auch die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen. Die Bundesregierung strebt an, langfristig solide Grundlagen für Wachstum, breiten Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland zu schaffen. Basis dafür ist die Soziale Marktwirtschaft. Die Bundesregierung wird die gute wirtschaftliche Ausgangslage nutzen, um – auf der Grundlage eines ausgeglichenen Haushalts ohne Neuverschuldung – verstärkt in Infrastruktur, in Vernetzungs- und Digitalisierungsstrategien sowie in Bildung und Forschung zu investieren. Geplant ist, die Mittel von 34 Milliarden Euro im Jahr 2017 auf 36,4 Milliarden Euro im Jahr 2018 unter Einhaltung eines ausgeglichenen Haushalts zu erhöhen. Allein die Verkehrsinvestitionen werden 2018 auf 14,2 Milliarden Euro gesteigert. Zudem entlastet der Bund die Länder ab 2020 um anfangs jährlich 9,7 Milliarden Euro und ermöglicht hierdurch weitere Investitionsspielräume, etwa für den Ausbau der (digitalen) Infrastruktur, der Kindertagesbetreuung, der Schulinfrastruktur und von sozialen Einrichtungen. Um die kommunalen Investitionen kosten- und zeiteffizienter zu gestalten, wurde die rein öffentliche „Partnerschaft Deutschland – Berater der öffentlichen Hand GmbH“ neu strukturiert.

Die Europäische Kommission zeigt Deutschland in ihrem Länderbericht weitere Potenziale im Bereich der öffentlichen Investitionen auf, vor allem im Bereich Bildung sowie Forschung und Entwicklung. Die Bundesregierung teilt diese Einschätzung und hat zahlreiche Initiativen auf Rekordniveau ergriffen: Mit dem „Digitalpakt Schule“ sollen gemeinsam mit den Ländern allein in dieser Legislaturperiode 3,5 Milliarden Euro flächendeckend in die digitale Schulinfrastruktur investiert werden. Weiterhin werden auch je zwei Milliarden Euro für den Ausbau der Ganztags-

Abbildung 1: Leistungsbilanzbeeinflussende Faktoren inner- und außerhalb des Einflussbereichs der Wirtschaftspolitik

Faktoren (weitgehend) außerhalb des Einflussbereichs der Wirtschaftspolitik		Wirtschaftspolitisch beeinflussbare Faktoren
<i>Temporäre Faktoren</i>	<i>Fundamentale Faktoren</i>	
Wechselkurse	Demografische Entwicklung	Öffentliche Investitionen
Rohstoffpreise	Rendite von Auslandsinvestitionen	Rahmenbedingungen für private Investitionen
Lohnentwicklung	Wirtschaftsstruktur, Spezialisierung	Strukturreformen
Globale Konjunktur	Internationale Verflechtung	

schul- und Betreuungsangebote sowie für die Forschung bereitgestellt werden. Dies sind wichtige Zukunftsinvestitionen für Deutschland.

Garant für nachhaltiges Wachstum – mehr private Investitionen durch Bürokratieabbau und ein attraktives Steuersystem

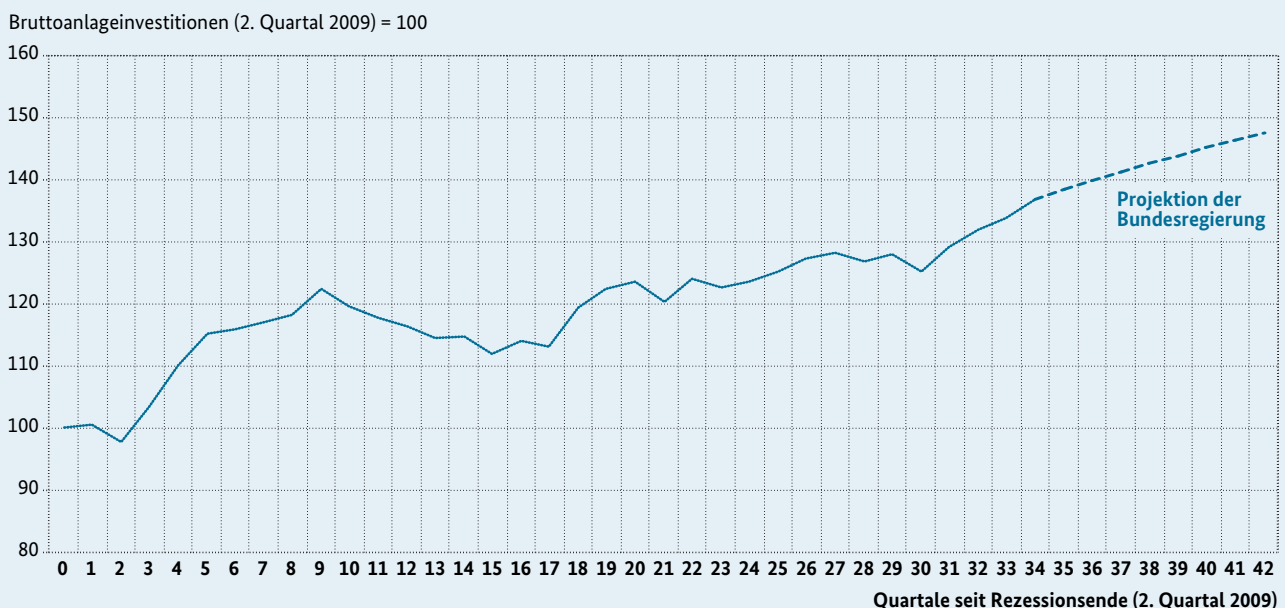
Private Investitionen sind der Schlüssel für nachhaltiges Wachstum, denn ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen liegt bei rund 90 Prozent. Die Bundesregierung hat 2017 Bürokratiehürden abgebaut und mehr Investitionsanreize geschaffen. Die privaten Anlageinvestitionen sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen (siehe Abbildung 2). Alleine durch die Anwendung der Bürokratiebremse hat sich der laufende Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft um rund 1,5 Milliarden Euro jährlich verringert. Ferner wird die Bundesregierung Bürokratiebelastungen und Hürden im Prozess der Unternehmensgründung abbauen und hat das Angebot an Wagniskapital bereits erheblich ausgebaut. Das Nationale Reformprogramm 2018 zeigt, dass auch die Potenziale der Digitalisierung genutzt werden: Das Gesetz zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens erlaubt eine Effizienz- und Wirtschaftlichkeitssteigerung durch die Nutzung moderner Informationstechnologie und senkt bürokratische Belastungen. Flankiert wird diese Effizienzsteigerung durch eine Reihe von Gesetzen, in denen die

Bundesregierung die Sofortabschreibungsgrenze und die Besteuerung von Investmentfonds und Anlegern erleichtert. Sie wird zudem in Kooperation mit der deutschen Industrie einen nationalen Digitalfonds sowie weitere Finanzierungsmöglichkeiten implementieren. Durch dieses Zusammenspiel an Maßnahmen bewirkt die Bundesregierung einen positiven Anreiz für die Unternehmen, ihr erwirtschaftetes Kapital auch langfristig in Deutschland zu binden.

Die Beschäftigungsentwicklung fortführen – für mehr Erwerbsanreize sorgen

Das NRP verdeutlicht zudem, wie das Arbeitsmarktpotenzial in Deutschland genutzt wurde: Durch gute Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Einführung des Elterngeldes und den massiven Ausbau der Kindertagesbetreuung hat die Bundesregierung bereits jetzt Arbeitsanreize verstärkt. Des Weiteren hat die Bundesregierung Schritte zum Ausgleich der kalten Progression und zur Senkung der hohen Steuer- und Abgabenbelastung für Geringverdiener geplant. Konkret wird der Solidaritätszuschlag schrittweise ab dem Jahr 2021 abgeschafft. Aufgrund dieser Maßnahme werden rund 90 Prozent aller Zahler durch eine Freizone vollständig entlastet. Auch bei den Sozialbeiträgen will die Bundesregierung Geringverdiener durch eine Ausweitung der Midi-Jobs und eine Stabilisierung der Abgaben entlasten und so für mehr Erwerbsan-

Abbildung 2: Private Bruttoanlageinvestitionen im Konjunkturaufschwung



reize sorgen. Obwohl die Einflussmöglichkeiten auf die Höhe der Reallöhne begrenzt sind, setzt sich die Bundesregierung für eine Steigerung durch die Stärkung der Tarifpartner ein. Mit der Einführung und Erhöhung des Mindestlohns wurde eine wichtige Maßnahme ergriffen, die die Lohndynamik gestärkt und aktiv zum höheren Wachstum der Reallöhne in den vergangenen Jahren beigetragen hat.

Gute Noten für Deutschland – überdurchschnittliche Leistung im Bereich der Sozialpolitik

Seit diesem Jahr werden erstmals in den Länderberichten neben den wirtschaftspolitischen auch sozialpolitische Faktoren analysiert. Diese Berücksichtigung der Europäischen Säule sozialer Rechte ermöglicht es, auch soziale Entwicklungen zu beobachten und abzuschätzen. Hier zeigt sich die Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft, denn Deutschland schneidet im Vergleich überdurchschnittlich gut ab (siehe Abbildung 3). Durch das bereits 2017 in Kraft getretene Entgelttransparenzgesetz, den kontinuierlichen Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie den ab 2025 geplanten Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung will die Bundesregierung zudem die verbliebenen Arbeitszeit- und Entgeltlücken zwischen Frauen und Männern schließen und für Zweitverdiener stärkere Arbeitsanreize setzen. Ein Kernprinzip der Sozialen Marktwirtschaft ist die Verbesserung von Chancengerechtigkeit und breiter Teilhabe an der Gesellschaft. Daher stellt die Bundesregierung allein im Jahr 2018 Finanzhilfen in Höhe von 790 Millionen Euro für die Städtebauförderung zur Verfügung, um eine soziale Stadtentwicklung voranzutreiben. Soziale Teilhabe darf keine Frage des Alters sein. Daher will die Bundesregierung die Rente auf dem heutigen Niveau von 48 Prozent bis zum Jahr 2025 gesetzlich sichern und plant, eine gründerfreundlich ausgestaltete Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einzuführen, die nicht bereits anderweitig obligatorisch abgesichert sind.

Über das Ziel hinaus – Deutschland übertrifft viele Europa 2020-Kernziele

Bei der Umsetzung der fünf Kernziele der EU-2020-Strategie für Wachstum und Beschäftigung ist Deutschland auf einem sehr guten Weg und hat bereits jetzt durch eine ergebnisorientierte Politik einige seiner ambitionierten nationalen Zielindikatoren erreicht. So hat die Bundesregierung die Forschungs- und Entwicklungsausgaben stark erhöht und das Ziel von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts bereits jetzt fast erreicht. Auch die Anzahl der Langzeiterwerbslosen wurde deutlich verringert. Sie ist zwischen 2008 und

Abbildung 3: Analyse sozialpolitischer Faktoren im Rahmen der Europäischen Säule sozialer Rechte

Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang	Anteil der frühen Schul- und Ausbildungsabgänger (% der 18- bis 24-Jährigen)	Durchschnittlich
	Beschäftigungsgefälle zwischen den Geschlechtern	Durchschnittlich
	Einkommensungleichheit (Einkommensquintil S80/S20)	Durchschnittlich
	Anteil der von Armut und sozialer Ausgrenzung Bedrohten (%)	Überdurchschnittlich
	NEET-Anteil bei jungen Menschen (% der 15- bis 24-Jährigen)	Gut, aber zu beobachten
Dynamische Arbeitsmärkte und faire Arbeitsbedingungen	Beschäftigungsquote (% der 20- bis 64-Jährigen)	Beste Leistung
	Arbeitslosenquote (% der 15- bis 74-Jährigen)	Beste Leistung
	Wachstum des GDHI	Durchschnittlich
Sozialschutz und soziale Inklusion	Auswirkungen sozialer Transferleistungen (außer Renten) auf die Bekämpfung der Armut	Durchschnittlich
	Kinder unter 3 Jahren in formaler Kinderbetreuung	Durchschnittlich
	Nach eigenen Angaben nicht erfüllter Bedarf an medizinischer Versorgung	Überdurchschnittlich
	Bevölkerung mit digitalen Kompetenzen	Überdurchschnittlich

Die Einstufung der Mitgliedstaaten nach deren Abschneiden bei den Scoreboard-Indikatoren erfolgt nach einer mit dem Beschäftigungsausschuss und dem Ausschuss für Sozialschutz vereinbarten Methodik. Bei dieser Methodik werden Höhe und Veränderung der Indikatoren im Vergleich zum EU-Durchschnitt betrachtet und die Mitgliedstaaten in sieben Gruppen (von "Beste Leistung" bis hin zu "Kritische Lage") eingestuft. Beispielsweise kann ein Land als "überdurchschnittlich" eingestuft werden, wenn der Indikator nahe am EU-Durchschnitt liegt, sich aber rasch verbessert. Näheres zur Methodik siehe Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2018 [COM(2017) 674 final]. NEET: weder in Arbeit noch in Ausbildung; GDHI: Verfügbares Bruttoeinkommen der Haushalte.

Quelle: Länderbericht der Europäischen Kommission vom 7. März zu Deutschland.

2016 bereits um 55,5 Prozent gesunken und liegt damit weit über dem Ziel von 20 Prozent. Des Weiteren ist die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen auf rekordverdächtige 79,5 Prozent sowie die Erwerbstätigenquote von Frauen auf 75,3 Prozent im 3. Quartal 2017 gestiegen; auch diese Anteile liegen weit über der Zielvorgabe. Das deutsche Bildungsniveau ist hoch und die Indikatoren haben ein Niveau weit über dem nationalen Ziel: Der Anteil der Schüler mit einem tertiären oder gleichwertigen Abschluss liegt bei fast 48 Prozent. Um diese positiven Entwicklungen auch nach dem Jahr 2020 zu garantieren, sollen noch flexiblere Arbeitszeitmodelle evaluiert, die Einführung einer Gründerzeit – ähnlich der Familienpflegezeit – geprüft, eine neue Fachkräftestrategie gegen den Fachkräftengpass entwickelt sowie Langzeitarbeitslosen und Bildungsabbre-

chern durch umfassende Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

Den Blick auf das, was kommt – weitere Herausforderungen im Nationalen Reformprogramm

Trotz aller bereits getroffenen Maßnahmen und positiven Entwicklungen macht das Nationale Reformprogramm 2018 deutlich, dass Deutschland künftig weiterhin vor vielen Herausforderungen steht. Im Zuge der rasch voranschreitenden Digitalisierung und der daraus resultierenden Veränderungen im täglichen Leben wird ein neuer digitaler Ordnungsrahmen auf der Höhe der Zeit benötigt. Dieser soll es erlauben, die positiven Aspekte der Digitalisierung zu nutzen und entstehende Rechtslücken zu schließen. Die Bundesregierung stellt sich dieser Herausforderung. So sollen die Möglichkeiten für mobiles Arbeiten verbessert, die digitale Infrastruktur massiv ausgebaut, eine breite digitale (Weiter-)Bildung ermöglicht, Familienleistungen als digitales Angebot zur Verfügung gestellt und weitere Verfahren digitalisiert werden. Die Europäische Kommission sieht in weiteren Bereichen Handlungsbedarf: Es sollen steuerliche Anreize für Beschäftigung und Investitionen gestärkt, die Vermögensungleichheiten sollen verringert und Fehlanreize auf dem Arbeitsmarkt sollen beseitigt werden.

In den kommenden Wochen werden die Nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten von der Europäischen Kommission evaluiert. Auf Grundlage dieser Bewertung wird der Rat der Europäischen Union seine neuen länderspezifischen Empfehlungen formulieren und voraussichtlich am 23. Mai 2018 beschließen.

Das deutsche Nationale Reformprogramm der Bundesregierung wird unter der Federführung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in Zusammenarbeit mit den Ländern formuliert. Der Bundestag wird während des Erstellungsprozesses regelmäßig informiert. Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und kommunale Spitzenverbände ebenso wie weitere zivilgesellschaftliche Gruppen haben Gelegenheit, zum Bericht Stellung zu nehmen.

Das deutsche Nationale Reformprogramm 2018 sowie die Stellungnahmen der Verbände und Sozialpartner sind online abrufbar unter:

<http://bit.ly/2rqrfZh>

Kontakt: Dr. Anna auf dem Brinke, Julia Gundlach,
Dr. Franziska Lottmann und Oliver Schlenker
Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Die Entwicklung des befristeten Arbeitsvertrags

Der Aufstieg vom Zankapfel im Gerichtssaal zum prominenten Reizthema der Politik

Das Thema „befristete Arbeitsverhältnisse“ polarisiert seit eh und je. Ein „wichtiger Teil des deutschen Jobwunders“, „Alternative zur Arbeitslosigkeit“ und „Brücke zur Dauerbeschäftigung“ heißt es von Seiten der Befürworter. Gegner hingegen sehen darin prekäre Arbeitsverhältnisse, ein Unterlaufen des Kündigungsschutzes und die Schaffung einer Mentalität des „Heuerns und Feuerns“.



Ein Blick in die Geschichte zeigt: Der Streit hat Tradition. Schon in den 1930er Jahren mussten sich Gerichte mit befristeten Arbeitsverhältnissen auseinandersetzen und das Spannungsverhältnis zwischen Vertragsfreiheit einerseits und Kündigungsschutz andererseits lösen. Mit der Massenarbeitslosigkeit zu Beginn der 1980er Jahre entwickelte sich die Befristung der Arbeitsverträge dann zu einem Kriseninstrument, welches bis heute polarisiert.

Befristung in den 1930er Jahren – eine politische Unbekannte

Die Befristung von Beschäftigungsverhältnissen war zu Zeiten des Reichsarbeitsgerichts noch kein Politikum. Der Kündigungsschutz für Arbeitnehmer war in den 1930er Jahren nur wenig ausgeprägt und ermöglichte die Befristung von Arbeitsverträgen ohne größere Hürden. Ob mit oder ohne sachlichen Grund befristet – für die rechtliche

Beurteilung spielte das damals keine Rolle. Trotzdem lässt sich den Gerichtsurteilen dieser Zeit entnehmen, dass die Arbeitnehmerseite Befristungen als ungerecht empfand. In der Folge mehrten sich Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts, die besagten, dass es Arbeitgebern nicht erlaubt war, Arbeitnehmer befristet einzustellen, wenn die Absicht bestand, durch die Befristung kündigungsrechtliche Vorschriften zu umgehen. Das Thema Befristung fand damit erstmals Eingang in höchstrichterliche Rechtsprechung, zunächst aber nicht in die Politik.

Trendwende 1960 – klare Regeln gegen Missbrauch

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begannen die Aufbauarbeiten. Das deutsche Wirtschaftswunder kam immer mehr in Schwung, die Zahl der Arbeitnehmer erhöhte sich. Der Zuwachs und der Bedarf an Arbeitskräften verlieh der



Arbeitnehmerschaft zeitweise eine strukturelle Überlegenheit, was zu einer Verbesserung des Schutzes der Arbeitnehmer führte. Dies spiegelte sich auch in der Rechtsprechung wider. Das Bundesarbeitsgericht verfolgte bis ins Jahr 1960 den durch das Reichsarbeitsgericht aufgestellten Grundsatz der Unzulässigkeit von Befristungen, wenn damit der Kündigungsschutz umgangen werden sollte. Es begründete seine Urteile dabei mit einer Vielzahl von Argumenten, die sich noch heute auf Seiten der Gegner der Befristung wiederfinden. So wurde der Gedanke des Bestandsschutzes der Arbeitsverhältnisse angeführt, die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers, die fehlende wirtschaftliche Vertragsparität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, aber auch erstmals die Notwendigkeit besonderer Gründe zur Befristung. Klare Regelungen für Arbeitgeber waren diesen Maßstäben noch nicht zu entnehmen, bis es 1960 zu einer richtungsweisenden Entscheidung durch das Bundesarbeitsgericht in der Beurteilung befristeter Arbeitsverträge kam (Aktenzeichen: BAG (GS), Beschluß vom 12.10.1960 – 3 AZR 65/59). Erstmals stellte das Bundesarbeitsgericht klar, dass eine Befristung von Arbeitsverträgen nur dann zulässig war, wenn es einen sachlichen Grund für diese Befristung gab. Diese Grundregel der Befristung findet sich bis heute im Gesetz wieder. Mit ihr wurde der Befristung erstmals in aller Deutlichkeit Einhalt geboten.

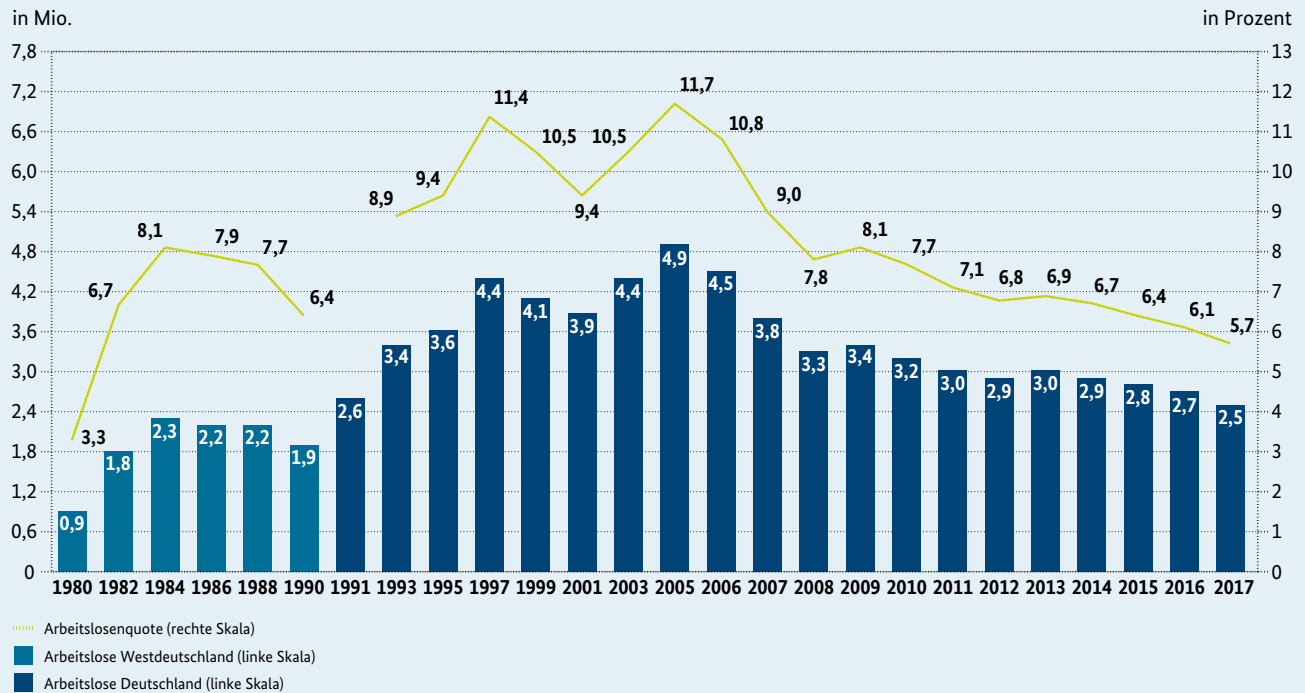
Die generelle Zurückhaltung des Gesetzgebers zu dieser Zeit deutet allerdings darauf hin, dass nach Jahren hoher Arbeitslosigkeit in der Nachkriegszeit und – begleitet von der Währungsreform und der Einführung der Sozialen

Marktwirtschaft – aufgrund des deutschen Wirtschaftswunders ein Handeln seitens der Politik nicht erwartet wurde. Eine Arbeitslosenquote von unter 1 Prozent, zeitweise Vollbeschäftigung und Mangel an Arbeitskräften prägten die wirtschaftliche Entwicklung bis in die 1970er Jahre. Bahnbrechende Änderungen oder gesetzliche Regelungen der Befristung von Arbeitsverträgen wurden vor diesem Hintergrund von keinem der Akteure in der Arbeitswelt gefordert.

Weg von mehr Staat, hin zu mehr Markt – Krisen verändern Deutschlands Arbeitsmarktpolitik

Eine Zäsur trat erst Mitte der 1980er Jahre ein. Die Bundesrepublik sah sich nach den Ölkrisen 1973/1974 und 1979/1980, mit denen das Wirtschaftswunder ein Ende nahm, einer drastischen Zunahme der Arbeitslosigkeit bis in das Jahr 1983 ausgesetzt. So stieg die Arbeitslosenquote zwischen 1980 und 1983 von 3,3 Prozent auf über 8 Prozent. Ursachen sah man in überhöhten Lohnabschlüssen und im wirtschaftlichen Strukturwandel. Gleichzeitig drängten die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt und Frauen nahmen zunehmend am Erwerbsleben teil, was zu einer Erhöhung des Arbeitskräfteangebots führte. In dieser Situation anhaltend hoher Arbeitslosigkeit machten Arbeitgeber immer mehr von den Gestaltungsmöglichkeiten der Befristung Gebrauch. Bereits im Jahr 1985 lag nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und des Statistischen Bundesamtes die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse

Abbildung 1: Die Statistik zeigt den rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu Beginn der 1980er Jahre und die teils dramatische Entwicklung nach der Wende.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 01/2017.

bei über 5 Prozent. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen und angesichts der sich in der Bevölkerung breitmachenden Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation wurde die Politik auf den Plan gerufen.

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP unternahm den Versuch, ähnlich wie die Regierungen in anderen westlichen Industrienationen, durch Deregulierung den unternehmerischen Kurs einer Flexibilisierung von Arbeitsbeziehungen und Arbeitsmärkten zu unterstützen und zu verstärken. Von Bedeutung war hierbei auch die Schaffung des Beschäftigungsförderungsgesetzes im Jahr 1985. Die Bundesregierung versprach sich davon den Abbau von Hemmschwellen gegenüber Neueinstellungen. Von größter Bedeutung war die mit diesem Gesetz erstmals zulässige einmalige sachgrundlose Beschäftigung bis zu einer Dauer von 18 Monaten. Voraussetzung hierfür war, dass ein Arbeitnehmer neu eingestellt wurde oder er in unmittelbarem Anschluss an die Berufsausbildung nur vorübergehend weiterbeschäftigt werden konnte, weil kein Arbeitsplatz für einen unbefristet einzustellenden Arbeitnehmer zur Verfügung stand. Die Regelungen waren von Beginn an umstritten. Gewerkschaften und die Bundestagsopposition sahen darin eine Aushöhlung des Kündi-

gungsschutzrechts und befürchteten, dass Arbeitsplätze künftig verstärkt befristet würden. Dagegen begrüßten Arbeitgeberverbände das Gesetz als geeigneten Weg, um Marktschwankungen – auch zu Gunsten der Arbeitnehmerschaft – in geeigneter Weise begegnen zu können und um die Bereitschaft zu Neueinstellungen zu erhöhen.

Im Zuge der Wiedervereinigung stieg die Zahl der Arbeitslosen erneut stark an. Gab es 1991 noch ca. 2,6 Mio. Arbeitslose, so näherte sich die Zahl 1996 der 4-Millionen-Marke. Die Entwicklung auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt war durchwachsen; die Arbeitslosigkeit auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt entwickelte sich dramatisch. Der Wechsel von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft machte in den neuen Bundesländern aus der „verdeckten“ eine offene Arbeitslosigkeit. Neue Unternehmen und Arbeitsplätze entstanden nicht so schnell, wie der Strukturwandel nicht überlebensfähige Arbeitsplätze vernichtete. Nur ein Teil der Betroffenen konnte durch Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sowie großzügige Vorruhestandsregelungen aufgefangen werden. Angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit beschloss die schwarz-gelbe Regierungskoalition ein „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“. Dazu gehörte auch eine neue Ausgestaltung der



Befristung von Arbeitsverträgen, um die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze zu unterstützen. Eine neue Regelung, die mit Wirkung zum 1. Oktober 1996 eingeführt wurde, verringerte die Hürden für den Abschluss von befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund erheblich: Das Kriterium der Neueinstellung wurde erstmals gestrichen und damit das Tor für die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes weiter aufgestoßen. Auch wurde die zeitliche Grenze für Befristungen von ursprünglich 18 auf 24 Monate erweitert.

Die Regelungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes liefen am 31. Dezember 2000 aus. Deutschland war darüber hinaus verpflichtet, europarechtliche Vorgaben über Teilzeitverträge und befristete Verträge umzusetzen. Dies führte zur Neuregelung der Befristungsregelungen und zur Verabschiedung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes im Jahre 2001 unter der Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen, das die Befristung von Arbeitsverträgen weiter erleichterte: Bislang prüften die Gerichte, ob durch die Befristung eine Umgehung des Kündigungsschutzes seitens der Arbeitgeber bezweckt war. In einem solchen Falle wurde dann ein unbefristetes Arbeitsverhältnis festgestellt. Durch die neue Gesetzeslage wurde diese Voraussetzung vom Kündigungsschutzrecht abgekoppelt, um die Hemmschwelle der Arbeitgeber für Neueinstellungen erneut zu senken. Gleichzeitig war es Ziel der rot-grünen Regierung, u. a. durch die Einführung eines Vorbe-

schäftigungsverbots und die Festlegung auf maximal drei Verlängerungen innerhalb der zulässigen Gesamtdauer von 24 Monaten, eine ständige Verlängerung des sachgrundlos befristeten Arbeitsvertrags – sog. Kettenbefristungen – durch einen mehrfachen Wechsel zwischen Befristungen mit und ohne Sachgrund zu verhindern. Gerade dazu hatte auch der öffentliche Diskurs großen Einfluss. Gewerkschaften prangerten die Möglichkeit des Missbrauchs der Befristung von Arbeitsverträgen an und forderten die Politik auf, Missbrauch zu beseitigen und Arbeitnehmer vor jahrelangen Kettenbefristungen zu schützen. Diese Forderungen wurden auch in den vergangenen Jahren und im jüngsten Wahlkampf diskutiert.

Die „nervöse Republik“ – Die Befristung der Arbeitsverträge als Streitthema der Koalitionsverhandlungen 2017

Im Wahlkampfjahr 2017 flammte gerade vor dem Hintergrund der anhaltend stabilen Wirtschaftslage die Debatte über die Notwendigkeit der Flexibilität durch die sachgrundlose Befristung erneut auf. Die langanhaltend gute Wirtschaftslage müsse zu einem Abbau von Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt zu Gunsten der Arbeitnehmer führen, wie es umgekehrt in Krisenzeiten zu einem Ausbau zu Lasten des Arbeitnehmers kam, so die Kritiker. Außerdem

ermöglichte das zu liberale Gesetz Arbeitgebern immer noch einen Missbrauch durch die Kettenbefristung von Arbeitsverträgen mit Sachgrund. Befristete Verträge erschwerten die Lebensplanung der Menschen, seien oft mit schlechter Bezahlung verbunden und nicht durch die wirtschaftliche Lage zu rechtfertigen. Neben der Partei Die Linke war es auch die SPD, die sich in ihrem Wahlprogramm für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und die Einschränkung der Befristung mit Sachgründen sowie Kettenbefristungen stark gemacht hat. Das Wahlprogramm von CDU/CSU hingegen hob einerseits die wichtige Bedeutung eines flexiblen Arbeitsmarktes sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer hervor. Andererseits wurde aber auch die Gefahr des offenkundigen Missbrauchs bei Befristungen betont.

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU zeigt einen Mittelweg auf. Arbeitgeber sollen weiterhin sachgrundlos befristet dürfen, jedoch nur noch für 18 statt für bislang 24 Monate. Bis zu dieser Gesamtdauer soll nicht mehr eine dreimalige, sondern nur noch eine einmalige Verlängerung möglich sein. Zudem sollen Arbeitgeber mit mehr als 75 Beschäftigten nur noch maximal 2,5 Prozent der Belegschaft sachgrundlos befristet dürfen. Eine erneute Befristung des Arbeitsvertrags soll generell dann nicht zulässig sein, wenn mit demselben Arbeitgeber bereits zuvor ein unbefristetes oder ein oder mehrere befristete Arbeitsverhältnisse mit einer Gesamtdauer von fünf oder mehr Jahren bestanden haben.

Diese Einschränkungen sollen die Missbrauchsmöglichkeiten so weit wie möglich eindämmen, zeigen aber zugleich, dass man auf die Grundzüge eines flexiblen Arbeitsrechts nicht verzichten möchte. Sowohl die sachgrundlose Befristung als auch eine Kettenbefristung bei befristeten Arbeitsverträgen mit Sachgrund werden im Grundsatz weiterhin möglich sein. Kettenbefristungen werden jedoch Grenzen gesetzt. Dies kann als Bekenntnis der Politik gewertet werden, die Chancen der Arbeitnehmer auf eine unbefristete Anstellung effektiv zu erhöhen. Es bleibt abzuwarten, ob die neuen Regelungen tatsächlich zu mehr unbefristeten Arbeitsverträgen führen werden und wie sich die neuen Regelungen in der Praxis sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer auswirken werden.

Kontakt: Verena Hedtke
Referat: „Wirtschaftspolitische Fragen des Arbeitsmarktes und der Sozialordnung“

Deutsche Wirtschaft im kräftigen Aufschwung

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, hat am 25. April 2018 die Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vorgestellt.¹ Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Für dieses Jahr rechnet die Bundesregierung mit einem Wirtschaftswachstum von 2,3% und für das kommende Jahr von 2,1%. Der Aufschwung stützt sich auf eine breite binnen- und außenwirtschaftliche Basis.



Das Wichtigste in Kürze

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hält nunmehr seit neun Jahren an und dürfte sich in den nächsten beiden Jahren kräftig fortsetzen. Damit wäre der aktuelle Aufschwung der zweitlängste seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Dabei wird die Konjunktur im Projektionszeitraum sowohl durch binnen- als auch außenwirtschaftliche Kräfte getragen.

Die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft hat sich beschleunigt und verbreitert. Sie sorgt im gesamten Projektionszeitraum für eine lebhafte globale Nachfrage nach deutschen Waren und Dienstleistungen. Darüber hinaus wirkt das Zinsumfeld weiterhin anregend für die deutsche Wirtschaft.

Auf der binnenwirtschaftlichen Seite entwickelt sich insbesondere der Arbeitsmarkt nach wie vor gut. Die Erwerbstätigkeit wird in diesem und in den kommenden Jahren weitere Beschäftigungsrekorde erzielen. Allerdings wird der Beschäftigungsaufbau durch das knapper werdende Arbeitskräfteangebot etwas gedämpft. Die weiterhin hohe Nachfrage nach Arbeitskräften führt daher tendenziell zu

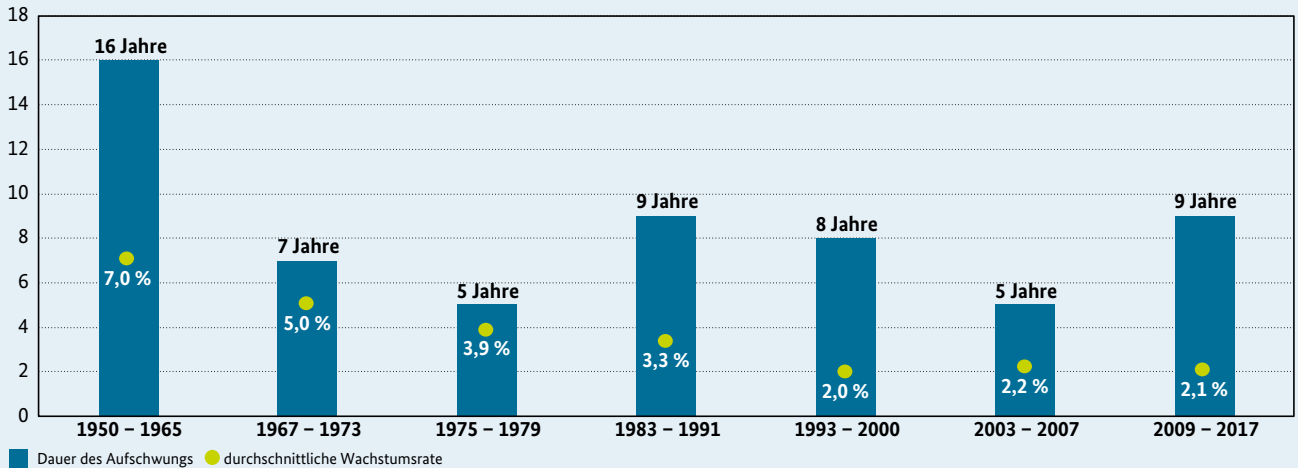
höheren Lohnsteigerungen. Einige Maßnahmen des Koalitionsvertrages wirken sich zusätzlich positiv auf die Einkommen und Nettolöhne der privaten Haushalte aus. Im Ergebnis wird der private Konsum weiterhin deutlich zunehmen, auch wenn sich der Preisauftrieb im Projektionszeitraum beschleunigt. Damit bleibt er eine zentrale Stütze der Konjunktur. Die gute Arbeitsmarktlage, die zunehmenden Einkommen sowie das geringe Zinsniveau regen weiterhin die Investitionen der privaten Haushalte in Wohnbauten an.

Von staatlicher Seite gehen vor allem ab dem kommenden Jahr deutlich expansive Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aus. Diese zeigen sich in vielen Bereichen. Die Arbeitnehmer werden bei den Sozialversicherungsbeiträgen entlastet und die monetären Sozialleistungen ausgeweitet. Zudem steigen die staatlichen Konsumausgaben und Investitionen.

Die konjunkturelle Dynamik auf den deutschen Absatzmärkten wird sich im kommenden Jahr nur geringfügig verlangsamen. Nach einem deutlichen Anstieg in diesem Jahr nehmen die Exporte im kommenden Jahr daher etwas weniger dynamisch zu. Dennoch leisten die Exporte für

¹ Die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion bilden die Grundlage für die Steuerschätzung vom 7. bis 9. Mai 2018 in Mainz. Als gemeinsamer Orientierungsrahmen dienen sie der Aufstellung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen. Die Schätzung des Produktionspotenzials und die Mittelfristprojektion liefern die gesamtwirtschaftlichen Grundlagen für die Berechnung des zulässigen Verschuldungsspielraums gemäß der in der Verfassung verankerten Schuldenregel.

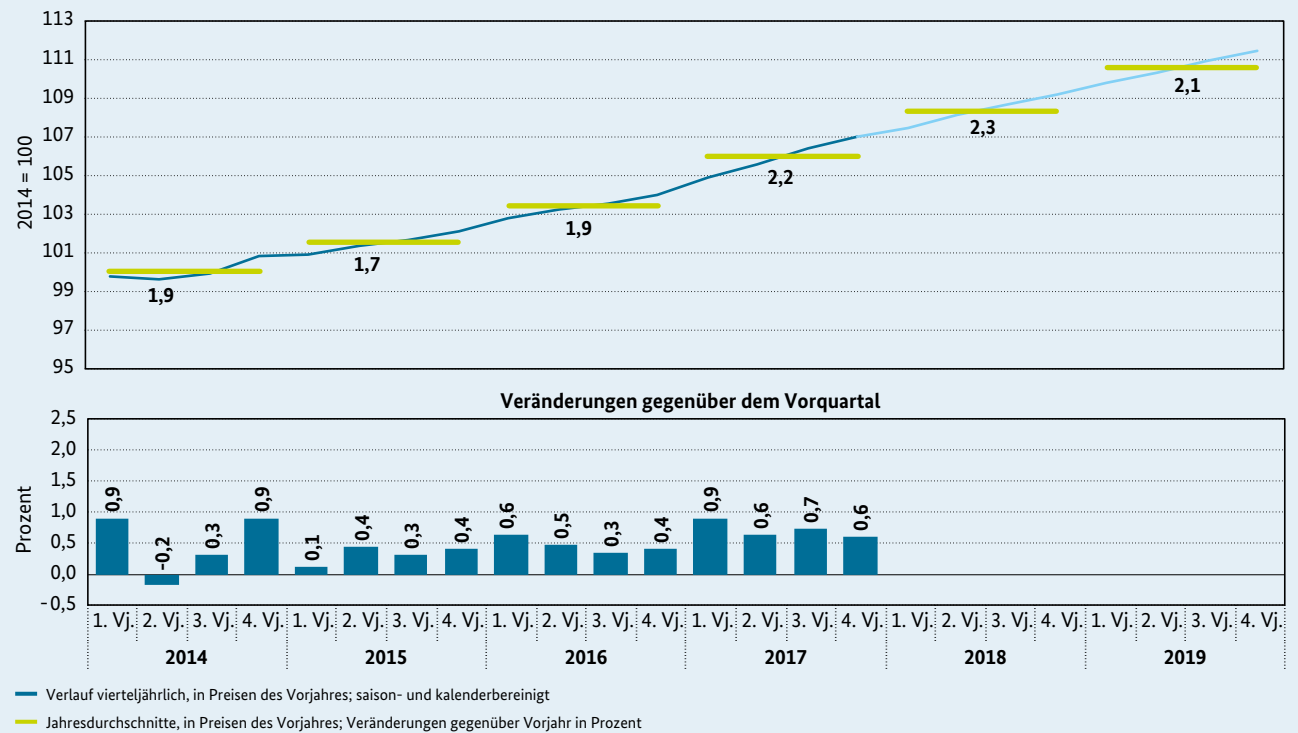
Schaubild 1: Konjunkturaufschwünge in Deutschland



Anmerkungen: Balken markieren die Länge der Aufschwünge. Die Länge der Konjunkturzyklen in Schaubild 1 basiert auf der quartalsgenauen Datierung des Sachverständigenrats.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Frühjahrsprojektion 2018 der Bundesregierung.

Schaubild 2: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland – Frühjahrsprojektion 2018



Quelle: Statistisches Bundesamt, Frühjahrsprojektion 2018 der Bundesregierung.

Tabelle 1: Technische Details zur Projektion des Bruttoinlandsprodukts

	2016	2017	2018	2019
	in Prozent bzw. Prozentpunkten			
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate	1,9	2,2	2,3	2,1
Statistischer Überhang am Ende des Jahres ¹	0,6	1,0	0,8	0,8
Jahresverlaufsrate ²	1,9	2,9	2,1	2,1
Jahresdurchschnittliche BIP-Rate, arbeitstäglich bereinigt	1,9	2,5	2,3	2,1
Kalendereffekt ³	0,1	-0,3	0,0	0,0

1 Saison- und kalenderbereinigter Indexstand im vierten Quartal des Vorjahres;
 2 in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres;
 3 Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt 2018, eigene Berechnungen.



sich betrachtet einen wichtigen Wachstumsbeitrag. Angesichts der starken Binnennachfrage und der hohen Auslastung der Kapazitäten steigen die Importe kräftiger als die Exporte. Per saldo ergibt sich in diesem Jahr ein leicht positiver Wachstumsbeitrag des Außenhandels. Im kommenden Jahr dürfte der Wachstumsbeitrag neutral sein.

Angesichts der steigenden Nachfrage nach industriellen Produkten aus dem In- und Ausland bei bereits hoher Kapazitätsauslastung werden die Unternehmen ihre Investitionen in Ausrüstungen deutlich ausweiten.

Im Ergebnis rechnet die Bundesregierung mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr um preisbereinigt 2,3%. Im kommenden Jahr werden neben der leicht nachlassenden konjunkturellen Dynamik der deutschen Absatzmärkte auch die angebotsseitigen Knappheiten bei der Beschäftigung stärker hervortreten. Dem stehen positive Impulse durch die Umsetzung des Koalitionsvertrags gegenüber. Zusammengenommen wird daher im kommenden Jahr mit einem nur wenig geringeren Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,1% gerechnet.

Die Bundesregierung liegt mit ihrer Projektion damit etwas über der Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose vom 19. April, aber innerhalb des Prognosespektrums der internationalen Organisationen und der nationalen Wirtschaftsforschungsinstitute. Es gibt Risiken und Chancen für die konjunkturelle Entwicklung. Die Risiken ergeben sich vor allem aus dem außenwirtschaftlichen Umfeld, etwa aus der Gefahr eines internationalen Handelskrieges.

Aktuelle Entwicklungen seit der Jahresprojektion

Im Januar war die Bundesregierung in ihrer Jahresprojektion von einem Wachstum von 2,4% für dieses Jahr ausgegangen. Insgesamt ist die Ausgangssituation für die Frühjahrsprojektion aufgrund der aktuellen Datenlage etwas weniger günstig als noch im Januar. Die Daten zur inländischen Industrieproduktion und der Auslandsnachfrage waren zu Jahresbeginn schwächer als seinerzeit angenommen. Dies dürfte jedoch nur ein temporäres Phänomen bleiben. Daher bleibt das Konjunkturbild insgesamt unverändert positiv. Der Arbeitsmarkt wird sich im Projektionszeitraum noch besser entwickeln als im Januar erwartet und somit die binnenwirtschaftliche Entwicklung noch stärker stützen. Die jüngsten Prognosen des Internationalen Währungsfonds zeigen eine Fortsetzung des hohen weltwirtschaftlichen Wachstums in diesem und im kommenden Jahr an.

Kasten 1: Annahmen der Frühjahrsprojektion 2018

In den außenwirtschaftlichen Annahmen orientiert sich die Bundesregierung an den Einschätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF). Darüber hinaus wird angenommen, dass der Finanzsektor stabil bleibt und es zu keiner weiteren Eskalation der geopolitischen Risiken oder handelsprotektionistischen Maßnahmen kommt. Alle bereits beschlossenen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen sind in der Projektion berücksichtigt. Darüber sind die wesentlichen fiskalisch wirksamen Maßnahmen des Koalitionsvertrages in die Projektion eingeflossen.

Der Ölpreis wird als technische Annahme für den Projektionszeitraum aus den Terminnotierungen abgeleitet. Diese sind im weiteren Verlauf leicht aufwärtsgerichtet. Im Jahresdurchschnitt beläuft sich der Ölpreis der Sorte Brent damit auf rund 70 US-Dollar im Jahr 2018 und auf 66 US-Dollar im Jahr 2019. Die Wechselkurse werden im Projektionszeitraum mit ihren jeweiligen Durchschnitten der letzten sechs Wochen vor der Prognoseerstellung als konstant unterstellt. Für den Wechselkurs ergibt sich damit für den gesamten Projektionszeitraum ein Wert von 1,23 US-Dollar je Euro. Darüber hinaus wird angenommen, dass der Zinssatz der Europäischen Zentralbank für Hauptrefinanzierungsgeschäfte bis zum Ende des Projektionszeitraums konstant bei 0,00% bleibt. Für die Frühjahrsprojektion wurde zudem unterstellt, dass sich die Zuwanderung von Flüchtlingen in etwa auf dem Niveau der letzten Monate fortsetzt.

Belebung der Weltwirtschaft – Unwägbarkeiten bleiben

Im Projektionszeitraum wird das Wachstum der Weltwirtschaft mit 3,9% in diesem und dem kommenden Jahr etwas höher ausfallen als im Jahr 2017 mit 3,8% und deutlich höher als im Jahr 2016 mit 3,1%. Die Einschätzung der weltwirtschaftlichen Entwicklung ist allerdings mit einer Reihe von Unwägbarkeiten verbunden, wie etwa ein möglicher Handelskrieg oder geopolitische Konflikte.

In der Eurozone sind die Wachstumsaussichten weiter gut. Der Arbeitsmarkt hat sich deutlich erholt und auch die Industrieproduktion ist tendenziell aufwärtsgerichtet. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie hat das sehr hohe Vorkrisenniveau fast erreicht. Dies dürfte Erweiterungsinvestitionen auslösen und die Nachfrage nach Fachkräften erhöhen. Allerdings wird die konjunkturelle Dynamik im Euroraum im laufenden Jahr spürbar oberhalb des nachhaltigen Wachstumstrends liegen. Die hohe Auslastung der Produktionsfaktoren wird daher im kommenden Jahr leicht dämpfende Wirkungen entfalten. Im Jahr 2019 wird die etwas schwächere Dynamik der Absatzmärkte, aber auch die bereits realisierte Aufwertung des Euro die Nachfrage nach europäischen Exportgütern dämpfen. Insgesamt wird daher für das Jahr 2019 mit einer etwas schwächeren konjunkturellen Entwicklung im Euroraum gerechnet.

Der dynamische Aufschwung in den Vereinigten Staaten wird sich fortsetzen. In den beiden kommenden Jahren bringen die Senkung der Unternehmenssteuern und die Erhöhung der Infrastrukturinvestitionen deutlich positive Impulse für die US-Wirtschaft. Die Schwellenländer profitieren von der Erholung des Welthandels. Die Konjunktur in den rohstoffexportierenden Schwellenländern wird zusätzlich durch die wieder etwas höheren Rohstoffpreise gestärkt. Es ist davon auszugehen, dass sich das Wachstum in China im Prognosezeitraum allmählich verringert, aber weiterhin bei über 6% liegen wird. Insgesamt werden die Nicht-OECD-Länder spürbar stärker wachsen als die OECD-Länder.

Expansion des deutschen Außenhandels

Die deutschen Absatzmärkte expandieren im kommenden Jahr etwas schwächer als in diesem Jahr. Dies liegt vor allem an dem etwas geringeren Wachstum im Euroraum. Für die Jahre 2018 und 2019 wird mit einer Steigerung der Exporte von Waren und Dienstleistungen von preisbereinigt 5,0% bzw. 4,4% gerechnet. Aufgrund der kräftigen



deutschen Inlandsnachfrage dürften die Importe stärker zunehmen als die Exporte. Die preisbereinigten Importe ziehen in diesem Jahr um 5,8% und im Jahr 2019 um 5,1% an. Dies bedeutet auch zusätzlich Nachfrage bei unseren Handelspartnern und könnte die wirtschaftliche Erholung in Europa weiter voranbringen. Insgesamt gehen vom Außenhandel für die deutsche Volkswirtschaft per saldo in diesem Jahr leicht positive und im kommenden Jahr neutrale Impulse aus.

Aufgrund der guten Exportentwicklung im laufenden Jahr dürfte der Saldo der Leistungsbilanz trotz kräftiger Importentwicklung bei 8,0% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt verharren. Für das kommende Jahr ist davon auszugehen, dass bei gleichmäßiger Entwicklung der Im- und Exportpreise und annähernd neutralem Wachstumsbeitrag des Außenhandels der Leistungsbilanzüberschuss auf 7,5% zurückgeht.

Lebhafte Unternehmensinvestitionen

Die Industrieproduktion ist trotz des zögerlichen Jahresbeginns tendenziell weiter aufwärtsgerichtet. Der Auftragsbestand ist hoch, und die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe lag im ersten Quartal dieses Jahres knapp fünf Prozent über dem langjährigen Durchschnitt. Daher bestehen starke Anreize für Erweiterungsinvestitionen der Unternehmen. Die Investitionen in Ausrüstungen werden in diesem Jahr um 5,5% und im kommenden Jahr um 4,8% expandieren.



Im Baugewerbe bleibt die Nachfrage nach zusätzlichen Wohn- und Gewerbebauten weiter hoch. Hinzu kommen Maßnahmen des Koalitionsvertrags wie der Ausbau der Breitbandinfrastruktur. Allerdings zeigen sich zunehmende Engpässe bei den frei verfügbaren Arbeitskräften in Baubetrieben. Die Erfüllung der Aufträge verlangsamt sich daher. Nach Abzug der Preissteigerungen nehmen die Bauinvestitionen mit 2,6% im Jahr 2018 und 2,7% im Jahr 2019 in ähnlichem Umfang wie den beiden Vorjahren zu. Alles in allem werden die Investitionen in diesem Jahr um 3,7% und im kommenden Jahr um 3,6% gesteigert. Die Investitionsquote steigt bis zum Jahr 2019 auf 21,1%.

Beschäftigungsaufbau bleibt dynamisch

Der Arbeitsmarkt zeigt sich in anhaltend guter Verfassung. Im zweiten Halbjahr des Vorjahres sind pro Monat knapp 55 Tsd. Beschäftigungsverhältnisse hinzugekommen. Zudem senden auch die gängigen Arbeitsmarktindikatoren positive Signale. Für das Jahr 2018 rechnet die Bundesregierung daher mit einem weiteren Beschäftigungszuwachs von 575 Tsd. Personen. Allerdings dürfte sich ein enger werdendes Angebot an Fachkräften allmählich auf die Dynamik des Beschäftigungsaufbaus auswirken. Im nächsten Jahr fällt der Zuwachs mit 400 Tsd. Erwerbstätigen daher etwas schwächer aus. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen bis 2019 auf ein Rekordniveau von 45,1 Mio. Personen steigen. Dabei wird in fast allen Wirtschaftsbereichen Beschäftigung aufgebaut. Die absolut stärksten Zuwächse ergeben sich bei den unternehmensnahen Dienstleistungen sowie im Gesundheits- und Sozialwesen. Hinter dem Beschäftigungsaufbau steht, wie auch in den vorhergehenden Jahren, eine Zunahme von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, wohingegen die Zahl der

Selbständigen und ausschließlich geringfügig Beschäftigten rückläufig bleiben wird.

Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt spiegelt sich zudem in einem deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit wider. Für dieses Jahr ist mit einem Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit um 200 Tsd. Personen zu rechnen. Die Zahl der Arbeitslosen fällt damit auf 2,33 Mio. und somit auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Da zunehmend Flüchtlinge auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen, dürfte die Arbeitslosigkeit mit 90 Tsd. Personen im Jahr 2019 etwas weniger stark zurückgehen.

Verbraucherpreise beschleunigen sich

In den letzten Monaten sind die Preise für Rohöl deutlich angestiegen. Zieht man Terminnotierungen von Mitte April an den Rohstoffbörsen heran, so dürfte der Ölpreis im Durchschnitt des Jahres 2018 mit 70 US-Dollar merklich über dem Niveau des Vorjahres liegen. Im kommenden Jahr wird an den Märkten ein leichter Rückgang des Ölpreises auf 66 US-Dollar erwartet, sodass dieser der Inflation im kommenden Jahr keinen Auftrieb mehr geben sollte.

Damit dürften im Jahr 2018 die binnenwirtschaftlichen Determinanten die Preisentwicklung wieder stärker bestimmen. Die gute Lage am Arbeitsmarkt geht mit deutlichen gesamtwirtschaftlichen Lohnsteigerungen einher. Da der Lohnkostenanteil bei den Dienstleistern vergleichsweise hoch ist, werden die Preise für Dienstleistungen stärker anziehen. Auch die Preissteigerung bei den Mieten wird im Projektionszeitraum weiter an Fahrt aufnehmen. Im Ergebnis führen diese Entwicklungen dazu, dass die Dienstleistungspreise dynamischer steigen als im Vorjahr.

Insgesamt dürften die Verbraucherpreise in diesem Jahr um 1,8% und im Jahr 2018 um 2,0% steigen. Hinsichtlich der Kerninflationsrate wird erwartet, dass sie 2018 um 1,8% und im Jahr 2019 um 2,1% steigt.

Deutliche Einkommenszuwächse speisen den privaten Konsum

Angesichts der weiterhin guten Lage auf dem Arbeitsmarkt dürften sich die Tarifvertragsparteien weiter auf ordentliche Lohnzuwächse einigen. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer steigen in diesem Jahr um 2,9% und im kommenden Jahr um 3,1% an. Im Jahr 2018 nehmen die Nettolöhne in ähnlichem Umfang zu. Für 2019 werden die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags sowie die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung erwartet, sodass die Nettolöhne um etwa 0,6 Prozentpunkte stärker zunehmen als die Bruttolöhne. Die realen Nettoeinkommen je Arbeitnehmer steigen somit mit 1,0% in diesem Jahr und 1,7% im kommenden Jahr äußerst kräftig an. Die Rentenanpassungen und Ausweitung der Leistungen der Rentenversicherung sowie die Erhöhung des Kindergeldes lassen die monetären Sozialleistungen im Projektionszeitraum dynamisch steigen. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen entwickeln sich im Jahr 2018 moderat. Im Jahr 2019 führt die Einführung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer gedämpften Entwicklung der Gewinneinkommen. Insgesamt steigen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in diesem Jahr um 3,6% und im kommenden Jahr noch kräftiger um 3,8%.

Die Expansion der privaten Konsumausgaben wird getragen von der guten Beschäftigung und der steigenden realen Kaufkraft der Konsumenten. Mit der etwas anziehenden Teuerung nimmt der private Konsum im Jahr 2018 um 1,7% und im Jahr 2019 um 1,8% zu. Er liefert weiterhin über den gesamten Prognosezeitraum wesentliche Wachstumsimpulse.

Deutsche Wirtschaft auch mittelfristig in guter Verfassung

Für die Jahre 2018 bis 2022 ergibt die Mittelfristprojektion ein Potenzialwachstum von durchschnittlich 1 $\frac{3}{4}$ % pro Jahr. Dazu trägt auch die zuletzt hohe Nettozuwanderung bei, die sich positiv auf das Arbeitskräftepotenzial auswirkt. Die Produktionslücke, als Differenz zwischen Bruttoinlandsprodukt und Produktionspotenzial, steigt bis zum Jahr 2019

auf 0,9 Prozent. Die deutsche Wirtschaft befindet sich somit in einer Hochkonjunktur. Zum Ende des Projektionszeitraums schließt sich die Produktionslücke annahmegemäß.

Insbesondere vor dem Hintergrund des absehbaren demografischen Wandels kommt es darauf an, die Wachstumskräfte der deutschen Wirtschaft und somit das Potenzialwachstum zu stärken. Gerade gute wirtschaftliche Zeiten sollten für Strukturreformen genutzt werden. Wesentlich ist es, die Standort- und Rahmenbedingungen für Investitionen zu verbessern, das Arbeitskräftepotenzial quantitativ und qualitativ zu stärken sowie Forschung und Entwicklung zu unterstützen und somit den technischen Fortschritt zu beschleunigen. Im Rahmen des Koalitionsvertrags wurden hierzu wichtige Weichenstellungen vereinbart.

Risiken im außenwirtschaftlichen Umfeld

Die dargestellte Basislinie der Frühjahrsprojektion stellt aus heutiger Sicht den wahrscheinlichsten Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung für Deutschland dar. Diese Einschätzung ist naturgemäß mit Unsicherheit behaftet. Es gibt Chancen und Risiken.

Das augenscheinlichste Risiko ist gegenwärtig das eines Handelskrieges und einer damit einhergehende spürbaren Verlangsamung des Welthandels. Auch eine Verschärfung der geopolitischen Konflikte, eine Wachstumsverlangsamung in den Schwellenländern sowie Risiken für die Finanzmarktstabilität – z. B. durch eine schneller als erwartete Straffung der Geldpolitik etwa in Verbindung mit Korrekturen an den Kapitalmärkten – zählen aus heutiger Sicht zu den Risikofaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.

Allerdings birgt das außenwirtschaftliche Umfeld auch Chancen für eine günstigere Entwicklung. Die Auflösung des aktuellen Handelskonflikts oder die Verringerung protektionistischer Maßnahmen könnten den internationalen Handel und die deutschen Exporte stärker erhöhen als angenommen.

Kontakt: Mathias Kesting

Referat: Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 2: Eckwerte der Frühjahrsprojektion 2018

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ¹	2016	2017	Frühjahrsprojektion	
			2018	2019
Veränderung gegenüber Vorjahr in %, soweit nicht anders angegeben				
Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)				
BIP (preisbereinigt)	1,9	2,2	2,3	2,1
Erwerbstätige (im Inland)	1,3	1,5	1,3	0,9
BIP je Erwerbstätigem	0,6	0,7	1,0	1,1
BIP je Erwerbstätigenstunde	1,3	1,1	0,7	1,1
nachrichtlich:				
Erwerbslosenquote in % (ESVG-Konzept) ²	3,9	3,5	3,1	2,9
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) ²	6,1	5,7	5,2	5,0
Verwendung des BIP in jeweiligen Preisen (nominal)				
Konsumausgaben				
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	2,7	3,6	3,6	3,8
Staat	4,8	3,8	5,1	3,4
Bruttoanlageinvestitionen	4,3	5,2	5,8	6,5
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen (Mrd. Euro)	-26,4	-21,3	-22,8	-24,4
Inlandsnachfrage	3,3	4,2	4,4	4,3
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	250,6	248,3	255,1	258,0
Außenbeitrag (in % des BIP) ⁷	8,0	7,6	7,5	7,3
Bruttoinlandsprodukt (nominal)	3,3	3,8	4,2	4,1
Verwendung des BIP preisbereinigt (real)				
Konsumausgaben				
Private Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck	2,1	1,9	1,7	1,8
Staat	3,7	1,5	2,6	1,8
Bruttoanlageinvestitionen	3,1	3,3	3,7	3,6
Ausrüstungen	2,2	4,0	5,5	4,8
Bauten	2,7	2,7	2,6	2,7
Sonstige Anlagen	5,5	3,5	3,6	3,7
Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen (Impuls) ³	-0,2	0,1	0,0	0,0
Inlandsnachfrage	2,4	2,2	2,3	2,2
Exporte	2,6	4,7	5,0	4,4
Importe	3,9	5,1	5,8	5,1
Außenbeitrag (Impuls) ³	-0,3	0,2	0,1	0,0
Bruttoinlandsprodukt (real)	1,9	2,2	2,3	2,1
Preisentwicklung (2010 = 100)				
Konsumausgaben der privaten Haushalte ⁴	0,6	1,7	1,8	2,0
Inlandsnachfrage	0,9	2,0	2,0	2,1
Bruttoinlandsprodukt ⁵	1,3	1,5	1,9	2,0
Verteilung des Bruttonationaleinkommens (BNE)				
(Inländerkonzept)				
Arbeitnehmerentgelte	3,8	4,3	4,3	4,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	2,1	3,6	4,5	4,3
Volkseinkommen	3,2	4,1	4,3	4,2
Bruttonationaleinkommen	3,1	3,9	4,2	4,1
nachrichtlich (Inländerkonzept):				
Arbeitnehmer	1,5	1,7	1,5	1,0
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	4,5	4,4	4,1
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	2,5	2,7	2,9	3,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2,9	3,9	3,6	3,8
Sparquote in % ⁶	9,7	9,9	9,9	9,9

1 Bis 2017 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: Februar 2018;

2 Bezogen auf alle Erwerbspersonen;

3 Absolute Veränderung der Vorräte bzw. des Außenbeitrags in Prozent des BIP des Vorjahres (= Beitrag zur Zuwachsrate des BIP);

4 Verbraucherpreisindex; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2017: 1,8%; 2018: 1,8%; 2019: 2,0%;

5 Lohnstückkosten je Arbeitnehmer; Veränderung gegenüber Vorjahr: 2017: 1,8%; 2018: 1,7%; 2019: 2,0%;

6 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte einschl. betrieblicher Versorgungsansprüche;

7 Saldo der Leistungsbilanz: 2017: +8,0%; 2018: +8,0%; 2019: +7,5%.

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: weiter dynamisches Wachstum.

Der globale Aufschwung, welcher im Vorjahr einsetzte, dürfte sich nicht weiter beschleunigen, sondern eher geringfügig an Dynamik verlieren.

In den Vereinigten Staaten und in Japan fiel das Wachstum im vierten Quartal 2017 etwas schwächer aus als im dritten Quartal. Die verabschiedete Steuerreform wirkte sich allerdings positiv auf die Stimmung in den Vereinigten Staaten aus. Für den Euroraum und für Japan haben sich die Indikatoren zuletzt leicht eingetrübt und deuten eine etwas verlangsamte Fortsetzung des Aufschwungs zumindest im ersten Quartal 2018 an.

In den Schwellenländern verlief die wirtschaftliche Entwicklung unterschiedlich. Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft wirkt gefestigt, bleibt aber hinter den Raten früherer Jahre zurück. In Indien erhöhte sich das Expansions-tempo im vierten Quartal 2017. Russland und Brasilien haben ihre Rezession im Jahr 2017 überwunden, im vierten Quartal war ihr Wachstum aber wieder weniger dynamisch.

Die Indikatoren zur Weltwirtschaft deuten auf eine Fortsetzung des globalen Aufschwungs hin. Die weltweite Industrieproduktion nahm im Januar binnen Jahresfrist um 4,0% zu. Der globale Einkaufsmanagerindex von Markit ging im März wieder zurück, nachdem er im Februar auf den höchsten Stand seit mehr als drei Jahren gestiegen war. Auch das ifo Weltwirtschaftsklima für das erste Quartal 2018 erreichte das höchste Niveau seit dem Jahr 2007.

Die OECD rechnet in ihrer Projektion vom März mit einem globalen Wachstum für die Jahre 2018 und 2019 von jeweils 3,9% nach 3,7% im Jahr 2017. Diese Einschätzung spiegelt die Dynamik der Weltwirtschaft wider. Sie geht zudem davon aus, dass von der vor kurzem gebilligten Steuerreform in den Vereinigten Staaten zumindest vorübergehend gewisse konjunkturelle Impulse auf die Vereinigten Staaten, aber auch auf die globale Nachfrage ausgehen dürften. Die globale Wirtschaft ist allerdings weiterhin vielfältigen Risiken ausgesetzt, nicht zuletzt durch die aufkeimenden Handelskonflikte.

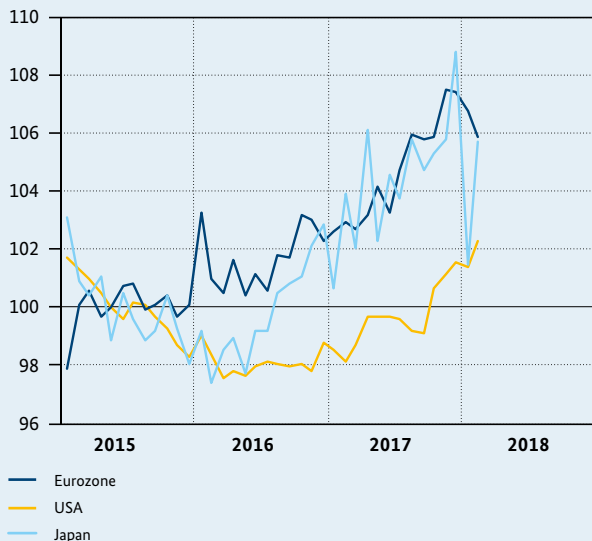
USA: Dynamik auch im vierten Quartal.

Die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten wuchs im vierten Quartal saison- und kalenderbereinigt um 0,7% und damit nahezu genauso stark wie im Sommerhalbjahr. Sie setzte damit ihren Aufschwung fort. Insbesondere die höheren Ausgaben für private langlebige Güter trugen zum Wachstum bei.

Die Indikatoren zeichnen am aktuellen Rand ein positives Bild. Die Industrieproduktion ist im Februar spürbar um 0,9% gestiegen und setzte damit ihren Aufwärtstrend fort. Bei den Auftragseingängen kam es im Februar ebenfalls zu einem deutlichen Zuwachs um 1,2%, der Aufwärtstrend war allerdings zuletzt nicht mehr ganz so ausgeprägt.

Die wichtigen Frühindikatoren deuten insgesamt weiter auf Expansion hin. Der zusammengesetzte Markit Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen ist im März zwar gefallen, liegt aber weiterhin deutlich im expansiven Bereich. Ein ähnliches Verlaufsmuster war bei dem nationalen Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe zu beobachten. Der Arbeitsmarkt ist weiterhin in sehr guter Verfassung. Die Beschäftigung ist im März um 103.000 Personen gestiegen. Die Arbeitslosenquote blieb unverändert bei 4,1%.

Industrieproduktion international
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2016 Q4	2017 Q1	2017 Q2	2017 Q3	2017 Q4
Euroraum	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7
USA	0,4	0,3	0,8	0,8	0,7
Japan	0,3	0,5	0,6	0,6	0,4

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Euroraum	8,7	8,6	8,6	8,5	-
USA	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1
Japan	2,7	2,7	2,4	2,5	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Euroraum	1,5	1,4	1,3	1,1	1,4
USA	2,2	2,1	2,1	2,2	2,4
Japan	0,6	1,0	1,4	1,5	-

Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond.

Der Aufschwung dürfte sich demnach fortsetzen. In ihrer Projektion vom März geht die OECD von einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2018 in Höhe von 2,9% aus. Für dieses und das kommende Jahr sind aus der kürzlich gebilligten Steuerreform gewisse konjunkturelle Impulse eingepreist.

Japan: abgeschwächtes viertes Quartal.

Im vierten Quartal 2017 ist das japanische BIP um 0,4% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Damit setzt sich der behutsame Aufwärtstrend fort.

Aktuelle Indikatoren deuten auf eine weiterhin verhaltene, aber positive Entwicklung der japanischen Wirtschaft hin. Die Industrieproduktion hat sich im Februar erholt, nachdem im Januar ein deutliches Minus ausgewiesen worden war. Bei den Frühindikatoren deuten sowohl der Tankan-Index als auch der Markit Einkaufsmanagerindex auf weiteres verhaltenes Wachstum hin.

Nach der im Gesamtjahr 2017 grundsätzlich positiven konjunkturellen Entwicklung mit einem Wachstum des BIP um 1,7% erwartet die OECD für das Jahr 2018 bei geringen fiskalischen Impulsen ein Wachstum von immerhin 1,5%.

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



Euroraum und EU: gutes viertes Quartal.

Der Aufschwung im Euroraum setzt sich mit gleichbleibender Dynamik fort. Die wirtschaftliche Aktivität stieg im vierten Quartal 2017 preis- und saisonbereinigt deutlich um 0,7%, wie in den beiden Vorquartalen. Die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich nahm im vierten Quartal mit einer Rate von 0,4% zu und hat sich damit wieder etwas normalisiert.

Die Indikatoren für den Euroraum sprechen insgesamt für eine etwas weniger dynamische Fortsetzung des Aufschwungs. Die Industrieproduktion im Euroraum ist im Februar im Vergleich zum Vormonat um 0,8% gefallen, blieb in der Tendenz aber leicht aufwärtsgerichtet. Die Frühindikatoren deuten ebenfalls auf ein etwas langsames Wachstum hin. Sowohl der Economic Business Climate Indicator als auch der Markit Einkaufsmanagerindex für Industrie und Dienstleistungen haben sich im März erneut eingetrübt. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum sank im Februar allerdings auf 8,5%, ihrem niedrigsten Stand seit Ende 2008.

Die OECD geht in ihrer aktuellen Prognose von einem Anstieg des BIP im Eurogebiet von 2,3% im Jahr 2018 aus, nachdem im Jahr 2017 ein Zuwachs um 2,5% verzeichnet worden war. Der Brexit-Prozess bleibt aber ein Risikofaktor für die Konjunktur.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzt sich fort, sein Tempo hat sich zu Jahresbeginn leicht abgeschwächt.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin in einem soliden Aufschwung. Ihre Kapazitäten sind deutlich über normal ausgelastet.¹ Anfang des Jahres hat sich ihr Expansionstempo allerdings etwas verlangsamt. Hierfür sprechen z. B. die einschlägigen Indikatoren für das Geschäftsklima, die sich auf hohem Niveau etwas abgeschwächt haben. Auch das Produktionsvolumen im Produzierenden Gewerbe oder die industriellen Umsätze befinden sich aktuell etwas unterhalb des Niveaus des Jahreschlussquartals 2017. Angesichts der hohen Schlagzahl der deutschen Wirtschaft in den vier sehr wachstumsstarken Quartalen im Jahr 2017 ist dies keine ungünstige Entwicklung. Sie bedeutet kein Ende des Aufschwungs, sondern verbessert die Chancen für seine Verstetigung. So ist das Geschäftsklima weiterhin überdurchschnittlich, die Auftragsbücher sind voll und der Arbeitsmarkt läuft auf hohen Touren. Das außenwirtschaftliche Umfeld zeigt sich günstig, auch wenn die Korrektur an den Kapitalmärkten und der schwelende Handelskon-

flikt für eine gewisse Verunsicherung sorgen. Der globale Aufschwung ist vielfältigen Unsicherheiten und Risiken ausgesetzt.

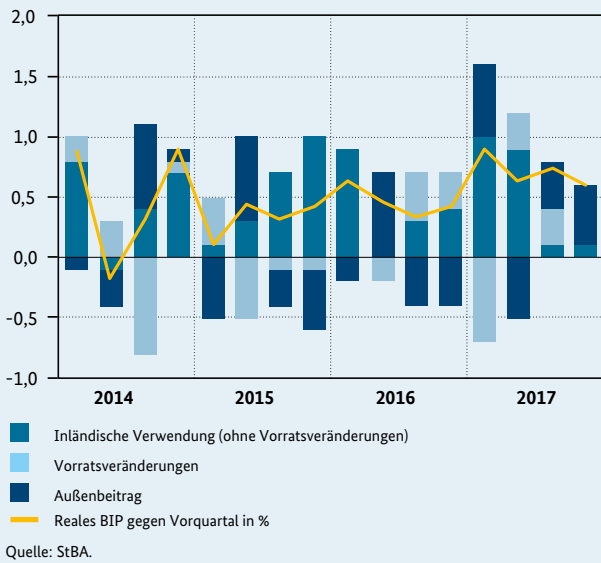
2. Produzierendes Gewerbe

Die Industrieproduktion hat an Schwung verloren.

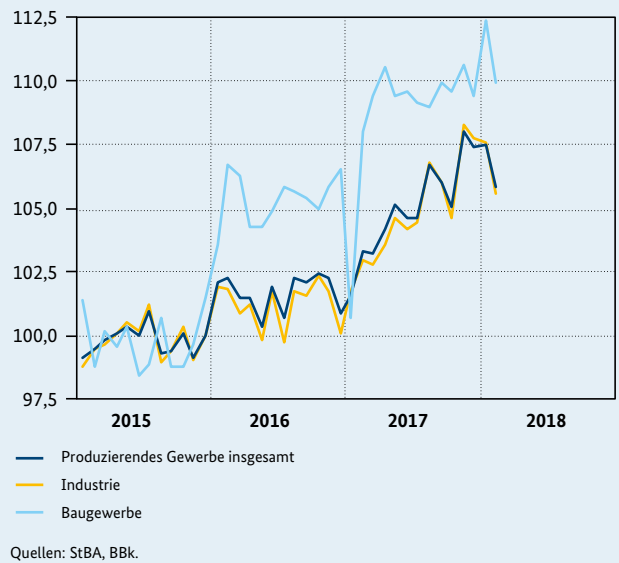
Die Bauwirtschaft kämpft mit Kapazitätsproblemen und Fachkräftemangel.

Im Februar ist die Industrieproduktion spürbar um 2,0% gesunken. Dies bedeutete den dritten Rückgang in Folge und sorgte für einen schwachen Start der Industrie in das neue Jahr. In der Grundtendenz bleibt sie aber auf Wachstumskurs. Hierfür sprechen auch die weiterhin guten Rahmenbedingungen. So hat sich der weniger schwankungsfähige Dreimonatsvergleich abgeschwächt, blieb mit einem Zuwachs von 0,6% aber positiv.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts
(Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten, preis-, kalender- und saisonbereinigt)



Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 16. April 2018 vorlagen. Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter und kalender- und saisonbereinigter Daten.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
Produktion					
Insgesamt	1,5	1,1	-0,6	-0,1	-2,0
Vorleistungsgüter	1,6	1,5	0,6	-1,3	-0,7
Investitionsgüter	1,6	1,1	-1,0	-0,2	-3,1
Konsumgüter	1,5	0,1	-1,5	2,4	-1,5
Umsätze					
Insgesamt	1,5	1,2	-0,4	-0,4	-2,1
Inland	0,6	0,9	-0,5	0,4	-1,2
Ausland	2,5	1,5	-0,3	-1,2	-2,9
Auftragseingänge					
Insgesamt	2,3	3,5	2,6	-3,5	0,3
Inland	1,0	1,3	0,5	-2,3	-1,4
Ausland	3,3	5,1	4,2	-4,3	1,4
Vorleistungsgüter	3,4	2,0	0,3	-3,2	-0,5
Investitionsgüter	1,9	4,7	5,0	-4,3	0,9
Konsumgüter	1,1	0,9	-3,1	2,7	-2,4

Quellen: StBA, BBk.

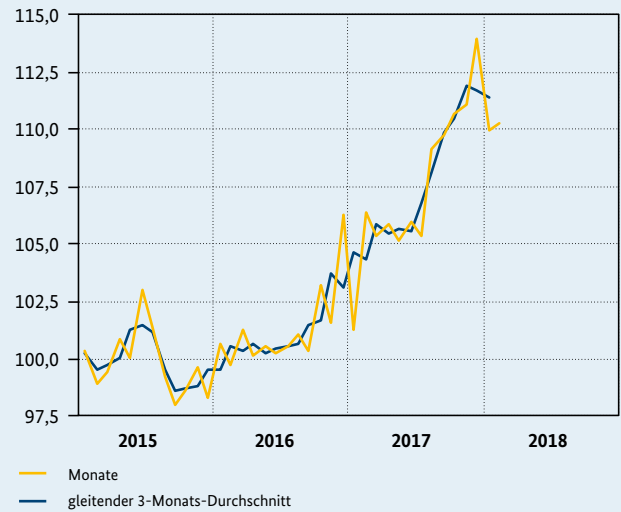
Innerhalb der Industrie verzeichneten im Februar die Investitionsproduzenten mit -3,1% den stärksten Rückgang. Bei den Konsum- und Vorleistungsgüterproduzenten ging die Produktion um 1,5% bzw. 0,7% zurück. Im Dreimonatsvergleich wurde die Produktion aber in allen drei Teilbereichen ausgeweitet.

Die industriellen Umsätze zeichnen ein ähnliches Bild. Im Februar kam es ebenfalls zu einer merklichen Abnahme um 2,1%. Im Dreimonatsvergleich legten aber auch die Umsätze zu (+0,5%). Dabei kamen die stärkeren Impulse aus dem Inland.

Die Auftragslage ist weiterhin sehr gut. Der Auftragsbestand in der Industrie ist im Januar sogar auf einen neuen Höchstwert gestiegen. Die Auftragseingänge sind zwar im Januar mit einem deutlichen Minus in das Jahr gestartet, konnten sich im Februar aber bereits wieder geringfügig um 0,3% erholen. Der aktuelle Zuwachs im Februar war vor allem auf die Bestellfähigkeit bei Investitionsgütern zurückzuführen (+0,9%). Ohne Großaufträge wäre es allerdings zu einem Auftragsminus von 0,7% gekommen. Insgesamt bleiben die Auftragseingänge in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Im Dreimonatsvergleich ergab sich ein Anstieg der Bestellungen um 0,8%.

Auftragseingang in der Industrie

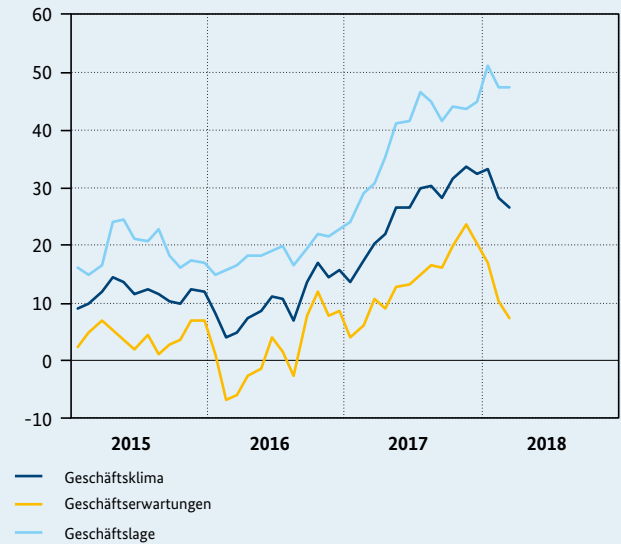
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe

(saisonbereinigt, Salden)



Quelle: ifo Institut.

Die Stimmungsindikatoren haben sich etwas eingetrübt. Das Ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe hat im März 2018 nochmals etwas nachgelassen, nachdem es bereits im Februar deutlich gesunken war. Im langjährigen Vergleich liegt es aber weiterhin auf hohem Niveau. Der IHS Markt Einkaufsmanagerindex nahm im März ebenfalls ab und erreichte mit 58 Punkten seinen tiefsten Wert seit Juli 2017. Nach wie vor liegt er damit aber ebenfalls deutlich über der Wachstumsschwelle.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
Insgesamt	-0,5	0,5	-1,1	2,7	-2,2
Bauhauptgewerbe	-0,4	-1,0	-3,3	5,9	-7,2
Ausbaugewerbe	-0,5	1,7	0,6	0,4	1,7

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q3	Q4	Nov.	Dez.	Jan.
Insgesamt	-1,7	10,2	9,2	13,5	-12,8
Hochbau	-3,0	13,3	11,7	18,6	-17,7
Wohnungsbau*	-2,9	17,0	2,3	25,0	-17,1
Gewerblicher*	-2,7	12,8	23,9	17,1	-20,2
Öffentlicher*	-4,5	3,4	2,2	3,3	-8,6
Tiefbau	-0,2	6,8	6,4	7,6	-6,5
Straßenbau*	-4,9	6,9	6,1	23,0	-7,7
Gewerblicher*	6,4	5,5	12,5	2,9	-10,3
Öffentlicher*	-1,6	8,0	0,3	-4,7	0,2
Öffentlicher Bau insg.	-3,6	6,7	3,2	9,0	-5,3

Quellen: StBA, BBk.

* Angaben in jeweiligen Preisen

Im Baugewerbe verringerte sich die Produktion saisonbereinigt im Februar um 2,2%, nachdem es aber im Januar zu einem Plus von 2,7% gekommen war. Die Abschwächung ergab sich aus der stark rückläufigen Produktionsentwicklung im Bauhauptgewerbe, während im Ausbaugewerbe die Produktion im Februar anzog. Im Dreimonatsvergleich wird für das Baugewerbe insgesamt ein Plus von 0,5% ausgewiesen. Damit setzte sich der leichte Aufwärtstrend aus dem letzten Halbjahr fort.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben sich zum Jahreswechsel sehr volatil entwickelt. Nachdem es im November und Dezember 2017 zu Zuwächsen um 9,2% bzw. 13,5% gekommen war, wurde im Januar 2018 ein Minus von 12,8% ausgewiesen.

Die Stimmung im Bauhauptgewerbe ist angesichts der hohen Auslastung und der Durchsetzbarkeit von Preissteigerungen weiterhin sehr gut. Das ifo Geschäftsklima hat sich im März aufgrund spürbar optimistischerer Erwartungen verbessert. Es liegt trotz einer seit Herbst letzten Jahres zu beobachtenden rückläufigen Tendenz immer noch auf hohem Niveau.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

3. Privater Konsum

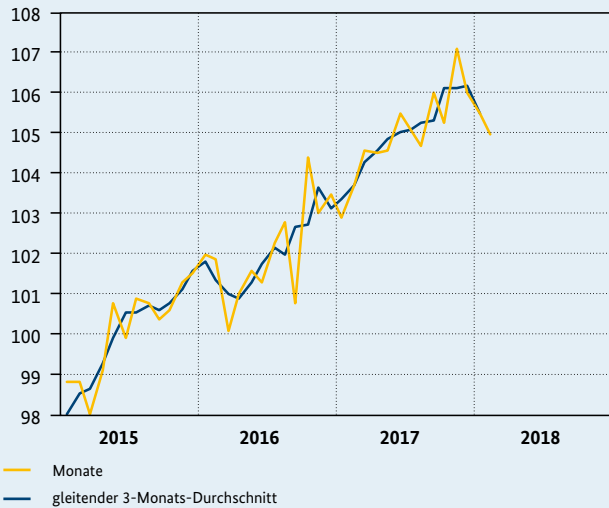
Gemischte Signale für den privaten Konsum.

Die privaten Konsumausgaben nahmen im Jahr 2017 kräftig um 1,9% zu. Angesichts der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt sowie der zuletzt höheren Tarifabschlüsse bleiben die Rahmenbedingungen und damit ihre weiteren Aussichten positiv.

Die Einzelhandelsumsätze, die für etwa ein Drittel der privaten Konsumausgaben stehen, sanken im Februar den dritten Monat in Folge (-0,7%). Die Kfz-Neuzulassungen, die bereits für März vorliegen, verzeichnen dagegen im ersten Quartal 2018 einen ordentlichen Anstieg um 4,2%. Der langanhaltende Aufwärtstrend im Kfz-Handel setzt sich damit zu Jahresbeginn kräftig fort.

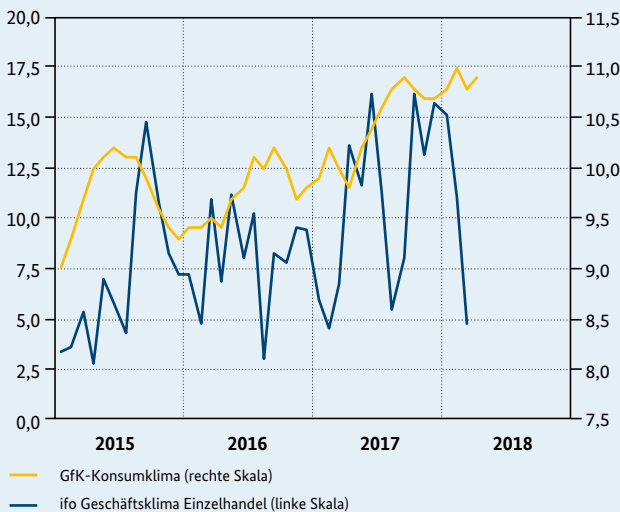
Insgesamt dürfte sich angesichts der guten Einkommensentwicklung die positive Konsumkonjunktur fortsetzen. Die Stimmung im Handel ist weiterhin sehr gut, auch wenn sich das entsprechende ifo Geschäftsklima im März eintrübte. Das Konsumklima der Verbraucher zeigte sich gänzlich unbeeindruckt. Zuletzt stieg der für April prognostizierte GfK-Konsumklimaindex sogar wieder leicht an.

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2015 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk.

Klimaindikatoren für den privaten Konsum
(Salden)



Quellen: ifo Institut, GfK.

4. Außenwirtschaft

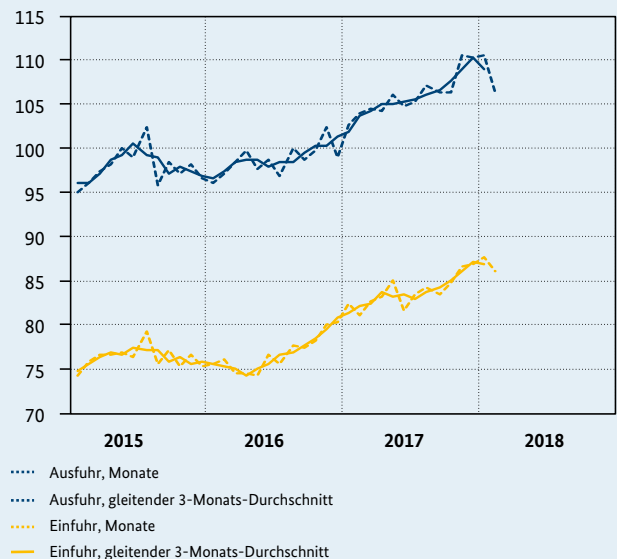
Der globale Aufschwung verliert zu Jahresbeginn geringfügig an Schwung. Die Exportdynamik ist entsprechend niedriger.

Im Februar 2018 wurden von Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 124,6 Mrd. Euro exportiert. Die Ausfuhren verringerten sich damit saisonbereinigt spürbar um 2,1%, nach einem leichten Anstieg um 0,4% im Januar. Im Dreimonatsvergleich war ein Zuwachs um 1,0% zu verzeichnen. Die Ausfuhrpreise haben sich im gleichen Zeitraum ebenfalls etwas erhöht, sodass der Anstieg der Warenausfuhren preisbereinigt schwächer ausfallen dürfte.

Den Ausfuhren standen im Februar Einfuhren in Höhe von 104,1 Mrd. Euro gegenüber. Gegenüber dem Vormonat war dies saisonbereinigt ein Minus von 0,7%. Im Dreimonatsvergleich blieben die Importe aufwärtsgerichtet (+1,1%). Die Einfuhrpreise haben sich im gleichen Zeitraum merklich erhöht, sodass die preisbereinigten Einfuhren spürbar weniger stark zugenommen haben dürften.

Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Quelle: Zahlungsbilanzstatistik BBk.

Außenhandel*

	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik) Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	1,0	2,3	-0,9	0,4	-2,1
Einfuhr	0,4	2,0	-0,8	1,0	-0,7
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik) Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	6,4	6,3	3,6	8,6	2,4
Eurozone	7,0	8,5	8,0	11,2	5,3
EU Nicht-Eurozone	4,3	7,3	6,6	10,0	0,4
Drittländer	6,9	3,8	-1,2	5,4	0,8
Einfuhr	7,8	7,2	4,7	6,9	4,7
Eurozone	6,8	8,2	5,6	8,2	5,3
EU Nicht-Eurozone	9,8	9,4	6,7	8,0	5,9
Drittländer	7,6	4,6	2,3	4,6	3,1

Quellen: StBA, BBk.

* Angaben in jeweiligen Preisen

Der Saldo von Aus- und Einfuhren beim Handel mit Waren und Dienstleistungen lag in den ersten zwei Monaten des Jahres 2018 bei kumuliert 38,2 Mrd. Euro und damit ca. 1,8 Mrd. Euro über dem Vorjahreswert.

Die nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft entwickelten sich zuletzt etwas schwächer. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe sind im März auf ihren niedrigsten Wert seit Anfang 2017 gefallen, befinden sich aber im längerfristigen Vergleich auf einem immer noch vergleichsweise hohen Niveau. Die Auftragseingänge aus dem Ausland stiegen im Februar um 1,4% nach einem allerdings recht deutlichen Rückgang im Januar. Der effektive reale Wechselkurs des Euro erhöhte sich gegenüber den wichtigsten Handelspartnern Deutschlands im März den fünften Monat in Folge leicht. Insgesamt haben sich die Perspektiven für den deutschen Außenhandel ein wenig verschlechtert, angesichts der insgesamt weiterhin guten Weltkonjunktur bleiben sie aber günstig.

5. Arbeitsmarkt

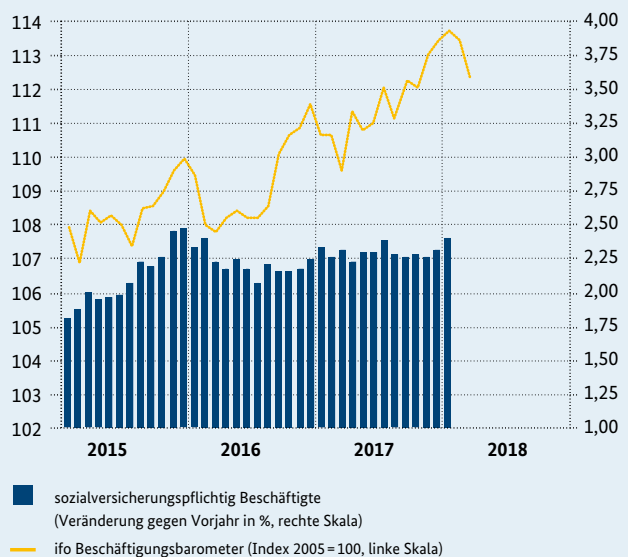
Die Erwerbstätigkeit nahm auch im Februar weiter zu.

Die Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung sanken im März erneut.

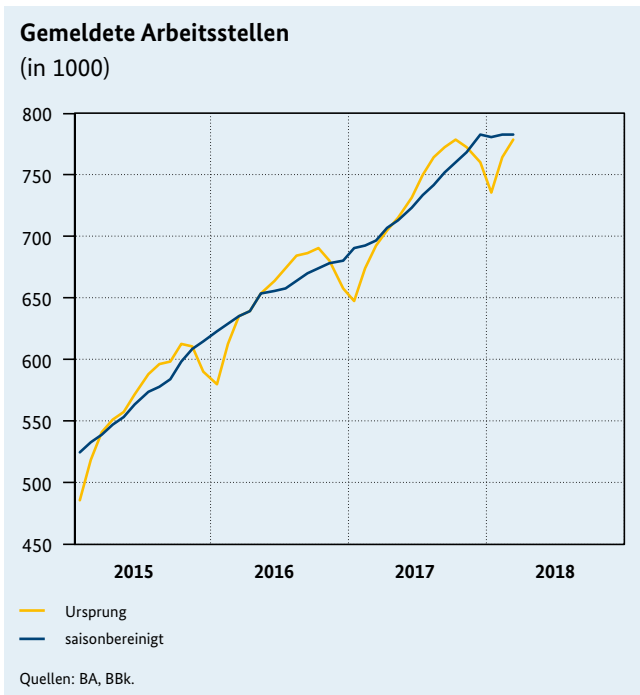
Die Frühindikatoren signalisieren gute Aussichten für den Arbeitsmarkt.

Die insgesamt positiven Entwicklungen am Arbeitsmarkt setzen sich fort. Die Erwerbstätigkeit und speziell die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nehmen kontinuierlich weiter zu, während Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung schrittweise zurückgehen.

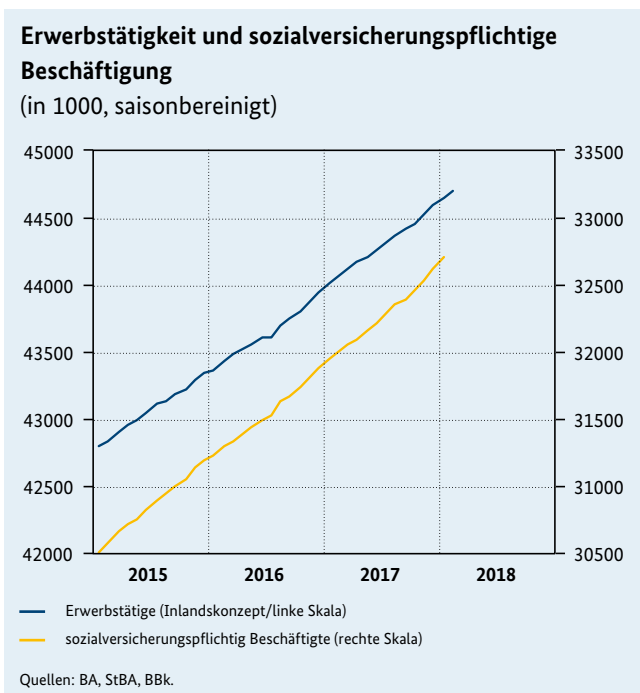
Die Frühindikatoren der Bundesagentur für Arbeit, des ifo Instituts und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) mit ihren sehr hohen Werten deuten auf eine weiter wachsende Beschäftigung hin. Sie unterscheiden sich aber in Nuancen. Das ifo Beschäftigungsbarometer hat in den befragten Sektoren Industrie, Bauhauptgewerbe, Handel sowie Dienstleistungen am aktuellen Rand jeweils etwas nachgegeben. Das Arbeitsmarktbarometer des IAB stieg hingegen im März auf ein Allzeithoch. Auch die Zahl der offenen Stellen hat weiter zugenommen. Insgesamt zeigt die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Stellen-

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Quellen: BA, ifo Institut.



angebots für den ersten Arbeitsmarkt lt. IAB, dass sich die Arbeitsmarktchancen für Bewerber weiter verbessert haben, die Herausforderungen für Arbeitgeber bei der Mitarbeitersuche damit allerdings größer geworden sind.



Die Erwerbstätigkeit im Inland erhöhte sich im Februar saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 45.000 Personen. In Ursprungszahlen nahm sie auf 44,3 Mio. Erwerbstätige zu. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr (+1,4 %) ist unverändert hoch.

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit basiert vor allem auf der steigenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Der saisonbereinigte Zuwachs war im Januar mit 89.000 Personen wieder kräftiger als der bei der Erwerbstätigkeit. Nach den Ursprungszahlen legte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung binnen Jahresfrist um 2,4 % auf knapp 32,5 Mio. Personen zu. In nahezu allen Branchen waren mehr Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt als im Vorjahresmonat.

Die registrierte Arbeitslosigkeit sank im März saisonbereinigt um 19.000 Personen. Die Einflüsse der Fluchtmigration sind am aktuellen Rand wegen des umfangreichen Einsatzes entlastender Maßnahmen noch gering. Nach Ursprungszahlen sank die Arbeitslosigkeit mit der Frühjahrsbelegung auf 2,46 Mio. Personen (-88.000 zum Vormonat). Der Vorjahresstand wurde um 204.000 Personen unterschritten². Die Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente hat im Vorjahresvergleich im Saldo leicht abgenommen.

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)					
	Q4	Q1	Jan.	Feb.	März
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,381	2,525	2,570	2,546	2,458
gg. Vorjahr in 1.000	-166	-209	-207	-216	-204
gg. Vorperiode in 1.000*	-56	-73	-25	-23	-19
Arbeitslosenquote	5,3	5,7	5,8	5,7	5,5
Erwerbstätige (Inland)					
	Q3	Q4	Dez.	Jan.	Feb.
in Mio. (Ursprungszahlen)	44,5	44,7	44,6	44,3	44,3
gg. Vorjahr in 1.000	676	641	641	625	618
gg. Vorperiode in 1.000*	155	152	69	62	45
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte					
	Q3	Q4	Nov.	Dez.	Jan.
in Mio. (Ursprungszahlen)	32,4	32,7	32,8	32,6	32,5
gg. Vorjahr in 1.000	732	731	724	738	762
gg. Vorperiode in 1.000*	187	197	70	88	89

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

Quellen: BA, StBA, BBk.

2 Die Arbeitslosigkeit deutscher Staatsbürger sank im März im Vorjahresvergleich um 176.000 bzw. 8,9%. Bei ausländischen Staatsbürgern verringerte sie sich den fünften Monat in Folge (zuletzt: -28.000 bzw.

Die sogenannte Fremdförderung, die unter anderem Integrations- und Sprachkurse umfasst, war hingegen höher als im Vorjahr. Die Arbeitslosenquote sank bundesweit auf 5,5%, wobei wirtschaftsstarken Regionen mit Vollbeschäftigung Landkreise und Städte mit Arbeitslosenquoten von fast 14% gegenüberstehen. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen verringerte sich im März auf 845.000 Personen, dies sind 84.000 weniger als vor einem Jahr. Die Langzeitarbeitslosigkeit deutet aber gleichfalls auf fortbestehende strukturelle Herausforderungen am Arbeitsmarkt hin.

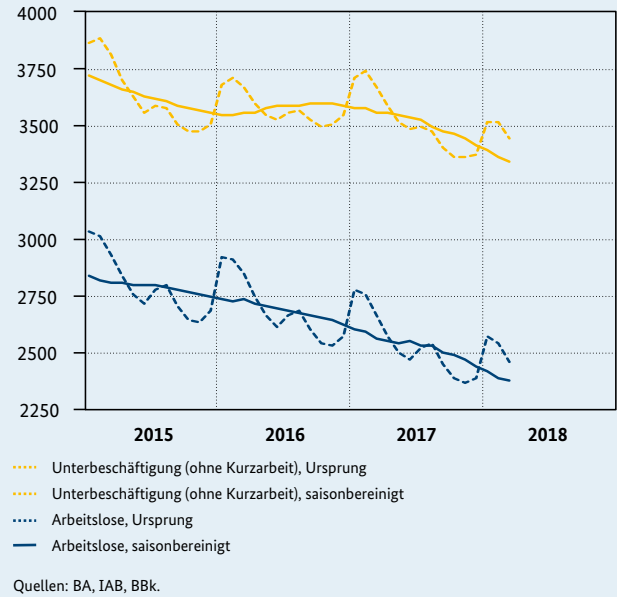
Die saisonbereinigte Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) sank im Februar auf 3,5%. Die Quote ist im internationalen Vergleich äußerst niedrig.

Die Unterbeschäftigung, die neben Arbeitslosen auch Personen umfasst, die ihren Wunsch nach Beschäftigung nicht realisieren können und daher zunächst an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen oder kurzfristig arbeitsunfähig sind, verringerte sich saisonbereinigt im März gegenüber dem Vormonat um 22.000 Personen und damit etwas stärker als die Arbeitslosigkeit. Nach den Ursprungszahlen (ohne Kurzarbeit) nahm sie auf 3,44 Mio. Personen ab. Sie ist damit um knapp eine Million Personen höher als die Zahl der registrierten Arbeitslosen. Im Vergleich zum Vorjahr war der Rückgang um 232.000 Personen sehr kräftig.

Die Arbeitslosigkeit sinkt weiterhin nicht in dem Maße, wie die Beschäftigung zunimmt. Der Beschäftigungsaufbau erfolgt überwiegend aus dem Anstieg des Erwerbspersonenpotentials durch Zuwanderung³ sowie eine steigende Erwerbsneigung insbesondere von Frauen und älteren Erwerbspersonen. Arbeitslose und andere Unterbeschäftigte profitieren weniger von der gestiegenen Nachfrage nach Arbeitskräften, da oftmals die Profile der Arbeitslosen hinsichtlich Beruf und Qualifikation nicht den Anforderungen der Unternehmen entsprechen oder größere räumliche Distanzen der Vermittlung entgegenstehen. Der Abbau von Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung erfolgt dadurch schleppender.

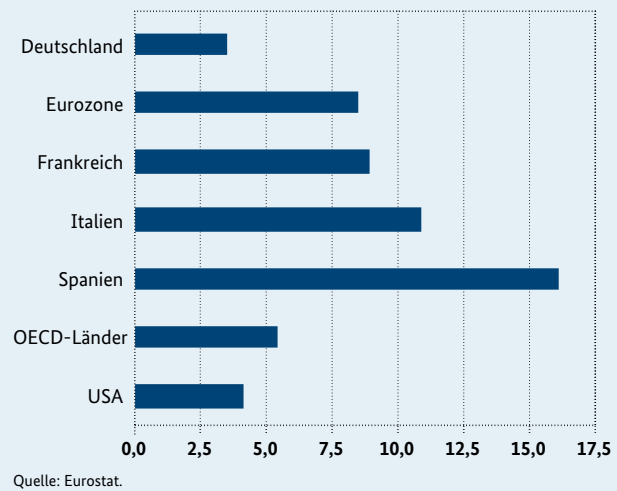
Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

(in 1000)



Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Februar 2018)



-4,1%.

3 Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots infolge der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Fluchtmigration hat zu einem Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Menschen aus den wichtigsten Zuwanderungsländern – neue osteuropäische Mitgliedsstaaten, GIPS-Staaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien, 8 nichteuropäische Asylherkunftsländer, West-Balkanstaaten, Russland und Ukraine – geführt (im Januar gegenüber dem Vorjahr um 308.000 Personen). Die Zahl der Arbeitslosen aus diesen Ländern war

6. Preise

Der Rohölpreis steigt wieder und erreicht Mitte April ein neues 3 ½-Jahres-Hoch.

Die Inflationsrate erhöht sich im März, beeinflusst durch die frühe Lage der Osterferien in diesem Jahr, auf 1,6%.

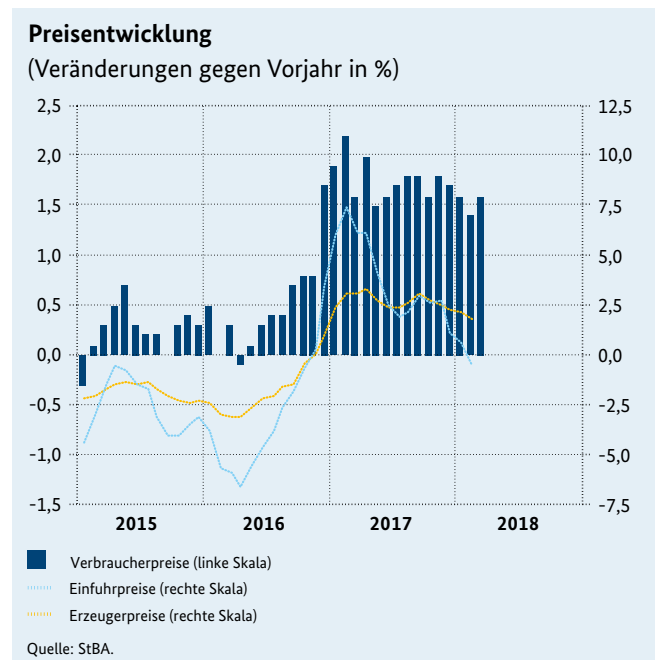
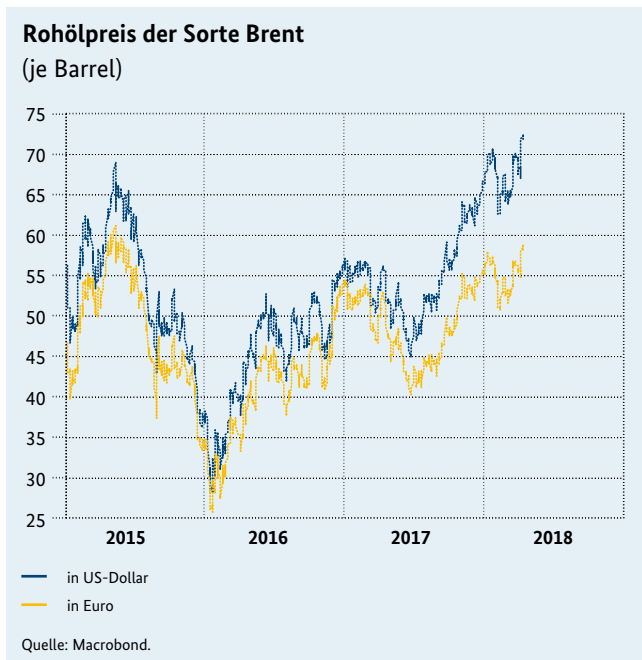
Das Preisklima in Deutschland zeigt sich unverändert freundlich. Zwar zogen die Verbraucherpreise im März spürbar an, der Anstieg war aber in erster Linie saisonbedingt, da die Osterferien in diesem Jahr bereits im März starteten und nicht wie im Vorjahr in den April fielen. Insgesamt ist angesichts der guten konjunkturellen Entwicklung und der hohen Kapazitätsauslastung davon auszugehen, dass die Teuerung in den kommenden Monaten etwas zunimmt. Sie dürfte aber moderat bleiben.

Der Rohölpreis schnellte im April mit der Eskalation des Syrien-Konflikts sprunghaft nach oben und überschritt erstmals seit Dezember 2014 wieder die 70-Dollar-Marke. Mitte April notierte die europäische Leitsorte Brent mit knapp 72 US-Dollar ca. 8% über Vormonatsniveau. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte er sich um knapp 29%.

Die Einfuhrpreise verringerten sich im Februar im Vormonatsvergleich um 0,6%. Vor allem importierte Energie verbilligte sich erstmals seit der ersten Jahreshälfte 2017 wieder. Die Jahresrate fiel im Februar unter die Null-Prozentmarke. Mit -0,6% lag sie so tief wie zuletzt im Oktober 2016. Preis-erhöhungsimpulse gingen im Vergleich zum Vorjahr vor allem von den Energiepreisen aus, die um 3,0% über Vorjahresniveau lagen. Innerhalb der Energiekomponente gab es unterschiedliche Preisentwicklungen. Während sich Erdöl spürbar verteuerte, lagen die Preise für importierten Strom nur moderat über dem Niveau des Vorjahres.

Die Preise für die deutschen Exportwaren insgesamt blieben im Februar gegenüber dem Vormonat unverändert. Dies gilt auch für die Preise der Investitionsgüter, die ein Gewicht von knapp 45% am Gesamtindex haben. Im Vorjahresvergleich setzte sich der seit dem Frühjahr 2017 zu beobachtende Trend geringerer Preissteigerungen zuletzt fort. Die Jahresrate der Ausfuhrpreise lag nur noch bei +0,5%. Im Zuge der zuletzt etwas nachlassenden Dynamik der Weltkonjunktur nahmen die Produzenten von Investitions- und vor allem von Konsumgütern leichte Preis-senkungen vor.

Die Terms of Trade erhöhten sich im Februar gegenüber dem Vormonat um 0,6% und gegenüber dem Vorjahr um 1,1%.



Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Feb.	März	Feb.	März
Insgesamt	0,5	0,4	1,4	1,6
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,5	0,5	1,6	1,6
Nahrungsmittel	-0,1	0,2	1,1	2,9
Wohnung, Betriebskosten	-0,1	0,1	1,4	1,5
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	2,2	0,6	1,2	1,8
Pauschalreisen	10,3	2,0	1,7	3,2
Beherbergungs- u. Gaststättendienstl.	0,3	0,3	2,1	2,3
Energie	-0,5	-0,6	0,1	0,5
Kraftstoffe	0,1	-2,1	-0,6	-0,7
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,1	0,1	-	-

Quellen: StBA, BBk.

Im Inlandsabsatz nahmen die Erzeugerpreise im Februar im Vergleich zum Vormonat erstmals seit Mai 2017 wieder ab. Sie verringerten sich leicht um 0,1 %. Im Vorjahresvergleich stiegen die Preise auf der Ebene der Produzenten um 1,8 %. Die Jahresrate lag damit wieder unter der 2 %-Marke, was zuletzt Ende 2016 der Fall war. Am stärksten schlugen dabei die geringen Preiserhöhungen bei Investitionsgütern zu Buche, die am Gesamtindex einen Anteil von 24 % haben. Ohne Berücksichtigung der Energiepreise erhöhten sich die Erzeugerpreise um 1,9 % im Vergleich zum Vorjahr.

Die Verbraucherpreise stiegen im März gegenüber Februar um 0,4 %. Überdurchschnittliche Preiserhöhungen gab es saisonbedingt bei Pauschalreisen und Bekleidung, während sich Energie erneut geringfügig verbilligte. Die Inflationsrate – die Preissteigerung auf Jahressicht – stieg im März um 0,2 Prozentpunkte auf 1,6 % an, nachdem sie zuvor drei Monate in Folge abgenommen hatte. Deutlichere Preiserhöhungen wurden bei Nahrungsmitteln und Pauschalreisen verzeichnet. Leicht dämpfend wirkte hingegen die geringere Jahresrate der Energiepreise. Die Kerninflation, die die volatilen Komponenten Energie und Nahrungsmittel außen vor lässt, blieb indessen unverändert bei +1,6 %. Damit lag die Rate erneut auf dem langjährigen Durchschnitt seit 1992.

7. Monetäre Entwicklung

Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung bleibt die Kerninflation im Euroraum moderat.

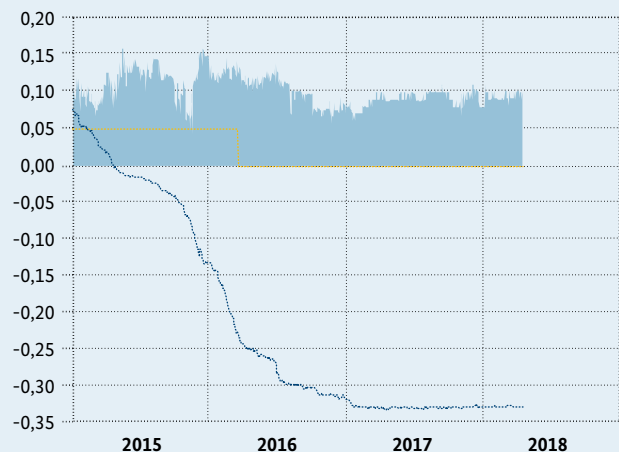
Die Kreditvergabe an Unternehmen läuft im Euroraum etwas schwächer.

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ist weiterhin expansiv ausgerichtet. Seit März 2016 liegt der Hauptrefinanzierungssatz bei 0,0 %. Für die Einlagefazilität fällt ein Zins in Höhe von -0,4 % an, der Spitzenrefinanzierungssatz liegt bei 0,25 %. Seit Jahresbeginn hat die EZB ihre monatlichen Anleihekäufe auf 30 Mrd. Euro halbiert. Die Bilanz der EZB hat sich durch die Ankaufprogramme seit Dezember 2014 von 2,0 auf derzeit ca. 4,5 Billionen Euro mehr als verdoppelt.

Seit November des letzten Jahres befindet sich die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität in etwa auf gleichem Niveau, am aktuellen Rand ist sie sogar leicht gesunken. Derzeit beziffert sie sich auf 1.822 Mrd. Euro und liegt damit gut 20 % über ihrem Vorjahreswert. Die nach wie vor hohe Überschussliquidität führt dazu, dass die Zinsen auf dem Interbankenmarkt nahe dem Einlagesatz liegen: Der besicherte Interbankenzins (Eurepo) beträgt derzeit -0,4 %, der unbesicherte (EURIBOR) -0,3 %.

Geldmarktsätze in der Eurozone

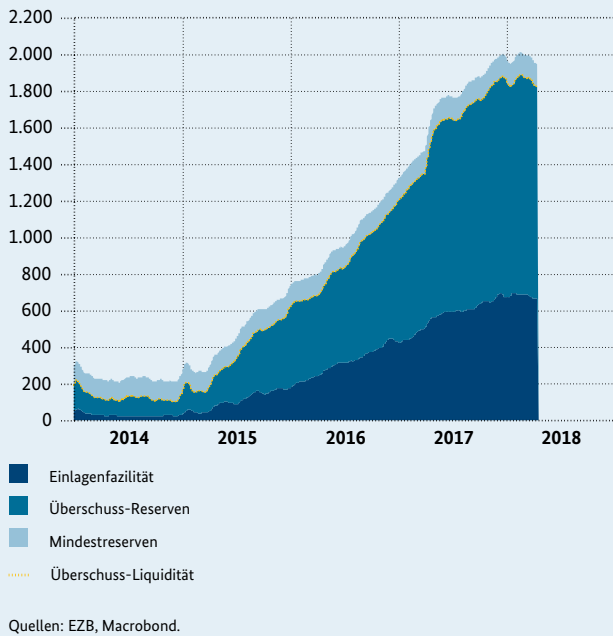
(in %)



— EURIBOR, 3 Monate
— EZB Hauptrefinanzierungssatz
■ Risikoprämie, Differenz aus 3-Monats-EURIBOR und 3-Monats-STOXX GC Pooling

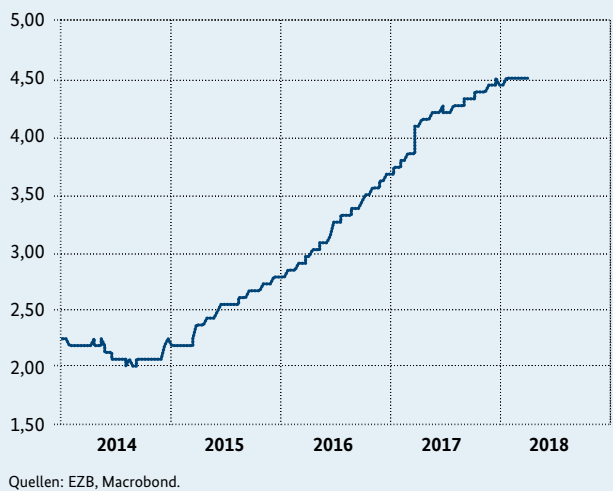
Quelle: Macrobond.

Liquidität im Eurobankensystem
(in Mrd. Euro, Monatsdurchschnitte)



Jüngst betonte die EZB zunehmend eine sich fortsetzende, solide Erholung der Konjunktur im Euroraum. Gleichzeitig gibt es nur verhaltene Anzeichen für eine nachhaltige Anpassung des Inflationspfads im Euroraum. Zwar erhöhte sich die Jahresänderungsrate des harmonisierten Konsumentenpreisindex im März insgesamt auf 1,4 %, nach 1,1 % im Februar, allerdings blieb die Kerninflation unverändert bei 1,0 %.

EZB Bilanzsumme
(in Bio. Euro)

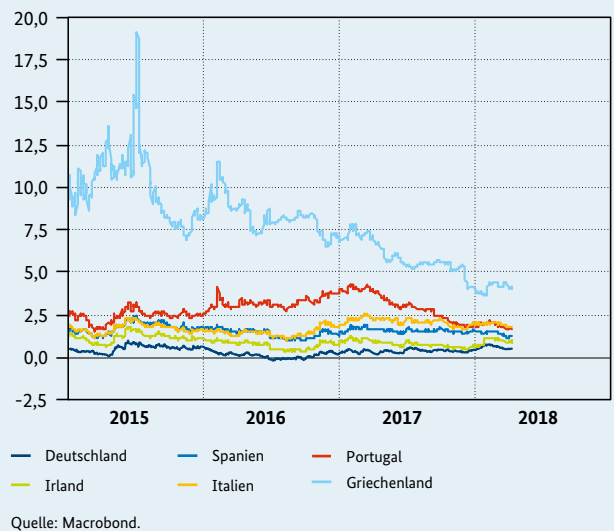


Die US-amerikanische Notenbank (Fed) setzt die geldpolitische Wende weiter fort. Im März hob sie den US-Leitzins zum vierten Mal seit Anfang 2017 um 25 Basispunkte an. Derzeit liegt er in einer Bandbreite von 1 ½ bis 1 ¾ %. Die Zinsen für zehnjährige amerikanische Staatsanleihen liegen aktuell bei etwa 2,8 %. Damit liegen die Sätze deutlich über denen für Staatsanleihen aus Ländern der Eurozone.

Nach einer Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar um den Jahreswechsel bewegte sich der Kurs zuletzt seitwärts, derzeit notiert der Euro bei 1,24 Dollar. Gegenüber dem japanischen Yen stabilisierte sich der Wert des Euro und liegt aktuell bei 133 Yen. Gegenüber dem britischen Pfund wertete der Euro jüngst etwa 2 % ab und notiert gegenwärtig bei 0,86 Pfund.

Die Umlaufrendite von Bundesanleihen mit zehnjähriger Laufzeit hat zuletzt wieder etwas nachgegeben und beträgt gegenwärtig ca. 0,52 %. Wenngleich Zinsniveauunterschiede existieren, rangieren die Renditen auf Staatsanleihen der Eurostaaten allgemein auf niedrigem Niveau; mit Ausnahme Griechenlands liegt die Spanne bei 0,5 bis 1,8 %. Auch die Renditen auf Unternehmensanleihen verharren weiterhin auf sehr niedrigem Niveau; Anleihen mit sehr guter Bonität (AA) und einer Laufzeit von zehn Jahren liegen derzeit bei etwas über 1,1 %.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen
(Tageswerte in %)



Die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland zieht weiter etwas an. Im Februar 2018 lagen die Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften rund 5,1% über dem Vorjahresniveau. Nachfrageseitig zeigen die Januar-Ergebnisse der Umfrage der EZB zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey), dass die Anfragen von Unternehmen nach Krediten weiter etwas zunehmen. Auf der Angebotsseite wurden Vergabestandards leicht gelockert.

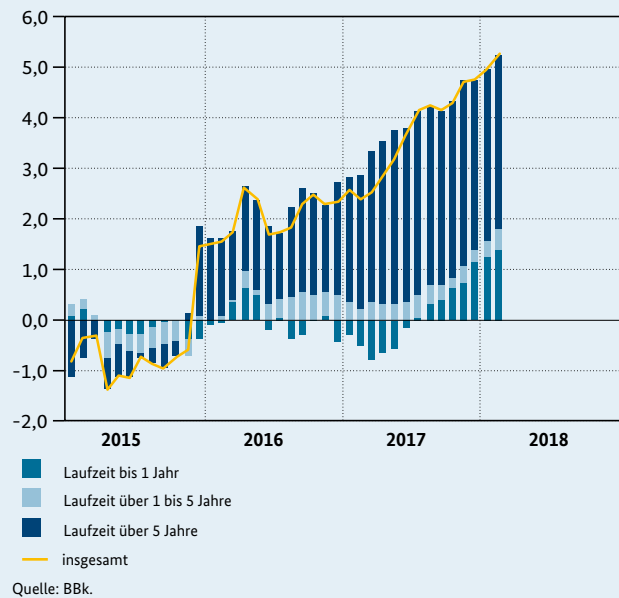
Auch die Kreditvergabe an private Haushalte nahm weiter zu und lag im Februar um 3,5% über dem Vorjahreswert. Der stärkste Treiber dieser Entwicklung blieb weiterhin der Zuwachs bei den Wohnungsbaukrediten (+4,5%), die durch das niedrige Zinsniveau und eine starke Nachfrage begünstigt werden.

Im Gegensatz dazu hat sich das Wachstum der Kreditvergabe im Euroraum am aktuellen Rand etwas abgeschwächt. Im Februar stieg das Kreditvolumen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften um 3,1% im Vergleich zum Vorjahr und damit um 0,3 Prozentpunkte weniger als im Vormonat. Das Volumen der an private Haushalte ausgereichten Kredite wuchs mit einer Jahresrate von 2,9%, worunter die Kredite für den Hauskauf um 2,9% zunahmen und die Konsumentenkredite um 7,3%.

Die Zinsabstände für Unternehmenskredite innerhalb des Euroraums sind in der Tendenz weiter fallend. Nichtfinanzielle ausländische Kapitalgesellschaften im Euroraum müssen aktuell durchschnittlich 0,9 Prozentpunkte höhere Kreditzinsen zahlen als deutsche Unternehmen.

Die Geldmenge M3 des Euroraums wächst weiter. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie im Februar 2018 um 4,2% zu. Dabei ist der Anstieg maßgeblich auf die Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 zurückzuführen, die im Vergleich zum Vorjahr – auch im Zuge des erweiterten Anleihekaufprogramms der EZB – um 8,4% gestiegen ist. Die monetäre Dynamik bleibt aber nach wie vor niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 betrug das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7%.

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland
(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



III.

Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2015			2016			2017				
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6
Inländische Verwendung	- 0,2	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,9	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,1
Private Konsumausgaben ³	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	- 0,2	0,0
Konsumausgaben des Staates	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	+ 0,8	+ 2,5	+ 1,2	- 1,2	+ 0,5	0,0	+ 2,6	+ 1,5	+ 0,4	0,0
Ausrüstungen	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,4	- 1,8	+ 0,7	- 1,3	+ 2,6	+ 3,3	+ 1,3	+ 0,7
Bauten	- 1,1	+ 0,1	+ 2,4	+ 2,0	- 1,8	+ 0,2	+ 1,0	+ 2,9	+ 0,5	- 0,3	- 0,4
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,9	- 0,4	+ 2,0	+ 0,9	+ 0,6	- 0,1
Exporte	+ 1,7	+ 0,3	- 0,5	+ 1,0	+ 1,3	- 0,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,7
Importe	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 0,7	+ 2,5	+ 0,4	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,0
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	- 0,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,8	- 0,2	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,1
Private Konsumausgaben ³	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5	- 0,1	0,0
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,2	+ 0,1	0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,1	0,0
Ausrüstungen	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	0,0
Bauten	- 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	0,0	0,0
Sonstige Anlagen	0,0	+ 0,1	+ 0,1	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	- 0,5	- 0,1	- 0,1	0,0	- 0,2	+ 0,4	+ 0,3	- 0,7	+ 0,3	+ 0,3	0,0
Außenbeitrag	+ 0,7	- 0,3	- 0,5	- 0,2	+ 0,7	- 0,4	- 0,4	+ 0,6	- 0,5	+ 0,4	+ 0,5

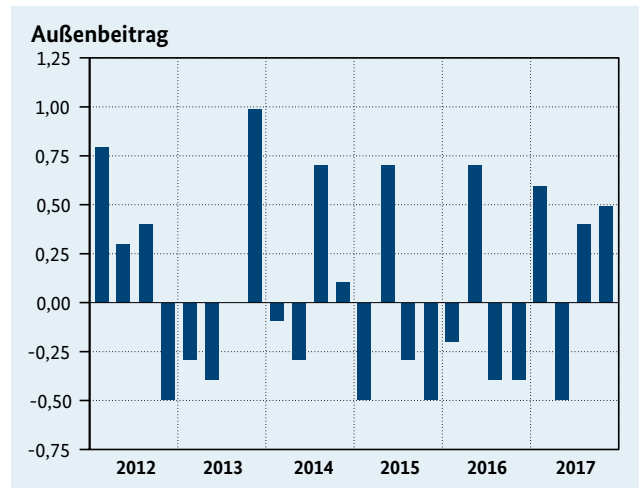
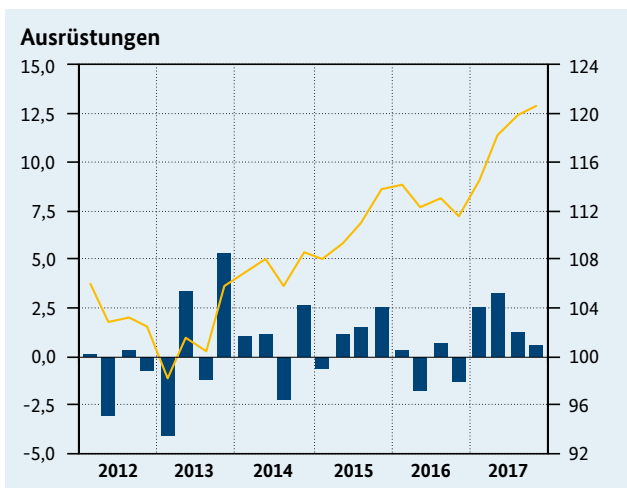
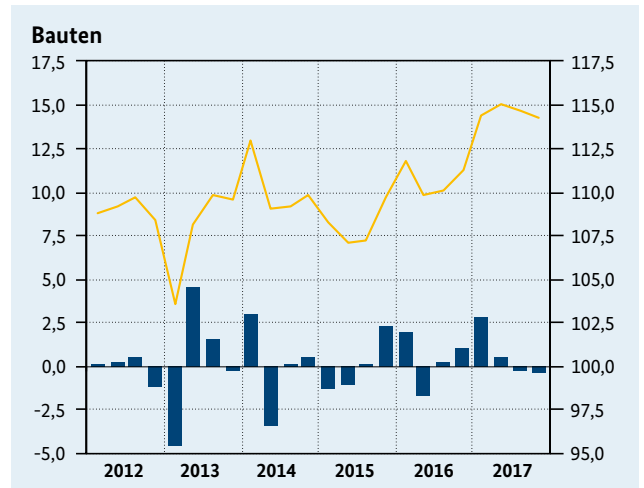
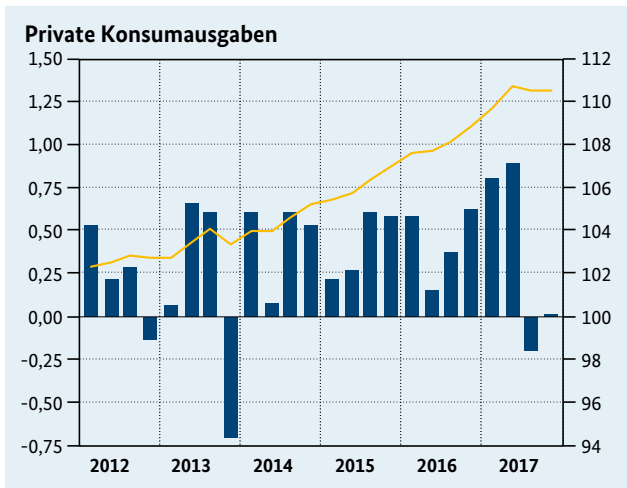
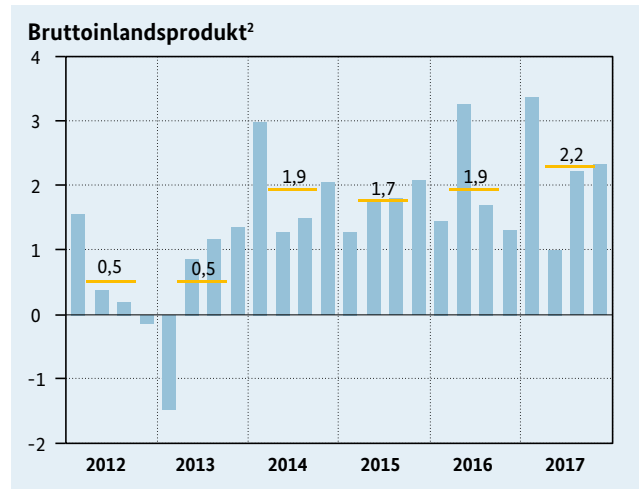
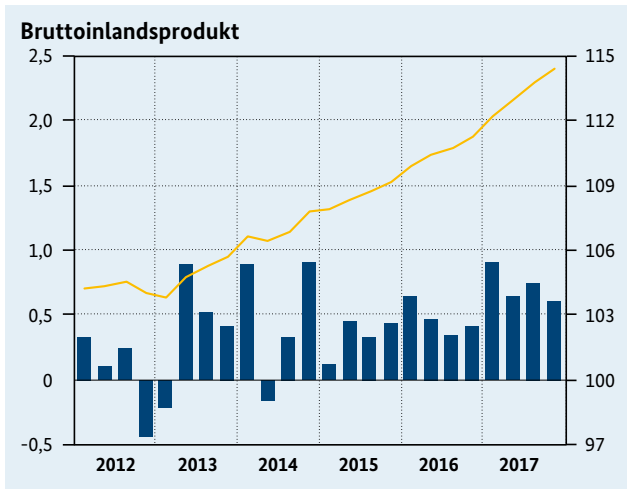
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶											
								2016	2017			
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten												
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,3	+ 3,4	+ 1,0	+ 2,2	+ 2,3	
Inländische Verwendung	- 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,4	+ 1,7	
Private Konsumausgaben ³	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,2	
Konsumausgaben des Staates	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 2,9	+ 3,7	+ 1,6	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,7	- 1,3	+ 3,7	+ 1,5	+ 3,1	+ 3,3	- 0,4	+ 4,6	+ 1,9	+ 3,4	+ 3,3	
Ausrüstungen	- 3,2	- 2,3	+ 5,9	+ 3,9	+ 2,2	+ 4,0	- 2,6	+ 3,6	+ 1,7	+ 4,5	+ 6,0	
Bauten	+ 0,5	- 1,1	+ 2,3	- 1,4	+ 2,7	+ 2,7	+ 0,4	+ 5,6	+ 1,4	+ 2,8	+ 1,3	
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 0,5	+ 4,0	+ 5,5	+ 5,5	+ 3,5	+ 2,6	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,2	+ 3,4	
Exporte	+ 2,8	+ 1,7	+ 4,6	+ 5,2	+ 2,6	+ 4,7	+ 2,6	+ 7,0	+ 1,3	+ 4,9	+ 5,6	
Importe	- 0,1	+ 3,0	+ 3,6	+ 5,6	+ 3,9	+ 5,1	+ 4,3	+ 5,4	+ 4,5	+ 5,8	+ 4,8	

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010 = 100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹

Bundesrepublik Deutschland



— Kettenindex (rechte Skala)
■ Veränderung gegen Vorquartal in %, Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (linke Skala)
■ Veränderung gegen Vorjahr in %, gelber Balken = Jahresdurchschnitte

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2015			2016				2017			
	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,6
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 0,5	+ 0,4	- 0,4	+ 1,6	- 0,4	+ 0,7	0,0	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,3
Baugewerbe	- 0,9	0,0	+ 1,1	+ 1,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	+ 2,5	+ 0,8	- 0,2	+ 0,5
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,2	0,0	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,9	- 0,1	+ 0,7
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 0,8	- 0,2	+ 1,0	+ 2,2	+ 0,1	+ 0,7	- 0,4	- 0,4	0,0	+ 0,3	+ 0,4
Unternehmensdienstleister	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	+ 2,2	- 0,4	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,5
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,2

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁹										
	2016						2017				
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,7
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 0,9	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9
Private Konsumausgaben	+ 1,5	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5
Arbeitsvolumen ⁴	- 0,1	- 0,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,1	- 0,2	+ 3,1	- 0,5	+ 1,3	+ 0,7
Arbeitsproduktivität ⁵	- 0,7	- 0,1	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	0,0	+ 1,8	- 0,5	+ 0,7	+ 0,8
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,5
Lohnstückkosten ⁷	+ 3,2	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,3	+ 0,7	+ 3,2	+ 1,9	+ 1,6
verfügbares Einkommen ⁸	+ 2,4	+ 1,3	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,9	+ 3,9	+ 3,1	+ 4,6	+ 3,8	+ 4,1	+ 3,2
Terms of Trade	- 0,2	+ 1,1	+ 1,4	+ 2,7	+ 1,5	- 1,0	+ 0,2	- 2,3	- 1,2	0,0	- 0,4

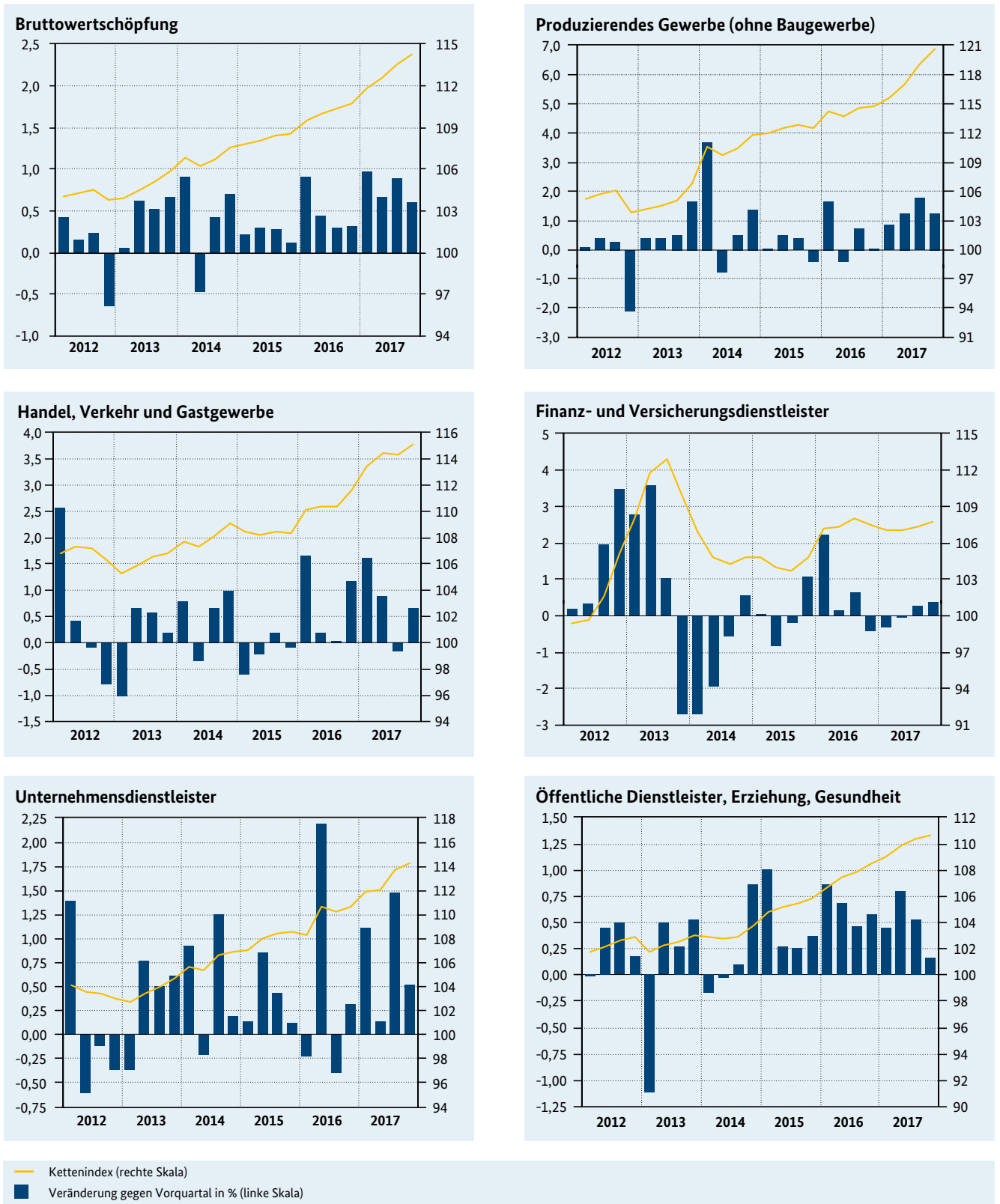
Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2018	2019
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	03/2018	+ 2,4	+ 1,9
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	03/2018	+ 2,6	+ 2,1
IfW	Institut für Weltwirtschaft	03/2018	+ 2,5	+ 2,3
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	03/2018	+ 2,2	+ 1,6
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	03/2018	(+ 2,4) ^a	(+ 2,2) ^a
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	03/2018	+ 2,4	+ 1,9
EU	Europäische Kommission	02/2018	+ 2,3	+ 2,1
Bundesregierung	Jahresprojektion	01/2018	+ 2,4	-
IWF	Internationaler Währungsfonds	01/2018	(+ 2,3) ^a	(+ 2,0) ^a
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	09/2017	+ 2,0	+ 1,8

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Bundesrepublik Deutschland

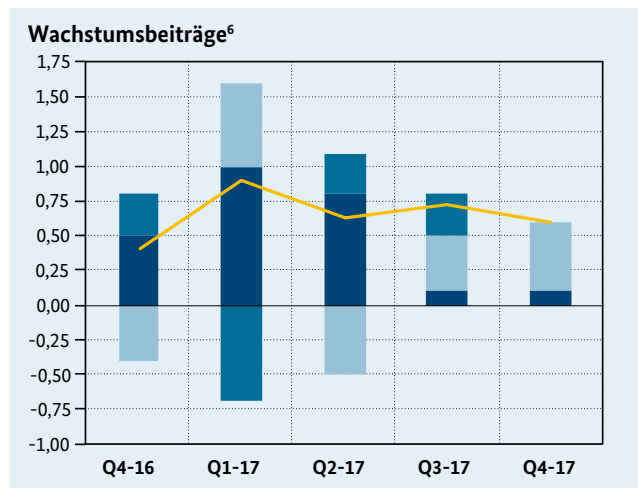
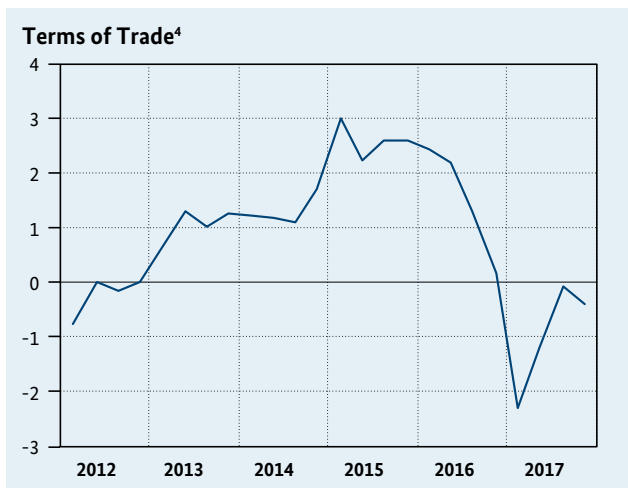
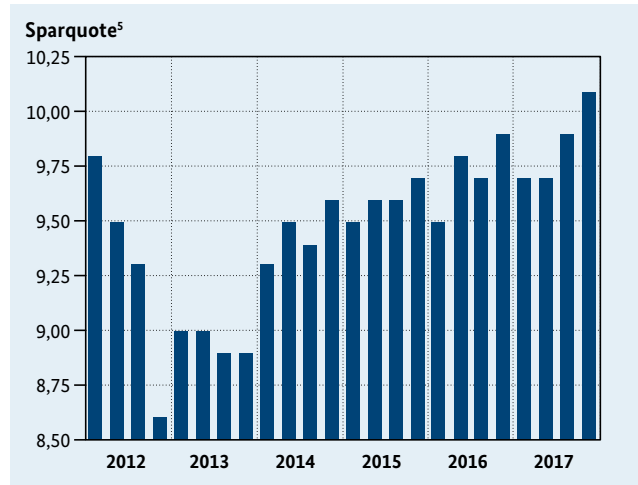
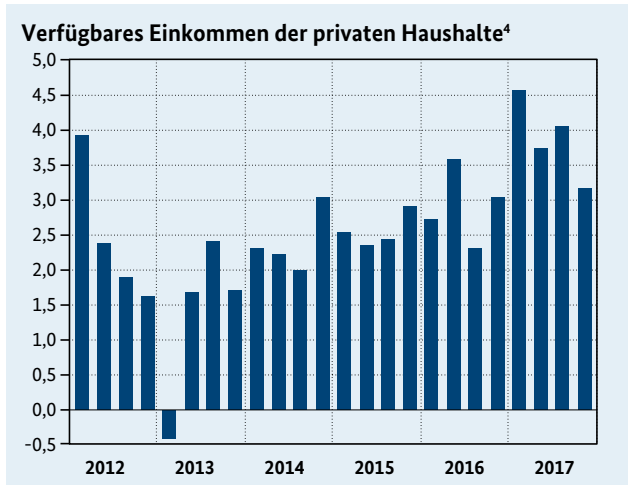
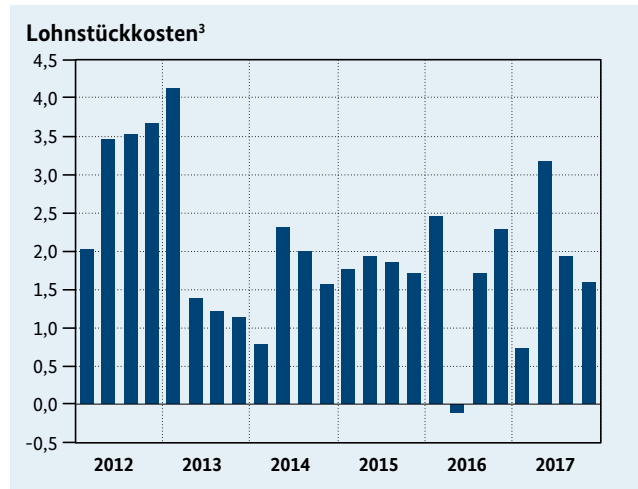
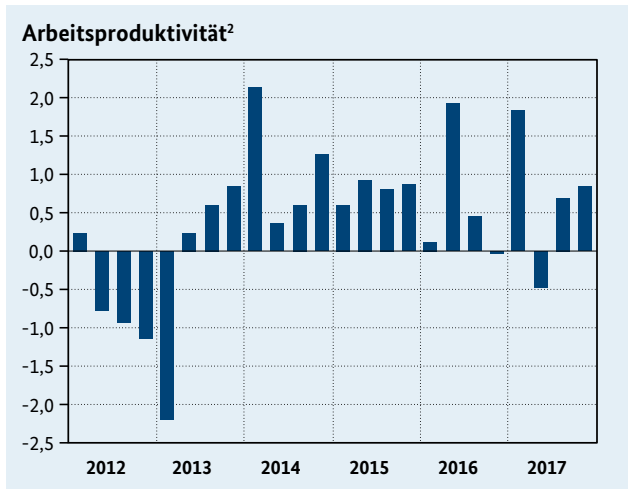


Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹

Bundesrepublik Deutschland



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 — reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2015		2016			2017				2018		
	2014	2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6	-
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,3	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	-
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	-
Japan	+ 0,4	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,4	-
USA	+ 2,6	+ 2,9	+ 1,5	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	-
China	+ 7,2	+ 6,8	+ 6,8	+ 6,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4

	in % des BIP⁴															
	2014	2015	2016	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
Deutschland	+ 7,5	+ 9,0	+ 8,5	+ 8,1	+ 8,7	+ 9,6	+ 9,1	+ 8,9	+ 8,9	+ 8,0	+ 8,2	+ 8,2	+ 7,3	+ 8,3	+ 8,5	-
Eurozone (EZ 19) ²	+ 2,5	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,0	+ 2,7	+ 4,4	+ 3,7	-
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,6	-
Japan	+ 0,8	+ 3,1	+ 3,8	+ 4,0	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	-
USA	- 2,1	- 2,4	- 2,4	- 2,4	- 2,4	- 2,6	- 2,3	- 2,6	- 2,3	- 2,4	- 2,4	- 2,4	- 2,6	- 2,1	- 2,6	-
China	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	-

				2017									2018			
	2015	2016	2017	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	4,6	4,2	3,7	3,8	3,8	3,8	3,8	3,7	3,7	3,7	3,6	3,6	3,6	3,5	3,5	-
Eurozone (EZ 19) ²	10,9	10,0	9,1	9,4	9,2	9,2	9,0	9,0	9,0	8,9	8,8	8,7	8,6	8,6	8,5	-
Europäische Union (EU 28) ³	9,4	8,6	7,6	7,9	7,8	7,7	7,6	7,6	7,5	7,5	7,4	7,3	7,2	7,2	7,1	-
Japan	3,4	3,1	2,8	2,8	2,8	3,0	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	2,7	2,7	2,4	2,5	-
USA	5,3	4,9	4,4	4,5	4,4	4,3	4,3	4,3	4,4	4,2	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1
China	4,1	4,0	3,9	4,0	4,0	4,0	4,0	3,6	3,6	3,6	3,9	3,9	3,9	-	-	-

	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2014	2015	2016	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017	2017
Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
Deutschland	+ 0,1	+ 0,4	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,5
Eurozone (EZ 19) ²	0,0	+ 0,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,4
Europäische Union (EU 28) ³	0,0	+ 0,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	-
Japan	+ 0,8	- 0,1	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,5	-
USA	+ 0,1	+ 1,3	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,4
China	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,9	+ 2,1

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;

2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);

3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);

4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;

5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

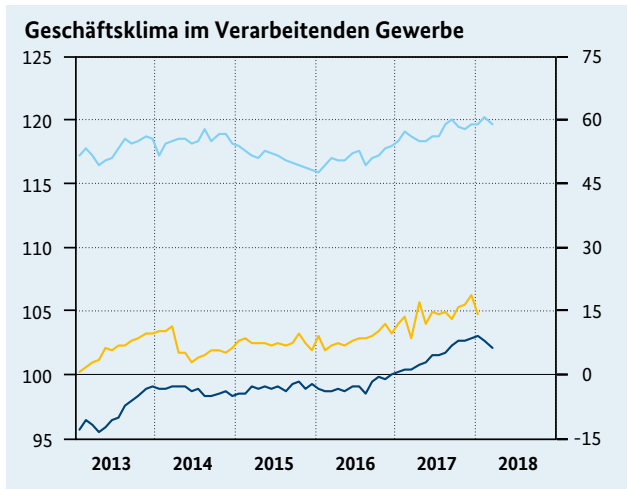
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2017			2018	2017			2018		
	2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Welt													
OECD & major six CLI ¹	99,9	99,6	100,0	100,0	100,0	100,0	-	100,0	100,0	100,0	100,0	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	114,9	117,2	121,4	120,9	121,9	123,2	-	123,3	123,8	123,7	-	-	-
CPB Welthandel ²	113,7	115,4	120,6	119,6	121,2	122,7	-	123,7	124,1	125,3	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	2852	2225	2305	2215	2236	2416	2586	2449	2557	2644	2556	2613	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 3,1	- 2,7	4,5	3,3	5,4	8,3	7,8	8,1	8,8	9,1	8,0	6,4	-
Industrieproduktion ⁴	100,0	101,7	104,7	103,6	105,5	106,9	-	107,5	107,4	106,8	105,9	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,2	0,9	1,1	1,1	1,1	1,0	1,1	1,0	0,9	1,1	1,2	1,1	-
Konsumentenvertrauen ⁵	- 6,2	- 7,8	- 2,5	- 2,7	- 1,5	- 0,2	0,5	0,0	0,5	1,4	0,1	0,1	-
USA													
Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe ⁶	51,3	51,4	57,4	55,8	58,7	58,7	59,7	58,2	59,3	59,1	60,8	59,3	-
Industrieproduktion ⁷	104,1	102,1	103,7	103,7	103,3	105,3	-	105,3	105,7	105,5	106,5	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,1	1,8	2,3	2,3	2,2	2,4	2,8	2,4	2,4	2,6	2,9	2,8	-
Konsumentenvertrauen ⁸	98,0	99,8	120,5	118,1	120,3	126,0	127,3	128,6	123,1	124,3	130,0	127,7	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,5	102,9	104,8	104,9	104,6	105,7	-	105,5	106,2	104,8	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,9	97,6	102,0	101,8	102,3	103,9	-	103,5	105,4	102,1	102,2	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,3	- 0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Konsumentenvertrauen ¹¹	41,3	41,7	43,8	43,4	43,8	44,5	44,4	44,6	44,6	44,6	44,3	44,3	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	49,9	50,3	51,6	51,4	51,8	51,7	51,0	51,8	51,6	51,3	50,3	51,5	-
Industrieproduktion ¹³	+ 6,1	+ 6,1	+ 6,5	+ 6,9	+ 6,3	+ 6,2	+ 6,6	+ 6,1	+ 6,2	+ 6,2	+ 7,2	+ 6,0	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,4	2,9	3,6	3,5	3,6	3,9	3,9	3,9	3,9	3,9	3,8	3,7	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	105,9	104,4	115,6	112,9	116,0	122,6	-	121,3	122,6	122,3	124,0	-	-

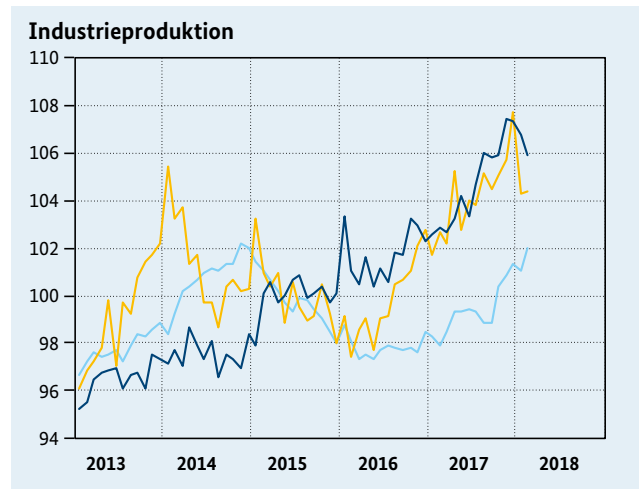
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2015 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2012 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

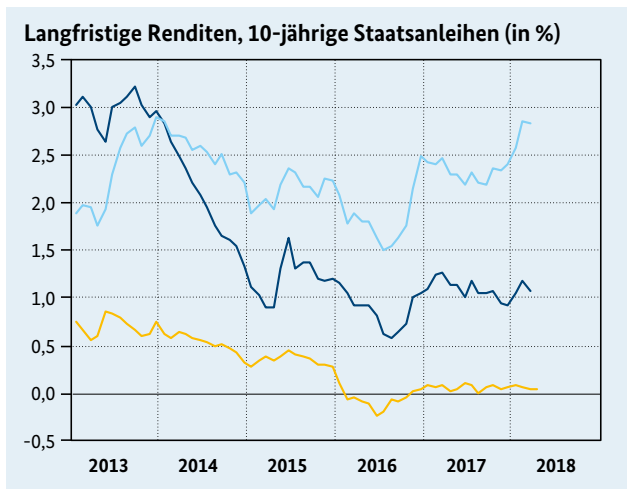
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



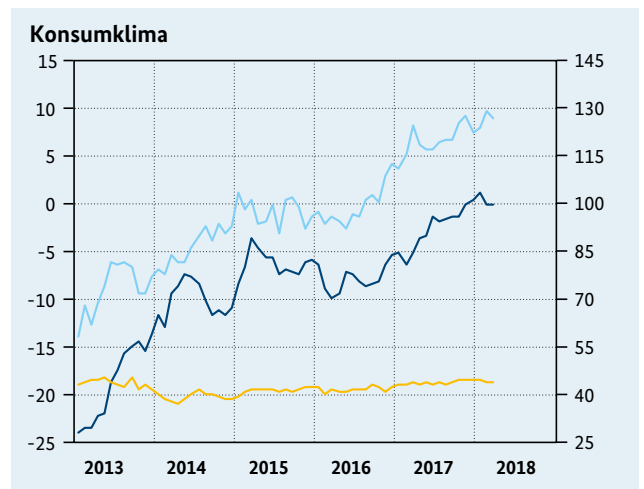
— USA-Einkaufsmanager-Index Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2010 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2015 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2015 = 100 (eigene Berechnung), preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2015 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

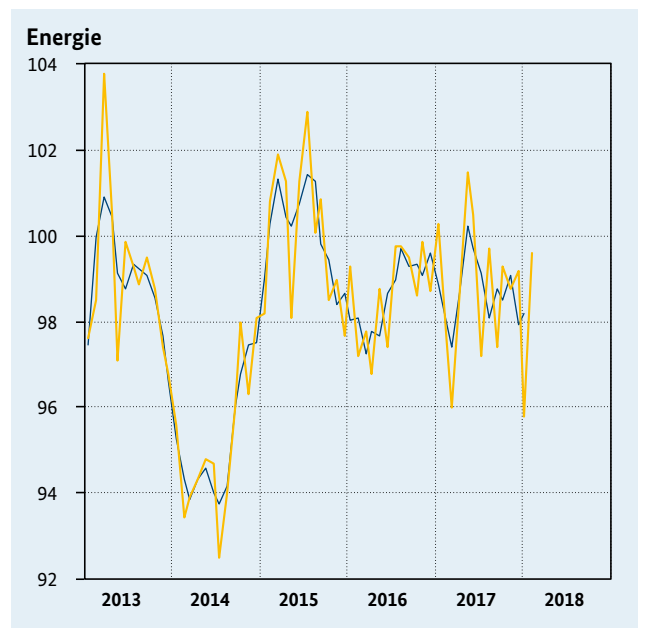
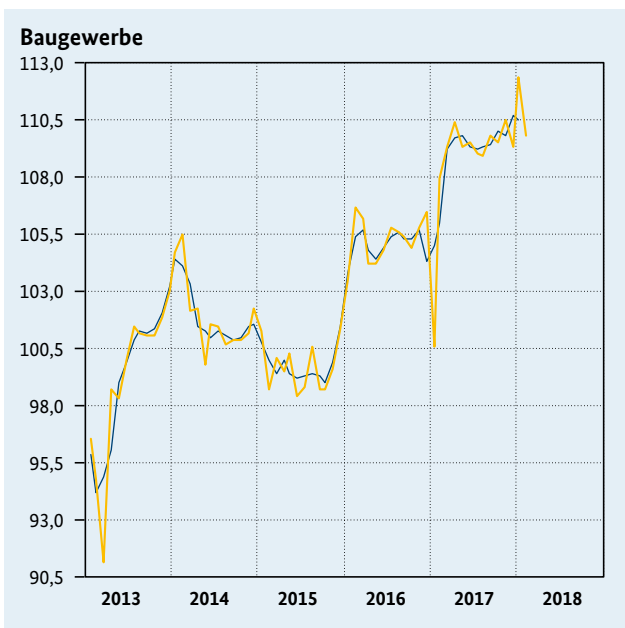
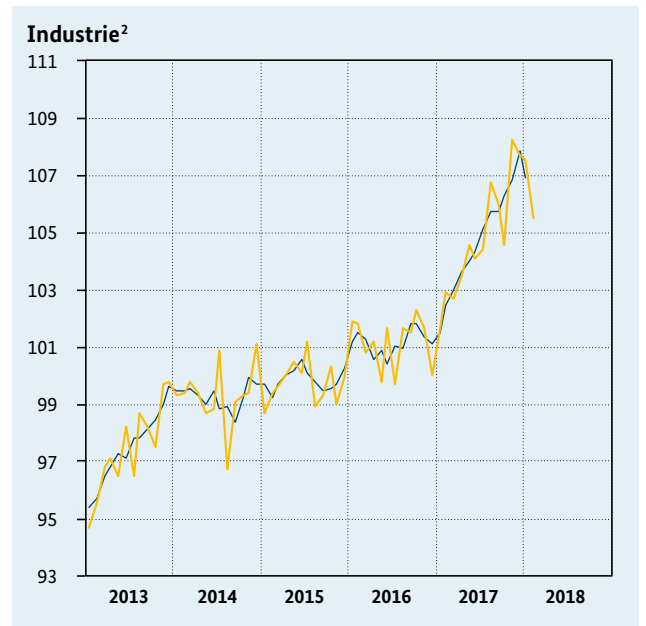
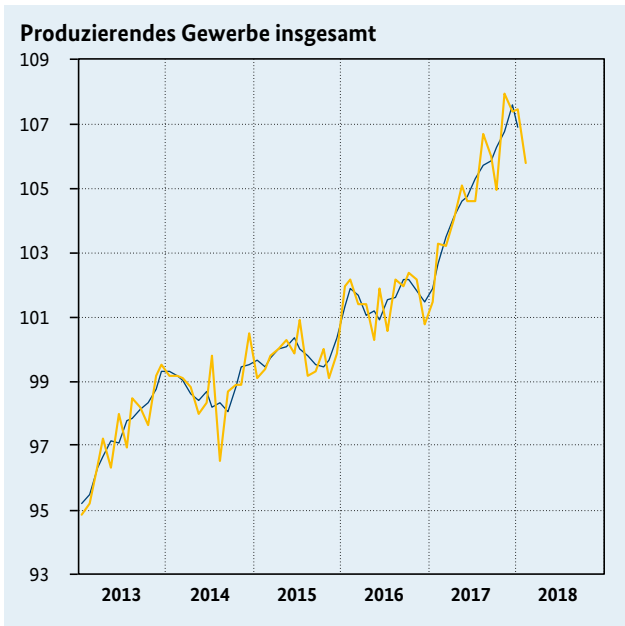
					2017				2017				2018	
		2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	99,7	101,6	105,0	102,7	104,6	105,8	106,8	106,0	105,0	108,0	107,4	107,5	105,8
	gg. Vp. in %	0,9	1,9	3,3	0,9	1,9	1,1	0,9	-0,7	-0,9	2,9	-0,6	0,1	-1,6
	gg. Vj. in %	1,0	1,8	3,2	0,9	3,5	4,1	4,8	3,9	2,3	5,7	6,3	6,3	2,6
Industrie²	Index	99,7	101,2	104,8	102,4	104,1	105,7	106,9	106,0	104,6	108,3	107,7	107,6	105,5
	gg. Vp. in %	0,4	1,5	3,6	1,1	1,7	1,5	1,1	-0,7	-1,3	3,5	-0,6	-0,1	-2,0
	gg. Vj. in %	0,4	1,5	3,6	1,0	3,2	4,7	5,4	4,4	2,2	6,6	7,8	5,8	2,6
Vorleistungsgüter	Index	99,8	100,9	104,9	102,5	104,1	105,8	107,4	106,1	105,8	107,8	108,5	107,1	106,4
	gg. Vp. in %	-0,1	1,1	4,0	1,6	1,6	1,6	1,5	-0,2	-0,3	1,9	0,6	-1,3	-0,7
	gg. Vj. in %	-0,1	1,1	4,0	1,2	3,4	5,1	6,3	4,9	4,5	6,8	7,9	5,0	3,7
Investitionsgüter	Index	99,7	101,4	105,0	102,6	104,3	106,0	107,2	106,3	104,0	109,3	108,2	108,0	104,7
	gg. Vp. in %	0,9	1,7	3,6	1,0	1,7	1,6	1,1	-1,4	-2,2	5,1	-1,0	-0,2	-3,1
	gg. Vj. in %	0,9	1,6	3,7	0,9	3,4	4,7	5,5	4,4	0,7	7,1	8,7	6,3	1,5
Konsumgüter	Index	99,8	101,3	103,8	102,0	103,3	104,9	105,0	105,1	103,8	106,4	104,8	107,3	105,7
	gg. Vp. in %	0,1	1,5	2,5	0,6	1,3	1,5	0,1	0,1	-1,2	2,5	-1,5	2,4	-1,5
	gg. Vj. in %	0,2	1,5	2,5	0,9	2,0	3,5	3,5	3,4	1,7	4,4	4,5	6,3	3,5
Baugewerbe	Index	99,7	105,3	108,8	106,0	109,8	109,3	109,9	109,9	109,6	110,6	109,4	112,4	109,9
	gg. Vp. in %	-2,3	5,6	3,3	0,3	3,6	-0,5	0,5	0,8	-0,3	0,9	-1,1	2,7	-2,2
	gg. Vj. in %	-2,3	5,7	3,2	0,7	5,2	3,4	3,3	3,9	3,9	3,8	2,4	18,2	2,6
Bauhauptgewerbe ³	Index	99,7	103,2	109,5	105,7	111,4	110,9	109,8	111,2	109,3	111,9	108,2	114,6	106,4
	gg. Vp. in %	-0,7	3,5	6,1	1,4	5,4	-0,4	-1,0	0,2	-1,7	2,4	-3,3	5,9	-7,2
	gg. Vj. in %	-0,7	3,5	6,0	3,5	9,0	6,0	5,1	6,2	4,3	7,1	3,1	36,3	-4,6
Ausbaugewerbe	Index	99,7	106,9	108,2	106,3	108,6	108,1	109,9	108,9	109,8	109,6	110,3	110,7	112,6
	gg. Vp. in %	-3,9	7,2	1,2	-0,6	2,2	-0,5	1,7	1,3	0,8	-0,2	0,6	0,4	1,7
	gg. Vj. in %	-4,0	7,3	1,2	-1,0	2,0	1,2	2,3	2,0	3,4	1,6	2,1	7,0	7,6
Energie⁴	Index	100,1	98,6	98,9	98,0	100,2	98,1	99,1	97,4	99,3	98,8	99,2	95,8	99,6
	gg. Vp. in %	5,3	-1,5	0,3	-1,1	2,2	-2,1	1,0	-2,3	2,0	-0,5	0,4	-3,4	4,0
	gg. Vj. in %	5,1	-1,4	0,1	-0,3	2,6	-1,7	0,1	-2,5	0,7	-1,0	0,8	-4,5	1,9
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	99,8	100,5	104,8	102,0	104,2	105,8	107,1	106,3	104,8	108,4	108,0	107,6	105,3
	gg. Vp. in %	1,5	0,7	4,3	1,2	2,2	1,5	1,2	-0,6	-1,4	3,4	-0,4	-0,4	-2,1
	gg. Vj. in %	1,5	0,7	4,3	1,3	4,0	5,6	6,3	5,2	2,9	7,1	8,8	6,9	3,0
Inland	Index	99,8	99,8	102,6	100,6	102,6	103,2	104,1	103,7	102,5	105,1	104,6	105,0	103,7
	gg. Vp. in %	0,6	0,0	2,8	0,9	2,0	0,6	0,9	-0,8	-1,2	2,5	-0,5	0,4	-1,2
	gg. Vj. in %	0,6	0,0	2,8	0,0	3,1	3,9	4,1	3,8	2,2	4,9	5,4	6,0	2,3
darunter: Investitionsgüter	Index	99,6	100,2	102,9	101,1	103,2	103,8	103,3	104,1	101,1	104,4	104,5	106,5	105,1
	gg. Vp. in %	2,4	0,6	2,7	0,9	2,1	0,6	-0,5	-2,3	-2,9	3,3	0,1	1,9	-1,3
	gg. Vj. in %	2,4	0,5	2,8	0,1	3,0	4,6	3,1	4,0	-0,6	4,6	5,1	7,4	2,5
Ausland	Index	99,8	101,2	106,9	103,4	105,8	108,4	110,0	108,9	107,0	111,7	111,4	110,1	106,9
	gg. Vp. in %	2,6	1,4	5,6	1,6	2,3	2,5	1,5	-0,4	-1,7	4,4	-0,3	-1,2	-2,9
	gg. Vj. in %	2,5	1,4	5,7	2,7	4,8	7,1	8,1	6,7	3,5	9,1	12,0	7,7	3,6
darunter: Eurozone	Index	99,7	103,4	109,7	106,7	108,7	111,0	112,6	111,8	110,4	113,9	113,4	113,6	112,2
	gg. Vp. in %	4,3	3,7	6,1	2,5	1,9	2,1	1,4	0,3	-1,3	3,2	-0,4	0,2	-1,2
	gg. Vj. in %	4,3	3,7	6,1	4,2	5,6	6,7	8,1	6,3	4,7	8,3	11,6	7,8	6,2
		2015		2016				2017				2018		
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	84,3	84,4	84,4	84,4	84,8	84,5	84,8	85,8	85,8	86,0	86,7	87,3	87,9

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet, zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2015 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

		2017			2017				2018					
		2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	99,8	101,3	107,5	104,4	105,7	108,1	111,9	109,8	110,7	111,1	114,0	110,0	110,3
	gg. Vp. in %	0,9	1,5	6,1	0,7	1,2	2,3	3,5	0,6	0,8	0,4	2,6	-3,5	0,3
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	6,2	3,7	5,4	7,5	8,1	9,6	7,3	9,4	8,0	8,6	3,5
Inland	Index	99,7	100,3	105,5	103,6	104,9	105,9	107,3	106,7	106,9	107,3	107,8	105,3	103,8
	gg. Vp. in %	1,6	0,6	5,2	0,3	1,3	1,0	1,3	0,0	0,2	0,4	0,5	-2,3	-1,4
	gg. Vj. in %	1,8	0,5	5,1	4,1	4,8	7,6	4,0	8,4	5,2	7,1	-0,3	6,7	-5,3
Ausland	Index	99,9	102,0	109,1	104,9	106,3	109,8	115,4	112,2	113,6	113,9	118,7	113,6	115,2
	gg. Vp. in %	0,5	2,1	7,0	0,9	1,3	3,3	5,1	1,1	1,2	0,3	4,2	-4,3	1,4
	gg. Vj. in %	0,4	2,2	7,1	3,4	5,8	7,4	11,3	10,3	8,9	11,2	13,7	10,0	10,6
Eurozone	Index	100,0	104,6	111,8	108,2	110,0	111,2	117,8	114,6	114,3	116,4	122,7	116,6	121,9
	gg. Vp. in %	4,1	4,6	6,9	0,9	1,7	1,1	5,9	3,6	-0,3	1,8	5,4	-5,0	4,5
	gg. Vj. in %	3,9	4,8	7,1	6,3	6,5	4,7	10,2	9,8	6,7	11,0	12,7	8,9	14,6
Nicht-Eurozone	Index	99,8	100,4	107,4	102,8	103,9	108,9	113,9	110,7	113,2	112,4	116,2	111,7	111,0
	gg. Vp. in %	-1,7	0,6	7,0	0,9	1,1	4,8	4,6	-0,5	2,3	-0,7	3,4	-3,9	-0,6
	gg. Vj. in %	-1,6	0,6	7,0	1,6	5,2	9,1	12,0	10,6	10,5	11,2	14,4	10,9	8,0
Vorleistungsgüter	Index	99,8	100,9	108,2	105,1	106,1	109,7	111,9	109,5	110,1	112,7	113,0	109,4	108,8
	gg. Vp. in %	-0,6	1,1	7,2	2,6	1,0	3,4	2,0	-2,9	0,5	2,4	0,3	-3,2	-0,5
	gg. Vj. in %	-0,5	1,1	7,1	5,1	4,8	9,4	9,6	8,5	7,6	10,4	10,9	7,4	0,4
Inland	Index	99,8	99,5	105,3	103,6	102,2	107,3	108,0	106,6	107,3	107,5	109,2	106,5	106,2
	gg. Vp. in %	-0,8	-0,3	5,8	3,0	-1,4	5,0	0,7	-3,7	0,7	0,2	1,6	-2,5	-0,3
	gg. Vj. in %	-0,7	-0,3	5,7	4,9	1,6	9,1	7,5	8,8	6,3	7,0	9,4	7,6	-3,0
Ausland	Index	99,8	102,4	111,4	106,8	110,2	112,4	116,2	112,7	113,2	118,4	117,1	112,5	111,7
	gg. Vp. in %	-0,3	2,6	8,8	2,4	3,2	2,0	3,4	-2,0	0,4	4,6	-1,1	-3,9	-0,7
	gg. Vj. in %	-0,2	2,6	8,7	5,5	8,3	9,7	11,6	8,0	9,0	13,7	12,4	7,4	4,0
Investitionsgüter	Index	99,8	101,6	107,4	104,0	105,5	107,5	112,5	110,6	111,7	110,2	115,7	110,7	111,7
	gg. Vp. in %	1,7	1,8	5,7	-0,8	1,4	1,9	4,7	3,4	1,0	-1,3	5,0	-4,3	0,9
	gg. Vj. in %	1,7	1,9	5,8	3,1	5,8	6,7	7,8	10,7	7,4	9,0	6,9	9,4	5,8
Inland	Index	99,7	101,5	106,4	104,4	108,0	105,5	107,5	107,7	107,2	107,5	107,8	105,1	102,3
	gg. Vp. in %	4,1	1,8	4,8	-1,9	3,4	-2,3	1,9	3,9	-0,5	0,3	0,3	-2,5	-2,7
	gg. Vj. in %	4,2	1,6	4,9	4,0	8,1	6,5	1,2	8,7	4,1	6,8	-6,7	6,5	-8,1
Ausland	Index	99,9	101,7	108,1	103,8	104,1	108,7	115,6	112,3	114,4	111,9	120,5	114,0	117,4
	gg. Vp. in %	0,6	1,8	6,3	0,0	0,3	4,4	6,3	3,0	1,9	-2,2	7,7	-5,4	3,0
	gg. Vj. in %	0,5	2,0	6,3	2,4	4,4	6,5	11,6	11,8	9,3	10,5	14,6	11,2	15,1
Konsumgüter	Index	99,9	100,4	105,0	102,6	104,7	105,8	106,8	105,7	106,3	108,8	105,4	108,2	105,6
	gg. Vp. in %	2,3	0,5	4,6	1,5	2,0	1,1	0,9	-2,8	0,6	2,4	-3,1	2,7	-2,4
	gg. Vj. in %	2,1	0,5	4,7	2,0	4,7	6,1	6,0	5,9	5,9	7,7	4,1	8,8	1,3
Inland	Index	99,8	97,6	100,4	98,2	99,7	101,4	102,2	101,0	102,7	104,6	99,2	100,3	99,6
	gg. Vp. in %	2,0	-2,2	2,9	0,5	1,5	1,7	0,8	-2,4	1,7	1,9	-5,2	1,1	-0,7
	gg. Vj. in %	2,0	-2,2	2,9	0,6	0,4	5,8	5,2	5,2	6,3	9,2	-0,8	3,5	0,3
Ausland	Index	100,0	102,5	108,5	106,0	108,5	109,1	110,5	109,3	109,1	112,1	110,2	114,3	110,3
	gg. Vp. in %	2,5	2,5	5,9	2,2	2,4	0,6	1,3	-3,1	-0,2	2,7	-1,7	3,7	-3,5
	gg. Vj. in %	2,3	2,7	5,9	3,1	7,9	6,1	6,6	6,2	5,6	6,6	7,7	12,7	1,9
Industrie ohne Großaufträge²	Index	99,8	101,2	107,4	104,1	105,3	109,0	111,2	110,3	109,3	111,6	112,7	110,1	109,3
	gg. Vp. in %	1,3	1,4	6,1	0,8	1,2	3,5	2,0	0,7	-0,9	2,1	1,0	-2,3	-0,7
	gg. Vj. in %	1,3	1,4	6,1	3,6	5,0	8,3	7,8	8,9	5,7	8,8	9,0	7,2	4,3

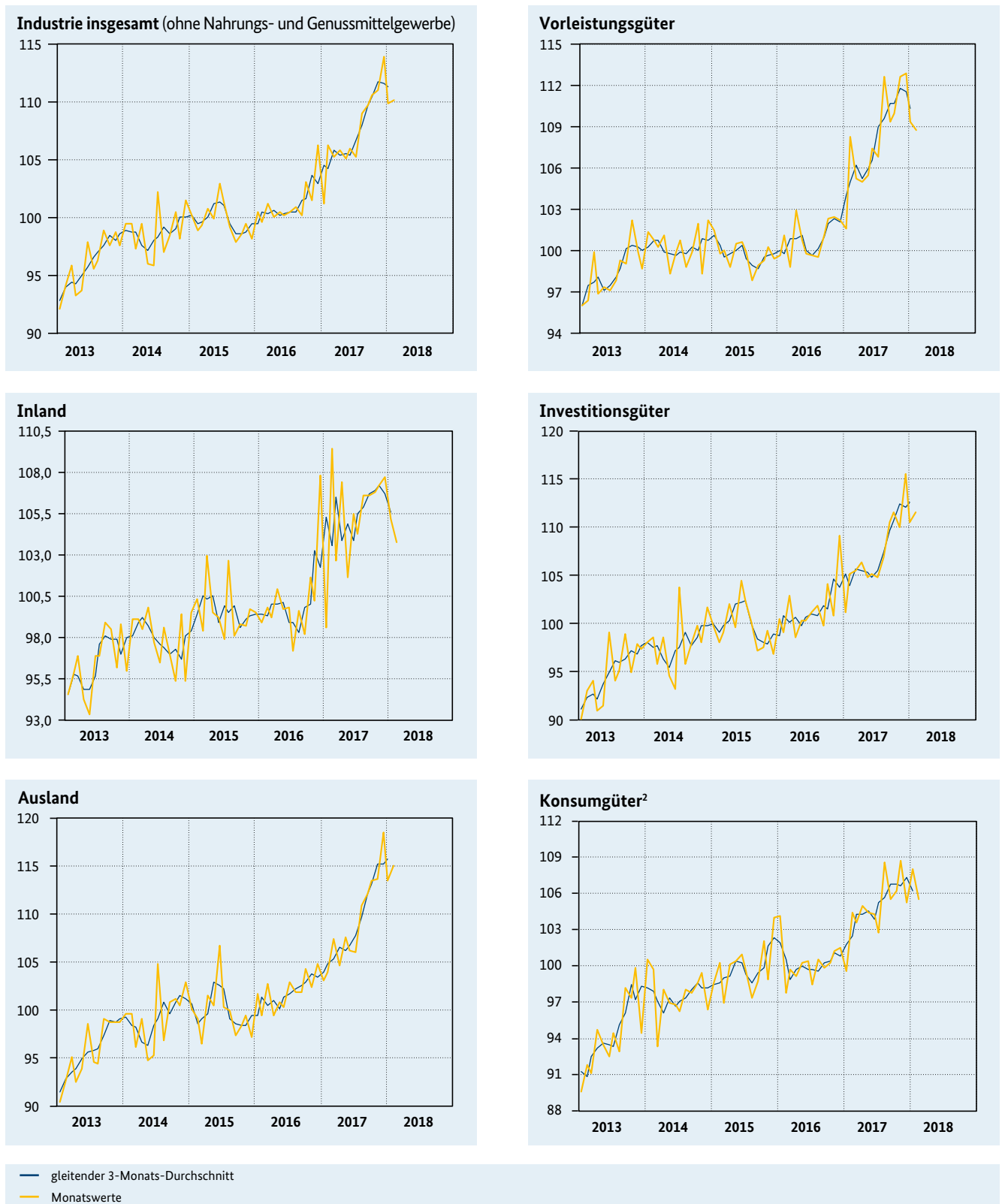
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2015 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

¹ Preisbereinigt, Index 2015 = 100; saisonbereinigt, Verfahren X13 JDemetra+;

² Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

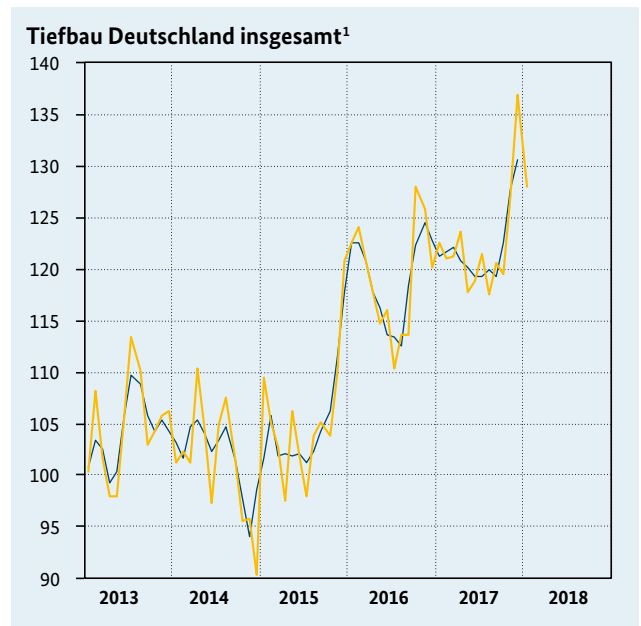
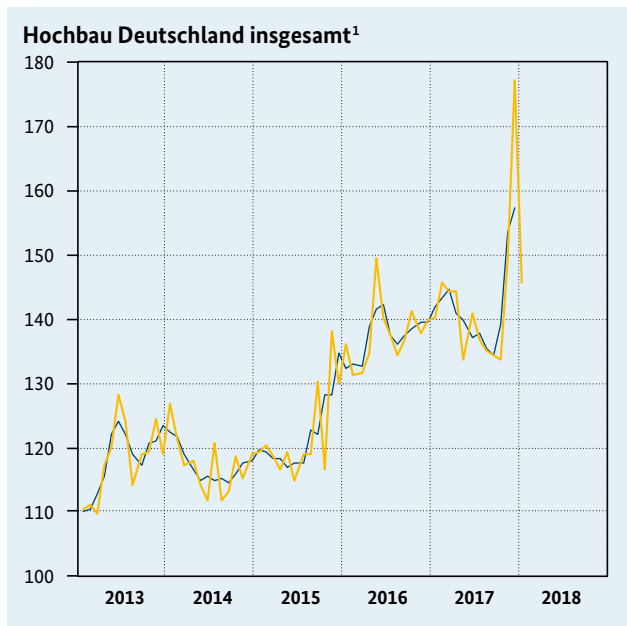
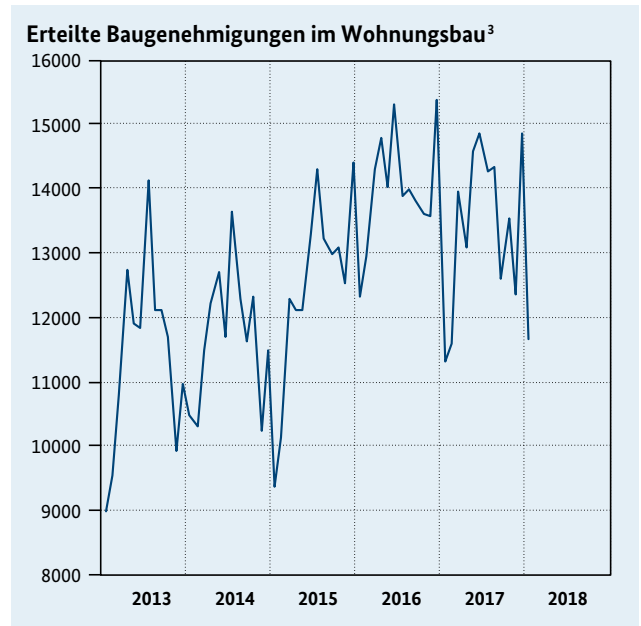
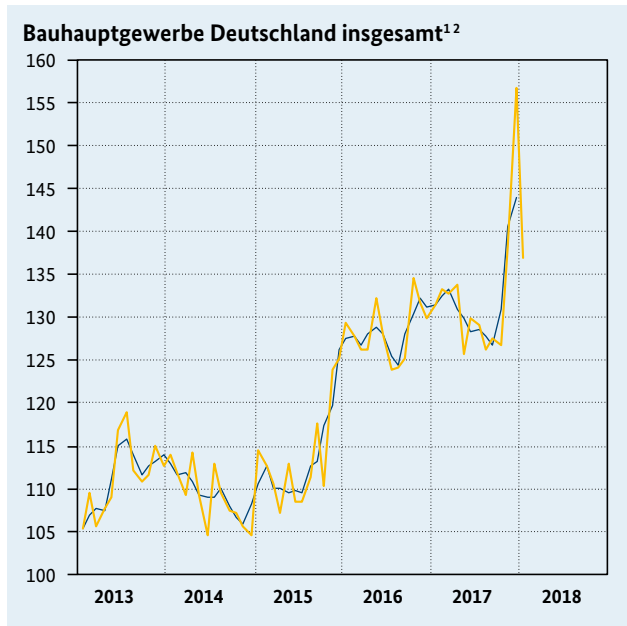
		2017			2017				2018						
		2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
Auftragseingang¹															
Bauhauptgewerbe		Index	113,6	128,3	132,8	132,6	129,9	127,7	140,7	126,4	127,6	126,7	138,4	157,1	137,0
		gg. Vp. in %	4,0	12,9	3,5	0,3	-2,0	-1,7	10,2	-2,2	0,9	-0,7	9,2	13,5	-12,8
		gg. Vj. in %	3,8	13,1	3,5	4,6	1,1	2,2	6,7	1,0	1,5	-6,2	6,2	21,5	4,4
Hochbau		Index	121,8	137,7	143,1	143,5	139,8	135,6	153,6	135,2	134,5	133,9	149,5	177,3	145,9
		gg. Vp. in %	3,8	13,1	3,9	2,7	-2,6	-3,0	13,3	-1,3	-0,5	-0,4	11,7	18,6	-17,7
		gg. Vj. in %	3,8	13,3	3,9	8,8	-1,2	-0,9	10,0	-0,3	-1,8	-5,7	8,9	27,6	4,1
Wohnungsbau		Index	150,1	172,4	176,7	178,1	170,1	165,2	193,3	166,4	161,6	175,7	179,7	224,6	186,3
		gg. Vp. in %	11,3	14,9	2,5	2,1	-4,5	-2,9	17,0	-0,7	-2,9	8,7	2,3	25,0	-17,1
		gg. Vj. in %	11,4	14,9	2,3	5,0	-0,2	-5,4	10,8	-2,6	-13,9	1,5	-4,2	37,8	6,0
Hochbau ohne Wohnungsbau		Index	107,8	120,4	126,5	126,4	124,7	120,9	133,9	119,7	121,1	113,2	134,5	153,9	125,9
		gg. Vp. in %	-0,7	11,7	5,1	3,3	-1,3	-3,0	10,8	-1,7	1,2	-6,5	18,8	14,4	-18,2
		gg. Vj. in %	-0,8	12,1	4,9	11,5	-1,9	2,4	9,4	1,3	8,5	-10,7	19,3	21,4	2,9
Tiefbau		Index	105,4	119,0	122,4	121,7	120,1	119,9	128,0	117,6	120,7	119,6	127,3	137,0	128,1
		gg. Vp. in %	4,4	12,9	2,9	-2,4	-1,3	-0,2	6,8	-3,2	2,6	-0,9	6,4	7,6	-6,5
		gg. Vj. in %	3,6	12,8	3,1	0,1	3,7	5,9	2,8	2,5	5,7	-6,6	3,0	13,7	4,8
Straßenbau		Index	100,7	120,1	121,9	127,3	121,4	115,5	123,5	111,7	114,8	110,1	116,8	143,7	132,6
		gg. Vp. in %	1,9	19,3	1,5	-0,2	-4,6	-4,9	6,9	-7,0	2,8	-4,1	6,1	23,0	-7,7
		gg. Vj. in %	1,4	17,5	2,5	5,4	7,0	0,1	-4,2	-3,3	-2,1	-13,7	-16,8	23,7	2,8
Tiefbau ohne Straßenbau		Index	108,2	118,4	122,7	118,3	119,4	122,6	130,6	121,1	124,3	125,3	133,7	132,9	125,3
		gg. Vp. in %	5,7	9,4	3,6	-3,7	0,9	2,7	6,5	-1,0	2,6	0,8	6,7	-0,6	-5,7
		gg. Vj. in %	5,0	10,1	3,5	-2,7	1,4	9,8	6,4	6,4	10,4	-2,8	14,1	9,1	5,7
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	112,6	123,7	128,8	129,3	123,9	124,8	137,2	122,5	123,7	116,9	139,3	155,4	129,5
		gg. Vp. in %	-0,2	9,9	4,1	1,4	-4,2	0,7	9,9	-4,5	1,0	-5,5	19,2	11,6	-16,7
		gg. Vj. in %	-0,3	10,4	3,7	9,4	-5,1	4,5	7,7	1,4	7,9	-11,7	17,7	18,7	0,2
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)		Index	100,0	115,3	119,2	117,8	119,9	115,6	123,3	114,2	118,0	117,2	120,9	131,8	124,8
		gg. Vp. in %	5,0	15,3	3,4	-1,8	1,8	-3,6	6,7	-0,4	3,3	-0,7	3,2	9,0	-5,3
		gg. Vj. in %	4,1	15,0	4,0	-0,7	8,6	4,4	2,9	2,6	5,7	-4,3	-0,5	15,2	9,6
Baugenehmigungen (Neubau)²															
Hochbau (veranschlagte Kosten)		Mio. €	83667	98125	99302	21462	25587	26441	25811	9419	8078	8278	7705	9828	7415
		gg. Vj. in %	6,7	17,3	1,2	-2,9	0,5	6,0	0,7	12,9	-6,2	2,3	-6,8	6,1	13,9
Wohngebäude		Mio. €	51206	58976	58661	13177	15434	15132	14919	5251	4686	5045	4506	5368	4317
		gg. Vj. in %	10,2	15,2	-0,5	-3,4	0,3	1,9	-1,2	5,9	-4,3	4,3	-6,6	-1,1	7,4
Nichtwohngebäude		Mio. €	32461	39149	40641	8286	10153	11309	10893	4168	3392	3233	3199	4460	3098
		gg. Vj. in %	1,7	20,6	3,8	-2,1	0,8	12,2	3,4	23,1	-8,6	-0,7	-7,1	16,4	24,3
gewerbliche Auftraggeber		Mio. €	24355	29235	29987	6194	7489	8351	7954	3085	2488	2370	2239	3345	2287
		gg. Vj. in %	0,9	20,0	2,6	-2,0	-0,9	13,3	-0,4	19,9	-8,2	-5,2	-16,4	19,0	18,9
öffentliche Auftraggeber		Mio. €	8106	9915	10654	2092	2665	2959	2939	1084	904	863	960	1116	811
		gg. Vj. in %	4,3	22,3	7,5	-2,4	6,0	9,1	15,5	33,0	-9,9	14,0	25,5	9,1	42,8
Wohngebäude (Rauminhalt) ³		Mio. m ³	150	168	162	36,9	42,6	41,3	40,8	14,4	12,6	13,6	12,4	14,9	11,7
		gg. Vj. in %	6,7	12,2	-4,0	-7,0	-3,8	-1,2	-4,3	2,4	-8,7	-0,4	-8,9	-3,6	3,1
		gg. Vp. in %	6,0	12,4	-3,7	-7,8	2,6	-2,2	5,1	0,4	-2,5	5,9	-2,0	6,5	-7,5
ifo Konjunkturtest⁴															
Kapazitäts- und Geräteauslastung		Salden	74,0	76,2	77,9	79,9	83,7	82,4	68,2	83,3	82,8	81,1	72,9	66,9	64,9
witterungsbedingte Baubehinderungen		Salden	13,8	15,0	18,5	13,0	4,3	9,3	47,0	7,0	6,0	15,0	28,0	47,0	66,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monats-Durchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010=100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitender Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2017			2018	2017			2018		
		2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	9,2	9,6	22,0	21,6	24,3	27,0	24,4	26,3	27,7	27,0	27,7	23,5	21,9
Geschäftslage	Salden	15,5	17,5	33,8	34,8	37,6	37,9	41,0	37,8	37,1	38,9	43,1	40,4	39,4
Geschäftserwartungen	Salden	3,2	2,1	10,8	9,2	11,8	16,6	8,9	15,3	18,7	15,8	13,3	7,7	5,7
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	11,4	10,1	26,0	25,0	29,4	32,4	29,3	31,5	33,4	32,2	33,2	28,1	26,5
Geschäftslage	Salden	19,0	18,7	38,8	39,2	44,1	44,0	48,6	43,9	43,5	44,6	50,9	47,4	47,5
Geschäftserwartungen	Salden	4,2	1,8	13,8	11,6	15,7	21,2	11,5	19,7	23,7	20,3	16,8	10,3	7,3
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	12,4	11,0	26,9	25,5	29,8	33,7	31,4	32,9	34,4	33,8	34,9	30,4	29,0
Geschäftslage	Salden	18,1	19,2	40,2	40,5	43,5	46,5	51,4	44,2	47,2	48,0	54,7	50,0	49,6
Geschäftserwartungen	Salden	6,8	3,2	14,3	11,5	16,8	21,6	13,1	22,2	22,3	20,4	16,7	12,4	10,1
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	10,6	8,8	28,6	26,3	33,0	37,7	32,5	39,5	39,0	34,7	36,2	31,3	29,9
Geschäftslage	Salden	18,6	18,3	42,3	41,1	49,4	50,6	56,5	53,6	48,4	49,8	57,8	56,1	55,5
Geschäftserwartungen	Salden	2,9	-0,3	15,8	12,4	17,6	25,6	10,7	26,2	29,9	20,6	16,4	8,9	6,8
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	9,7	9,7	15,2	17,0	18,0	13,5	15,9	8,1	14,7	17,6	21,0	13,3	13,5
Geschäftslage	Salden	19,4	17,6	25,4	27,9	29,5	22,6	24,3	19,8	23,3	24,6	27,2	19,2	26,6
Geschäftserwartungen	Salden	0,4	2,0	5,4	6,7	6,9	4,8	7,9	-2,9	6,4	10,9	14,9	7,6	1,2
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-2,9	5,4	14,4	12,7	16,8	18,3	17,1	20,2	16,9	17,9	17,6	15,9	17,9
Geschäftslage	Salden	-4,3	9,4	23,5	23,6	26,7	26,5	31,8	27,7	25,3	26,6	29,6	32,9	33,0
Geschäftserwartungen	Salden	-1,5	1,4	5,7	2,3	7,2	10,5	3,4	12,9	8,9	9,6	6,3	0,2	3,8
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	28,6	29,7	30,1	27,5	31,8	33,7	31,2	33,8	33,1	34,3	32,7	31,5	29,5
Geschäftslage	Salden	38,9	40,8	44,7	43,6	47,6	46,8	49,2	48,1	45,1	47,2	49,5	51,0	47,2
Geschäftserwartungen	Salden	18,8	19,2	16,5	12,5	17,0	21,3	14,5	20,3	21,7	22,0	17,0	13,4	13,1
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	57,0	55,2	84,1	84,0	87,0	88,4	92,7	87,0	88,8	89,3	95,2	92,3	90,7
Konjunkturerwartungen	Salden	31,5	6,7	16,4	19,6	14,8	17,9	14,4	17,6	18,7	17,4	20,4	17,8	5,1

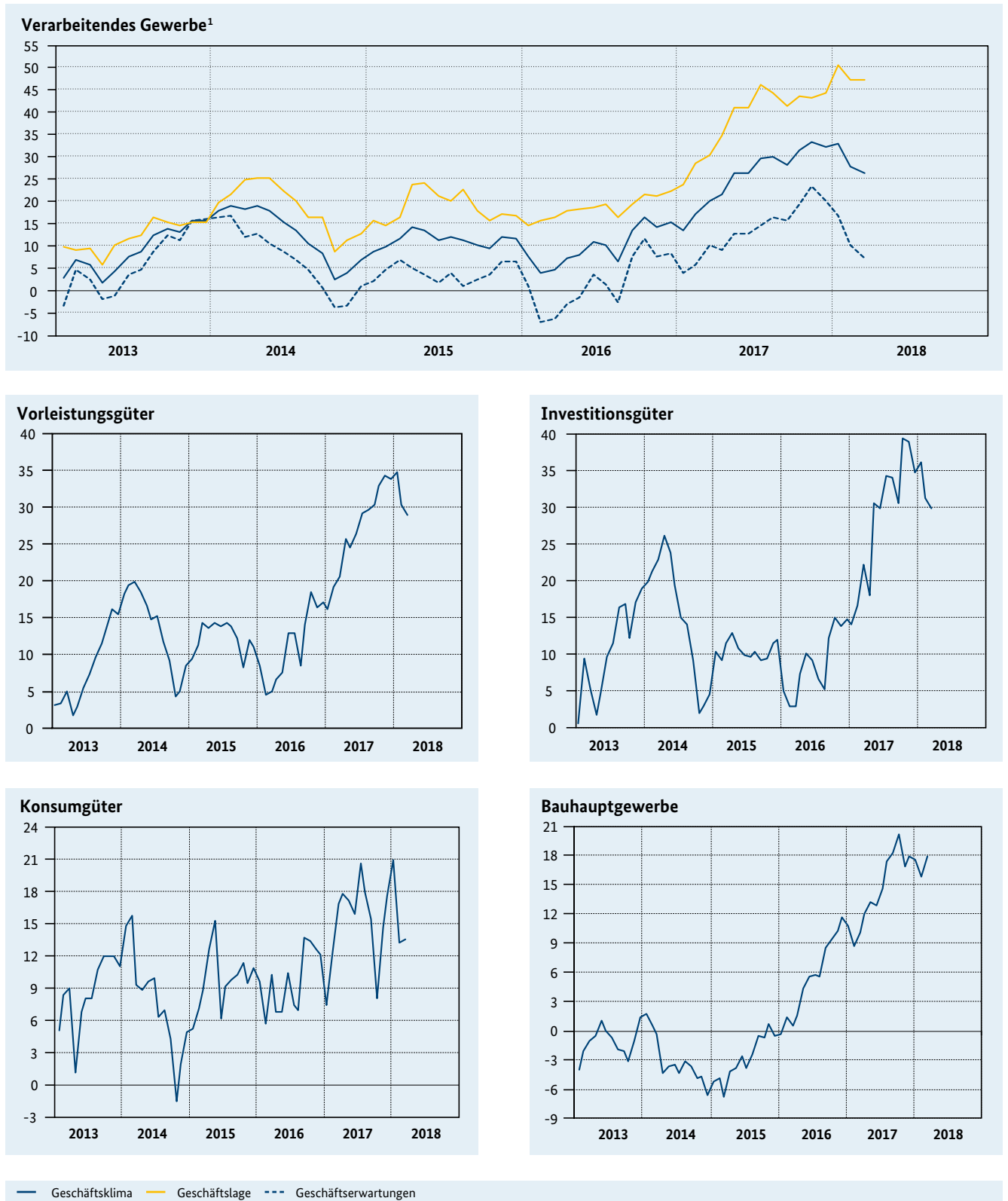
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2015		2016		2017					
		2015	2016	2017	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung														
Private Konsumausgaben ¹	Index	106,1	108,3	110,4	106,4	107,0	107,6	107,8	108,2	108,9	109,8	110,8	110,6	110,6
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	1,7	2,1	1,9	0,6	0,6	0,6	0,2	0,4	0,6	0,8	0,9	-0,2	0,0
	gg. Vj. in %	1,7	2,1	1,9	1,6	2,1	2,0	2,9	1,7	1,7	2,3	2,1	2,0	1,2
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1754	1805	1875	441	444	445	449	451	458	463	468	470	474
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	2,6	2,9	3,9	0,8	0,7	0,2	0,9	0,5	1,5	1,3	1,1	0,5	0,7
	gg. Vj. in %	2,6	2,9	3,9	2,5	2,9	2,7	3,6	2,3	3,1	4,6	3,8	4,1	3,2
		2017			2018		2017		2018					
		2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April
Einzelhandelsumsätze														
Einzelhandel	Index	100,1	102,1	105,0	104,9	105,3	106,1	-	107,1	106,0	105,5	105,0	-	-
(ohne Handel mit Kfz)²	gg. Vp. in %	3,8	2,0	2,8	1,2	0,4	0,8	-	1,7	-1,0	-0,5	-0,5	-	-
	gg. Vj. in %	3,8	2,0	2,8	3,5	3,3	2,5	-	4,1	2,5	2,4	1,3	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	100,1	101,0	102,5	102,7	102,9	102,9	-	103,1	103,9	102,1	102,9	-	-
	gg. Vp. in %	2,4	0,9	1,5	1,3	0,2	0,0	-	1,5	0,8	-1,7	0,8	-	-
	gg. Vj. in %	2,3	0,8	1,5	2,6	1,2	1,2	-	2,1	2,0	1,3	1,6	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	100,3	100,3	105,9	103,9	107,4	108,2	-	110,8	108,0	106,8	103,5	-	-
	gg. Vp. in %	-0,7	0,0	5,6	-0,2	3,4	0,7	-	4,6	-2,5	-1,1	-3,1	-	-
	gg. Vj. in %	-0,4	0,1	5,6	3,0	9,8	3,2	-	9,5	5,3	3,9	-0,1	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	100,1	100,0	107,9	107,4	109,1	107,6	-	108,2	106,1	105,4	107,1	-	-
	gg. Vp. in %	4,1	-0,1	7,9	0,1	1,6	-1,4	-	-0,2	-1,9	-0,7	1,6	-	-
	gg. Vj. in %	3,9	0,0	7,5	7,9	11,2	3,2	-	6,9	-0,6	-2,1	1,6	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	100,3	100,8	101,6	102,1	101,8	101,3	-	101,4	100,9	103,1	99,3	-	-
	gg. Vp. in %	1,9	0,5	0,8	1,0	-0,3	-0,5	-	-0,1	-0,5	2,2	-3,7	-	-
	gg. Vj. in %	2,0	0,5	0,8	1,4	1,2	0,4	-	1,9	-1,5	3,2	-1,5	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur¹	Index	111,4	117,8	123,5	122,7	123,8	125,8	-	127,2	126,6	127,0	-	-	-
	gg. Vp. in %	6,6	5,7	4,8	0,8	0,9	1,6	-	2,9	-0,5	0,3	-	-	-
	gg. Vj. in %	6,7	5,6	5,0	5,5	4,9	5,1	-	6,7	5,9	5,6	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	102,3	102,6	104,0	104,9	103,9	103,0	-	103,0	102,5	106,1	-	-	-
	gg. Vp. in %	0,6	0,3	1,4	0,6	-1,0	-0,9	-	-0,5	-0,5	3,5	-	-	-
	gg. Vj. in %	0,7	0,6	1,1	2,3	0,3	0,5	-	0,9	0,1	2,3	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen³														
Insgesamt	in Tsd.	3206	3352	3441	942	825	829	879	303	254	269	262	347	-
	gg. Vj. in %	5,6	4,5	2,7	0,0	0,3	4,2	4,0	9,4	-1,0	11,6	7,4	-3,4	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1098	1173	1225	336	303	305	327	111	92	95	96	136	-
	gg. Vj. in %	-0,1	6,8	4,4	-2,3	2,4	10,7	16,0	15,9	5,8	24,5	21,3	7,6	-
Verbraucherpreise⁴														
Insgesamt	Index	106,9	107,4	109,3	108,9	109,5	110,0	110,3	109,9	110,6	109,8	110,3	110,7	-
	gg. Vj. in %	0,2	0,5	1,7	1,7	1,7	1,7	1,5	1,8	1,7	1,6	1,4	1,6	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	0,8	0,8	3,1	2,3	3,1	3,5	2,4	3,2	3,0	3,1	1,1	2,9	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,2	1,2	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	-5,5	-4,5	1,7	1,0	1,4	1,7	1,1	2,7	1,2	1,5	0,6	1,2	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-2,6	-1,3	3,0	2,8	2,4	1,7	0,8	2,6	1,4	0,9	0,7	0,8	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁵	Salden	7,0	8,1	10,7	13,8	8,2	15,1	10,3	13,2	15,8	15,2	11,1	4,7	-
Geschäftslage	Salden	15,7	17,9	21,6	24,7	21,0	25,4	20,7	19,0	28,3	26,5	22,4	13,2	-
Geschäftserwartungen	Salden	-1,3	-1,3	0,3	3,5	-3,8	5,2	0,4	7,4	3,9	4,3	0,3	-3,4	-
GfK – Konsumklima⁶	Punkte	9,7	9,8	10,4	10,1	10,8	10,7	10,9	10,7	10,7	10,8	11,0	10,8	10,9
Anschaffungsneigung	Punkte	54,7	52,8	55,6	55,9	56,8	57,6	58,0	57,6	57,7	58,0	57,9	58,1	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

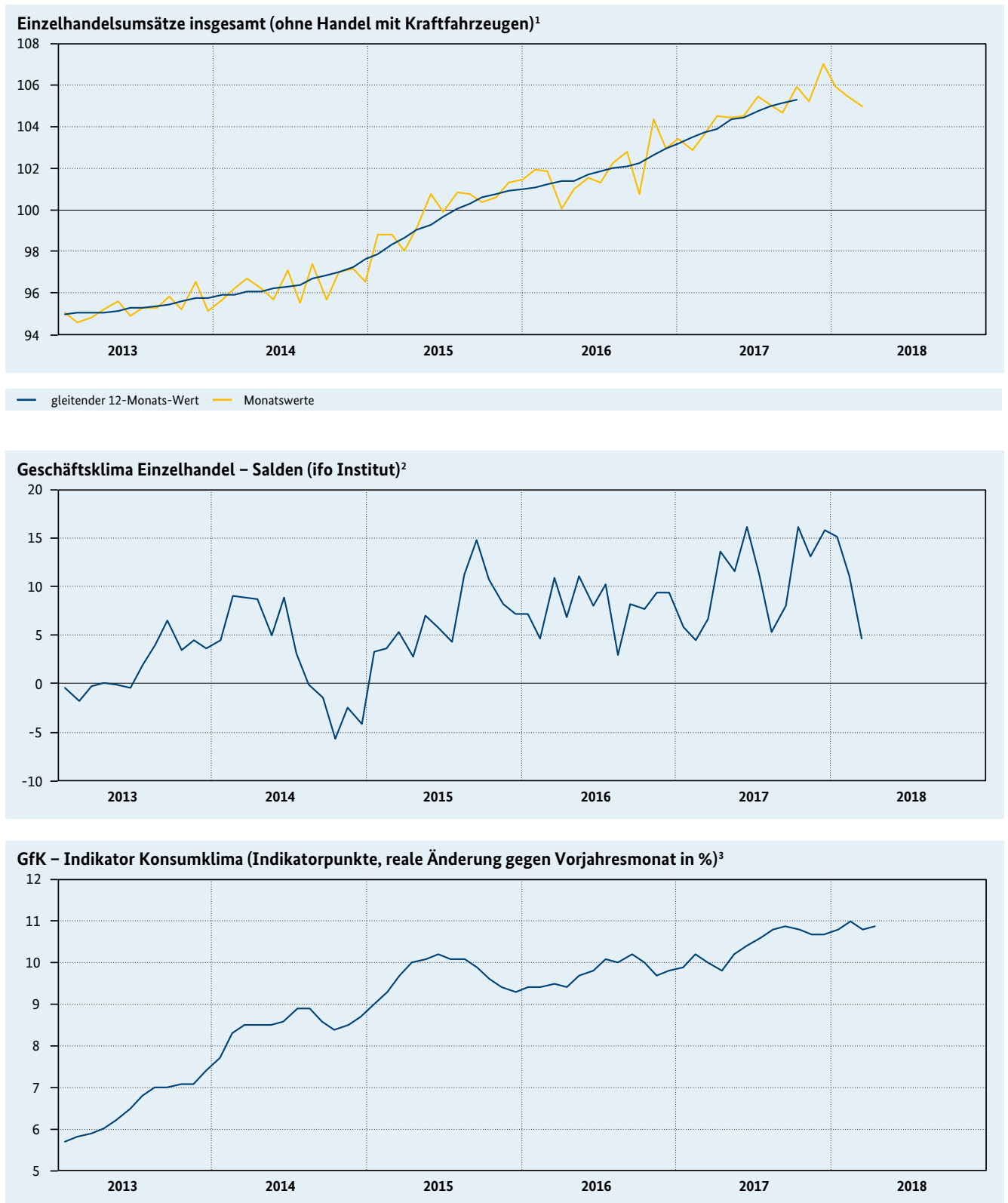
2 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2015=100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

3 Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; Index 2010=100; 5 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo

Instituts; 6 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2015 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

Bundesrepublik Deutschland

		2017							2017				2018	
		2015	2016	2017	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	273	267	264	65	60	68	71	23,3	21,7	24,4	24,8	26,0	22,4
	gg. Vp. in %	23,4	-2,4	-0,9	1,0	-9,0	14,7	3,9	-0,9	-6,8	12,7	1,5	4,7	-13,8
Warenhandel	in Mrd. €	259	265	267	65	65	68	69	22,9	21,6	23,9	23,4	23,1	20,2
	gg. Vp. in %	12,7	2,2	0,7	3,7	0,3	3,8	1,6	-0,3	-5,6	10,7	-2,3	-1,3	-12,4
Ausfuhr	in Mrd. €	1176	1187	1274	312	316	319	328	106,4	106,6	110,7	110,4	110,7	106,4
	gg. Vp. in %	5,1	0,9	7,3	3,3	1,3	1,1	2,7	-0,7	0,1	3,8	-0,3	0,3	-3,9
Einfuhr	in Mrd. €	917	922	1007	246	250	251	259	83,5	85,0	86,7	87,0	87,7	86,3
	gg. Vp. in %	3,1	0,5	9,2	3,2	1,6	0,4	3,0	-0,8	1,7	2,1	0,3	0,7	-1,6
Dienstleistungen	in Mrd. €	-17	-19	-16	-4	-5	-4	-3	-1,6	-1,4	-0,9	-0,7	-0,9	0,0
	gg. Vp. in %	-30,4	10,3	-15,7	-1,1	3,7	-3,1	-33,3	39,3	-12,2	-37,2	-20,9	38,2	-100,0
Einnahmen	in Mrd. €	248	257	273	67	68	69	69	22,5	23,4	23,4	22,4	22,6	24,2
	gg. Vp. in %	10,0	3,7	6,1	1,4	2,2	0,6	0,6	-3,9	4,1	0,1	-4,1	0,9	6,7
Ausgaben	in Mrd. €	266	277	289	71	73	73	72	24,0	24,7	24,3	23,1	23,6	24,2
	gg. Vp. in %	6,0	4,1	4,6	1,2	2,3	0,3	-1,4	-1,9	3,0	-1,9	-4,7	2,0	2,5
Primäreinkommen	in Mrd. €	70	61	68	19	16	17	17	5,9	5,7	5,8	5,8	7,8	4,8
	gg. Vp. in %	23,6	-13,1	12,8	11,5	-16,0	5,8	3,4	17,2	-4,7	1,8	1,6	33,6	-38,6
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-39	-40	-55	-14	-17	-12	-12	-4,0	-4,2	-4,4	-3,7	-4,0	-2,6
	gg. Vp. in %	-4,4	3,8	37,6	35,3	20,9	-30,4	3,6	15,9	5,0	4,0	-15,1	6,5	-34,2

Außenhandel nach Ländern²

Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1194	1204	1279	319	319	316	325	110,3	108,0	116,3	100,6	107,1	104,7
	gg. Vj. in %	6,2	0,9	6,2	8,6	3,8	6,4	6,3	4,4	6,9	8,1	3,6	8,6	2,4
EU-Länder	in Mrd. €	693	706	750	188	189	183	190	65,0	64,6	67,9	57,8	64,9	63,3
	gg. Vj. in %	6,8	1,9	6,2	6,4	4,5	6,0	8,1	3,2	8,8	7,9	7,5	10,8	3,5
Eurozone ¹	in Mrd. €	434	441	471	117	119	115	120	40,8	40,4	43,0	36,9	41,1	40,1
	gg. Vj. in %	5,6	1,5	6,9	6,9	5,4	7,0	8,5	4,2	8,6	9,0	8,0	11,2	5,3
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	259	265	279	70	70	69	70	24,2	24,1	24,9	20,9	23,8	23,1
	gg. Vj. in %	8,9	2,4	5,1	5,6	3,1	4,3	7,3	1,5	9,2	6,1	6,6	10,0	0,4
Drittländer	in Mrd. €	501	498	529	132	130	133	135	45,3	43,4	48,5	42,8	42,2	41,5
	gg. Vj. in %	5,4	-0,5	6,2	11,9	2,8	7,0	3,8	6,3	4,1	8,3	-1,2	5,4	0,9
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	949	955	1034	259	257	254	264	86,4	89,2	92,8	82,5	89,8	86,3
	gg. Vj. in %	4,3	0,6	8,3	10,1	8,3	7,8	7,2	5,5	8,5	8,3	4,7	6,9	4,7
EU-Länder	in Mrd. €	622	632	682	170	169	167	176	57,6	59,7	62,0	54,8	58,1	57,7
	gg. Vj. in %	4,5	1,7	7,9	9,0	6,2	7,8	8,6	4,6	10,2	9,4	6,0	8,1	5,5
Eurozone	in Mrd. €	426	429	459	115	114	112	118	38,0	39,9	41,3	37,2	39,2	39,0
	gg. Vj. in %	3,7	0,6	7,1	8,1	5,4	6,8	8,2	3,4	9,5	9,3	5,6	8,2	5,3
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	196	204	223	55	55	55	58	19,5	19,8	20,8	17,5	18,9	18,7
	gg. Vj. in %	6,2	4,1	9,5	10,9	7,9	9,8	9,4	7,0	11,6	9,7	6,7	8,0	5,9
Drittländer	in Mrd. €	328	323	352	90	88	87	88	28,8	29,5	30,8	27,7	31,7	28,6
	gg. Vj. in %	3,9	-1,5	9,2	12,2	12,7	7,6	4,6	7,3	5,2	6,1	2,3	4,6	3,1

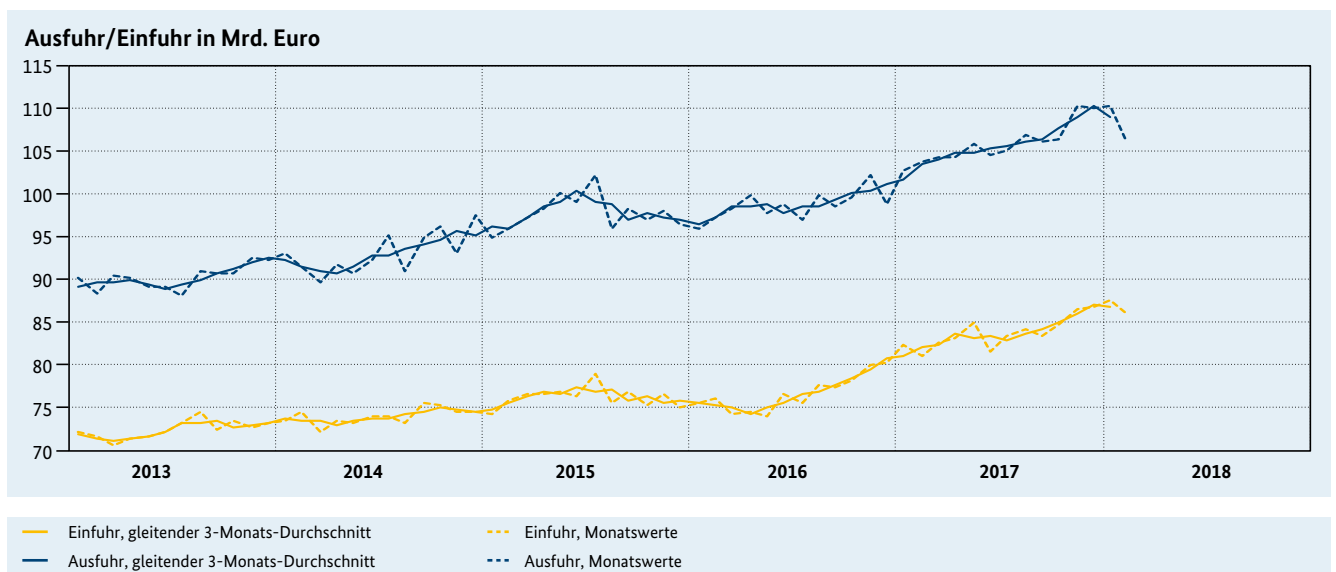
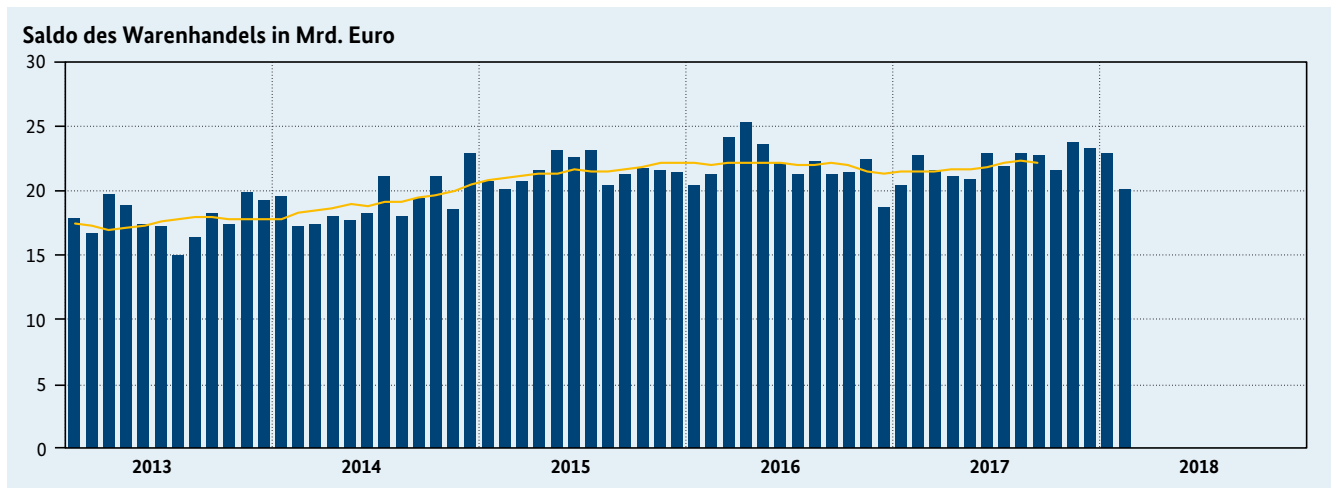
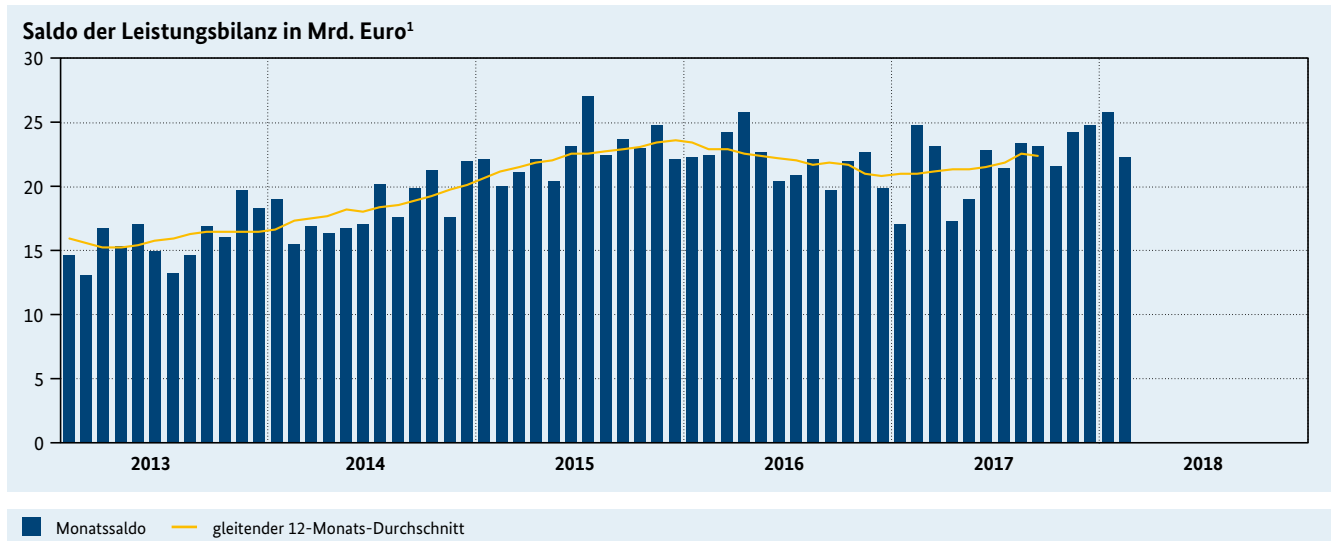
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

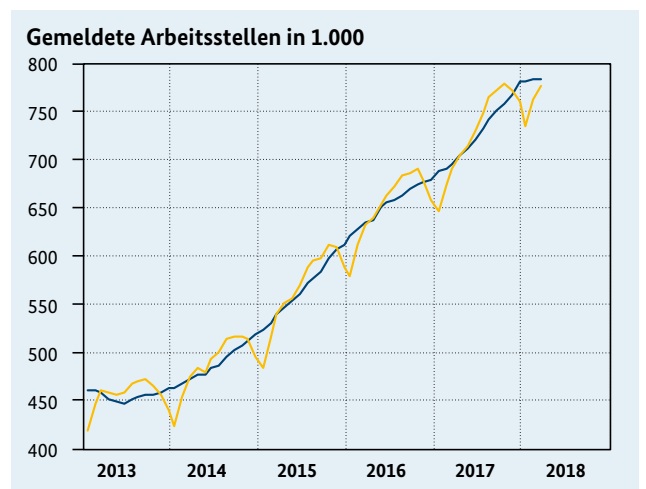
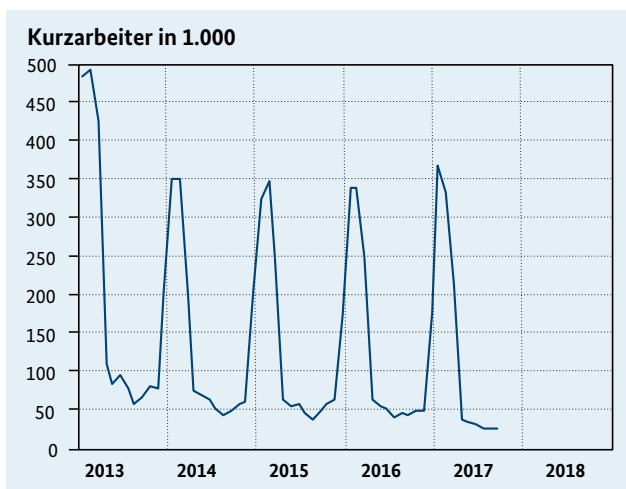
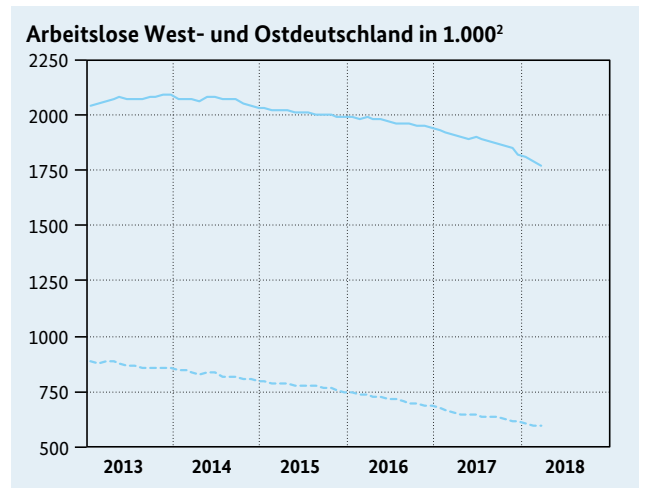
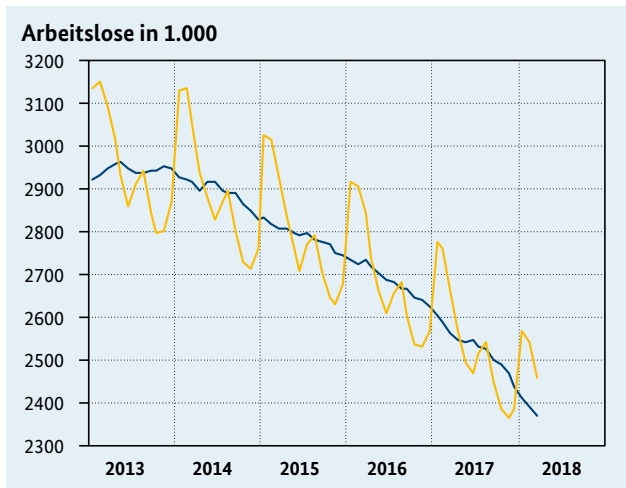
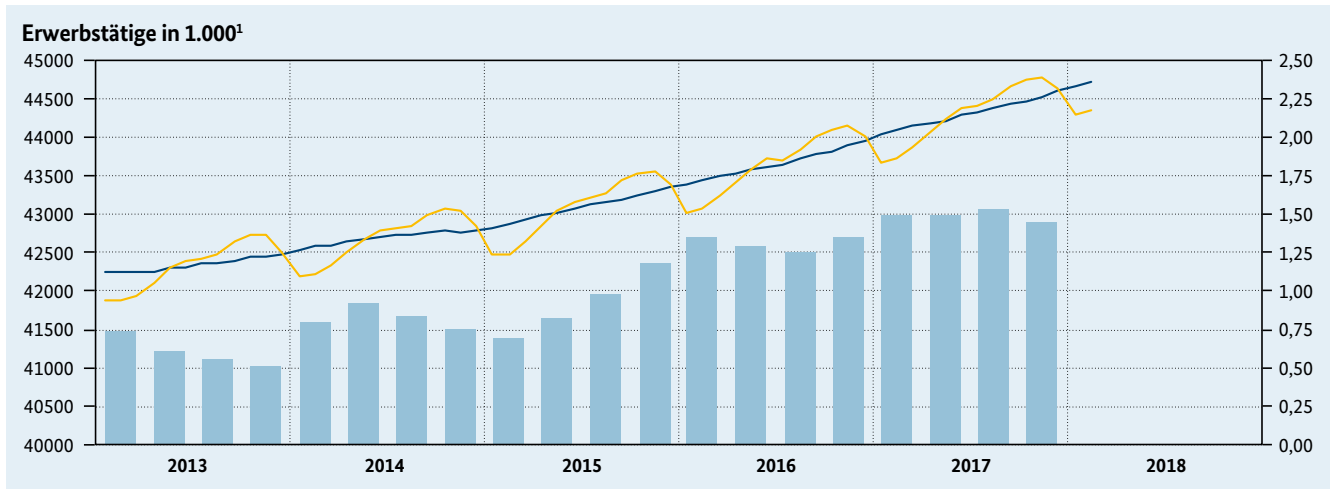
		2017			2018			2017			2018			
		2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	43069	43638	44291	44207	44507	44708	-	44730	44770	44623	44281	44322	-
	gg. Vj. in Tsd.	+398	+569	+653	+649	+676	+641	-	+644	+639	+641	+625	+618	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	30854	31538	32261	32103	32419	32718	-	32774	32793	32586	32470	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+636	+683	+723	+714	+732	+731	-	+730	+724	+738	+762	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	1950	1774	1621	1622	1586	1516	-	1591	1457	1500	1531	1625	-
	gg. Vj. in Tsd.	-140	-176	-153	-171	-146	-114	-	-105	-220	-17	-203	-236	-
Erwerbslosenquote	in %	4,6	4,1	3,8	3,8	3,6	3,5	-	3,7	3,4	3,5	3,6	3,8	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2795	2691	2533	2513	2504	2381	2525	2389	2368	2385	2570	2546	2458
	gg. Vj. in Tsd.	-104	-104	-158	-161	-147	-166	-209	-151	-164	-183	-207	-216	-204
SGB II	in Tsd.	1936	1869	1677	1690	1671	1601	1616	1617	1596	1589	1629	1619	1599
	gg. Vj. in Tsd.	-29	-67	-192	-202	-172	-180	-131	-167	-180	-194	-138	-128	-128
SGB III	in Tsd.	859	822	855	822	833	780	909	772	772	796	941	927	859
	gg. Vj. in Tsd.	-75	-37	+34	+41	+25	+14	-78	+15	+16	+10	-70	-88	-76
Westdeutschland	in Tsd.	2021	1979	1894	1882	1889	1786	1884	1797	1779	1783	1918	1899	1834
	gg. Vj. in Tsd.	-54	-42	-84	-81	-81	-101	-137	-92	-99	-114	-129	-140	-140
Ostdeutschland	in Tsd.	774	712	639	631	615	595	641	592	590	602	652	647	624
	gg. Vj. in Tsd.	-50	-62	-74	-80	-66	-65	-73	-60	-65	-69	-78	-76	-64
Arbeitslosenquote	in %	6,4	6,1	5,7	5,6	5,6	5,3	5,7	5,4	5,3	5,3	5,8	5,7	5,5
Westdeutschland	in %	5,7	5,6	5,3	5,2	5,2	4,9	5,2	5,0	4,9	4,9	5,3	5,3	5,1
Ostdeutschland	in %	9,2	8,5	7,6	7,5	7,3	7,0	7,6	7,0	7,0	7,1	7,7	7,7	7,4
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	626	642	630	592	637	605	644	606	629	579	667	662	604
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	633	651	645	656	645	626	620	667	650	563	482	686	692
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	44	42	24	25	16	15	-	17	15	12	13	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	-5	-2	-18	-22	-18	-22	-	-22	-25	-19	-30	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3631	3577	3517	3530	3461	3366	3491	3365	3360	3373	3515	3515	3441
	gg. Vj. in Tsd.	-171	-54	-61	-26	-90	-149	-220	-130	-149	-169	-198	-230	-232
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	569	655	731	717	763	771	760	780	772	761	736	764	778
	gg. Vj. in Tsd.	+78	+87	+75	+64	+81	+94	+88	+88	+91	+103	+89	+90	+86
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+397	+568	+652	+138	+155	+152	-	+41	+61	+69	+62	+45	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+636	+683	+723	+156	+187	+197	-	+68	+69	+88	+89	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-153	-157	-166	-32	-41	-48	-	-17	-18	-17	-14	-11	-
Erwerbslosenquote	in %	4,6	4,2	3,8	3,8	3,7	3,6	-	3,6	3,6	3,6	3,5	3,5	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	-103	-104	-158	-42	-24	-56	-73	-13	-20	-30	-25	-23	-19
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-28	-69	-191	-35	-11	-39	-44	-12	-17	-19	-12	-13	-14
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	-76	-35	+33	-8	-14	-17	-29	-1	-4	-11	-12	-10	-5
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-54	-42	-84	-22	-16	-39	-52	-9	-12	-22	-17	-17	-16
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-49	-62	-73	-20	-8	-18	-21	-5	-7	-9	-8	-5	-3
Arbeitslosenquote	in %	6,4	6,1	5,7	5,7	5,7	5,5	5,4	5,6	5,5	5,5	5,4	5,4	5,3
Westdeutschland	in %	5,7	5,5	5,3	5,3	5,2	5,1	5,0	5,2	5,1	5,1	5,0	5,0	4,9
Ostdeutschland	in %	9,2	8,4	7,6	7,6	7,5	7,3	7,0	7,4	7,3	7,2	7,1	7,0	7,0
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-171	-52	-62	-27	-44	-60	-79	-15	-20	-26	-27	-31	-22
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	+78	+87	+75	+22	+29	+27	+13	+7	+8	+14	0	+1	+1
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	108,4	109,2	111,5	111,1	111,9	112,9	113,2	112,1	113,1	113,5	113,8	113,5	112,4
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	103,1	103,2	104,3	104,2	103,9	104,9	105,1	104,9	104,8	104,9	104,9	105,0	105,4
BA-X Stellenindex	Index	192,3	216,5	237,8	233,7	241,0	249,3	251,3	246,0	249,0	253,0	251,0	252,0	251,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 — Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

Bundesrepublik Deutschland

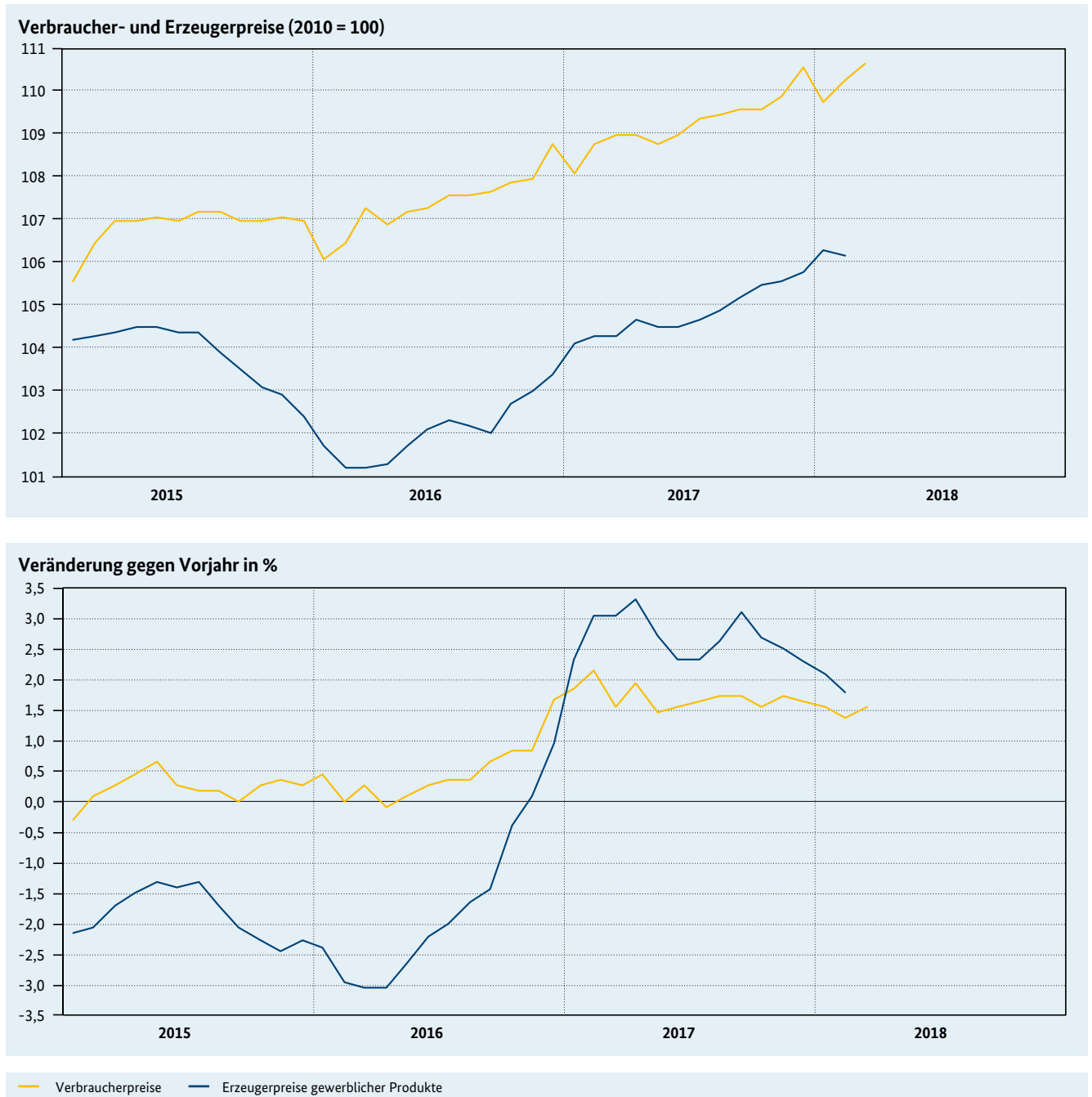
		2017			2018			2017			2018			
		2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	106,9	107,4	109,3	108,9	109,5	110,0	110,3	109,6	109,9	110,6	109,8	110,3	110,7
	gg. Vj. in %	+0,3	+0,5	+1,8	+1,7	+1,8	+1,7	+1,6	+1,6	+1,8	+1,7	+1,6	+1,4	+1,6
Waren	Index	107,0	106,6	108,9	108,7	108,5	109,8	109,9	109,5	109,9	109,9	109,6	109,7	110,3
	gg. Vj. in %	-0,8	-0,4	+2,2	+1,8	+2,0	+1,9	+1,3	+1,9	+2,1	+1,8	+1,5	+1,0	+1,4
Verbrauchsgüter	Index	110,0	108,8	111,7	111,2	111,3	112,6	113,4	112,1	112,7	113,0	113,5	113,4	113,4
	gg. Vj. in %	-1,5	-1,1	+2,7	+2,1	+2,3	+2,5	+1,7	+2,4	+2,8	+2,2	+2,0	+1,2	+2,0
darunter:	Index	112,4	113,3	116,7	115,9	116,2	118,0	119,6	117,5	117,8	118,7	119,6	119,5	119,7
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+0,8	+0,8	+3,0	+2,4	+3,1	+3,5	+2,4	+4,3	+3,2	+3,0	+3,1	+1,1	+2,9
darunter:	Index	112,8	107,8	109,6	109,2	109,0	110,5	111,0	109,9	110,7	110,9	111,4	110,7	110,8
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	-5,6	-4,4	+1,7	+1,1	+1,4	+1,7	+1,1	+1,2	+2,7	+1,2	+1,5	+0,6	+1,2
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	105,5	106,3	107,7	108,5	107,0	109,3	106,9	109,9	109,6	108,4	105,2	106,2	109,2
	gg. Vj. in %	+0,7	+0,8	+1,3	+1,6	+1,7	+0,9	+0,7	+1,0	+0,9	+0,8	+0,5	+1,1	+0,2
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	97,3	98,4	99,4	99,4	99,4	99,6	99,6	99,5	99,6	99,8	99,7	99,6	99,6
	gg. Vj. in %	+0,4	+1,1	+1,0	+1,0	+1,0	+0,9	+0,6	+0,9	+0,8	+1,1	+0,9	+0,5	+0,4
Dienstleistungen	Index	106,8	108,2	109,7	109,1	110,5	110,2	110,6	109,6	109,9	111,2	110,0	110,7	111,1
	gg. Vj. in %	+1,2	+1,3	+1,4	+1,5	+1,6	+1,4	+1,7	+1,2	+1,5	+1,6	+1,6	+1,6	+1,8
darunter:	Index	106,7	108,0	109,7	109,6	109,9	110,4	110,9	110,2	110,4	110,5	110,8	110,9	111,0
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,2	+1,2	+1,6	+1,8	+1,7	+1,7	+1,6	+1,6	+1,7	+1,7	+1,7	+1,6	+1,6
Insgesamt ohne Energie	Index	106,8	108,1	109,8	109,5	110,2	110,6	110,8	110,2	110,4	111,1	110,3	110,8	111,3
	gg. Vj. in %	+1,1	+1,2	+1,6	+1,6	+1,8	+1,7	+1,6	+1,6	+1,7	+1,6	+1,7	+1,5	+1,6
Energie	Index	107,4	101,6	104,7	104,3	103,7	105,5	105,8	104,6	106,0	105,9	106,3	105,8	105,2
	gg. Vj. in %	-7,0	-5,4	+3,1	+2,3	+2,0	+2,0	+0,5	+1,2	+3,7	+1,3	+0,9	+0,1	+0,5
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	106,9	107,4	109,3	109,0	109,4	109,9	110,4	109,6	110,0	110,1	110,3	110,4	110,5
	gg. Vj. in %	+0,3	+0,5	+1,8	+1,6	+1,8	+1,7	+1,5	+1,5	+1,9	+1,6	+1,6	+1,4	+1,6
HVPI⁴	Index	100,0	100,4	102,1	101,7	102,3	102,8	102,9	102,3	102,6	103,4	102,4	102,9	103,3
	gg. Vj. in %	+0,1	+0,4	+1,7	+1,6	+1,7	+1,7	+1,4	+1,5	+1,8	+1,6	+1,4	+1,2	+1,5
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	103,9	102,1	104,8	104,6	104,9	105,6	-	105,5	105,6	105,8	106,3	106,2	-
	gg. Vj. in %	-1,8	-1,7	+2,6	+2,9	+2,6	+2,5	-	+2,7	+2,5	+2,3	+2,1	+1,8	-
Vorleistungsgüter	Index	102,3	100,8	104,3	104,3	104,3	105,0	-	105,0	104,9	105,1	106,0	106,3	-
	gg. Vj. in %	-1,2	-1,5	+3,5	+3,8	+3,3	+3,6	-	+4,1	+3,3	+3,1	+3,1	+2,8	-
Investitionsgüter	Index	104,2	104,8	105,9	105,8	106,0	106,2	-	106,1	106,2	106,2	106,7	106,7	-
	gg. Vj. in %	+0,7	+0,6	+1,0	+1,1	+1,0	+1,1	-	+1,1	+1,1	+1,1	+1,2	+1,1	-
Konsumgüter	Index	108,1	108,8	111,8	111,7	112,5	112,2	-	112,4	112,1	112,2	112,3	112,2	-
	gg. Vj. in %	-0,8	+0,6	+2,8	+3,3	+3,3	+2,2	-	+2,6	+2,2	+1,8	+1,5	+1,4	-
Gebrauchsgüter	Index	107,1	108,4	109,6	109,6	109,7	110,0	-	109,9	109,9	110,1	110,7	110,8	-
	gg. Vj. in %	+1,3	+1,2	+1,1	+1,1	+1,0	+1,3	-	+1,2	+1,2	+1,3	+1,5	+1,4	-
Verbrauchsgüter	Index	108,3	108,8	112,1	111,9	112,9	112,6	-	112,7	112,5	112,5	112,5	112,4	-
	gg. Vj. in %	-1,1	+0,5	+3,0	+3,5	+3,6	+2,4	-	+2,8	+2,4	+1,8	+1,5	+1,4	-
Energie	Index	102,6	96,6	99,9	99,0	99,5	101,4	-	100,8	101,4	102,0	102,2	101,6	-
	gg. Vj. in %	-5,4	-5,8	+3,4	+3,0	+3,0	+2,9	-	+2,8	+3,0	+3,1	+2,2	+1,8	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	111,1	113,4	116,8	116,4	117,2	118,0	120,0	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,6	+2,1	+3,0	+2,8	+3,1	+3,4	+4,0	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	111,4	112,4	116,6	116,2	117,4	118,3	120,7	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+0,9	+3,7	+3,7	+4,2	+4,6	+5,3	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise

Bundesrepublik Deutschland



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

		2017			2018			2017			2018			
		2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	100,1	87,4	105,3	98,7	101,2	114,5	124,2	108,5	116,5	118,5	129,0	121,5	122,0
	gg. Vj. in %	-41,9	-12,7	+20,5	+12,3	+11,5	+13,5	+16,4	+8,6	+22,1	+10,4	+18,8	+11,3	+19,3
Nahrungs- und Genussmittel	Index	100,0	102,1	99,1	97,9	97,9	96,0	98,4	96,8	96,6	94,6	95,8	98,9	100,5
	gg. Vj. in %	-17,7	+2,1	-2,9	-7,0	-6,8	-8,1	-6,0	-8,2	-8,3	-7,6	-9,8	-6,6	-1,4
Industrie-Rohstoffe	Index	100,1	97,3	118,2	110,4	118,9	120,5	129,8	118,3	120,1	123,0	130,9	131,4	127,1
	gg. Vj. in %	-26,0	-2,8	+21,5	+16,0	+21,9	+10,8	+5,4	+19,3	+8,8	+5,4	+9,5	+4,5	+2,4
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	100,1	85,5	104,5	97,7	99,8	115,1	125,3	108,3	117,5	119,6	131,0	122,1	122,9
	gg. Vj. in %	-44,1	-14,6	+22,2	+13,5	+11,9	+15,3	+19,1	+8,8	+25,9	+12,1	+21,6	+13,3	+22,5
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	100,9	97,8	101,5	101,3	100,1	101,9	-	101,3	102,1	102,4	102,9	102,3	-
	gg. Vj. in %	-2,6	-3,1	+3,8	+4,2	+2,4	+2,1	-	+2,6	+2,7	+1,1	+0,7	-0,6	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	112,7	112,4	115,1	115,2	113,4	114,4	-	114,2	114,3	114,6	114,2	114,2	-
	gg. Vj. in %	+0,7	-0,3	+2,4	+3,5	+0,9	-0,5	-	+0,4	-0,2	-1,6	-3,1	-3,6	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	99,7	96,3	100,1	99,8	98,7	100,7	-	100,0	100,9	101,1	101,7	101,1	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-3,4	+3,9	+4,3	+2,6	+2,4	-	+2,9	+3,1	+1,4	+1,1	-0,2	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	88,3	77,1	89,8	87,6	85,9	93,5	-	90,6	94,3	95,5	98,0	95,4	-
	gg. Vj. in %	-19,0	-12,7	+16,5	+15,7	+10,6	+10,6	-	+11,3	+13,6	+7,1	+7,1	+2,0	-
Fertigwaren	Index	103,3	102,2	103,3	103,7	102,8	102,9	-	102,9	103,0	102,9	102,9	102,9	-
	gg. Vj. in %	+2,4	-1,1	+1,1	+1,7	+0,7	+0,4	-	+0,8	+0,4	-0,1	-0,5	-0,9	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,9	104,0	105,9	106,0	105,7	106,1	-	105,9	106,1	106,2	106,5	106,5	-
	gg. Vj. in %	+0,9	-0,9	+1,8	+2,2	+1,6	+1,2	-	+1,5	+1,2	+1,0	+0,7	+0,5	-
Terms of Trade	Verhältnis	103,9	106,4	104,4	104,7	105,6	104,0	-	104,5	103,9	103,7	103,5	104,1	-
	gg. Vj. in %	+3,5	+2,4	-1,9	-1,9	-0,7	-0,9	-	-1,1	-1,4	-0,1	0,0	+1,1	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,11	1,11	1,13	1,10	1,17	1,18	1,23	1,18	1,17	1,18	1,22	1,23	1,23
	gg. Vj. in %	-16,5	-0,3	+2,0	-2,6	+5,2	+9,2	+15,5	+6,6	+8,7	+12,3	+14,9	+16,0	+15,5
in Yen	Kurs	134,3	120,3	126,7	122,3	130,4	132,9	133,1	132,8	132,4	133,6	135,3	133,3	130,9
	gg. Vj. in %	-4,3	-10,4	+5,3	+0,3	+14,0	+12,7	+10,0	+16,0	+13,2	+9,2	+10,7	+10,9	+8,4
in Pfund-Sterling	Kurs	0,73	0,82	0,88	0,86	0,90	0,89	0,88	0,89	0,89	0,88	0,88	0,88	0,88
	gg. Vj. in %	-10,0	+12,8	+7,0	+9,3	+5,6	+2,1	+2,7	-0,4	+2,2	+4,5	+2,6	+3,7	+2,0
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	91,7	94,4	96,5	95,2	98,6	98,7	99,6	98,6	98,5	98,8	99,4	99,6	99,7
	gg. Vj. in %	-9,5	+2,8	+2,3	+0,8	+3,9	+4,4	+6,2	+3,7	+4,2	+5,4	+5,9	+6,6	+6,1
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	87,6	89,5	91,4	90,3	93,2	93,1	93,9	93,1	93,0	93,3	93,9	93,9	94,0
	gg. Vj. in %	-9,9	+2,2	+2,1	+0,7	+3,6	+4,0	+5,5	+3,2	+3,8	+4,9	+5,4	+5,6	+5,4
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	94,1	94,7	96,0	95,3	97,0	97,3	97,7	97,1	97,2	97,5	97,6	97,7	97,7
	gg. Vj. in %	-4,1	+0,7	+1,4	+0,6	+2,2	+2,4	+3,3	+1,8	+2,5	+3,0	+3,2	+3,4	+3,3
56 Länder	Index	85,8	87,0	87,8	86,9	89,0	89,1	89,5	89,0	89,1	89,3	89,4	89,5	89,7
	gg. Vj. in %	-5,4	+1,4	+1,0	-0,3	+2,3	+2,7	+3,8	+2,2	+2,6	+3,2	+3,4	+3,9	+4,0

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

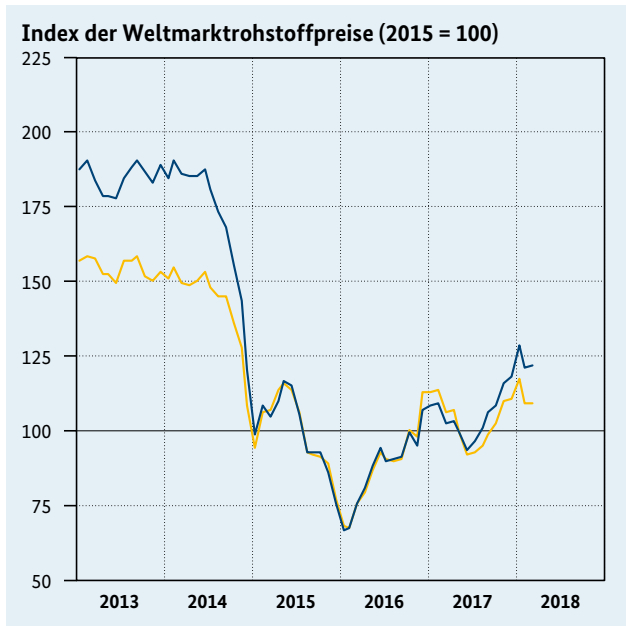
2 Index 2010 = 100;

3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

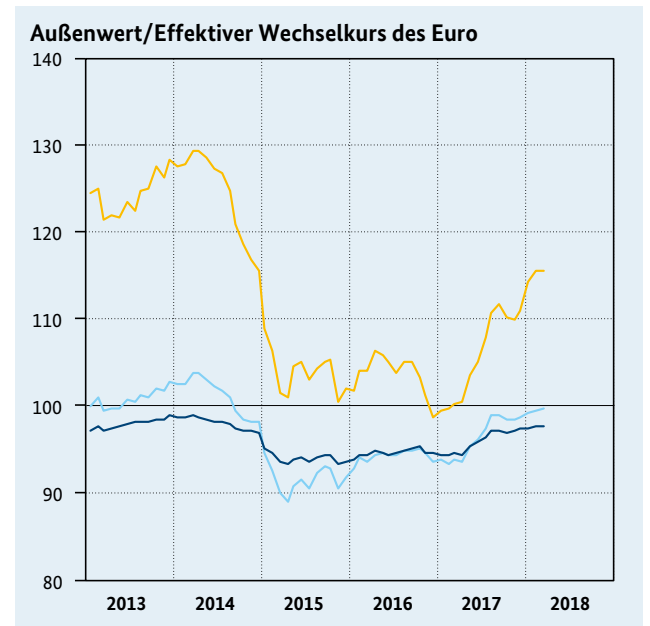
4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro

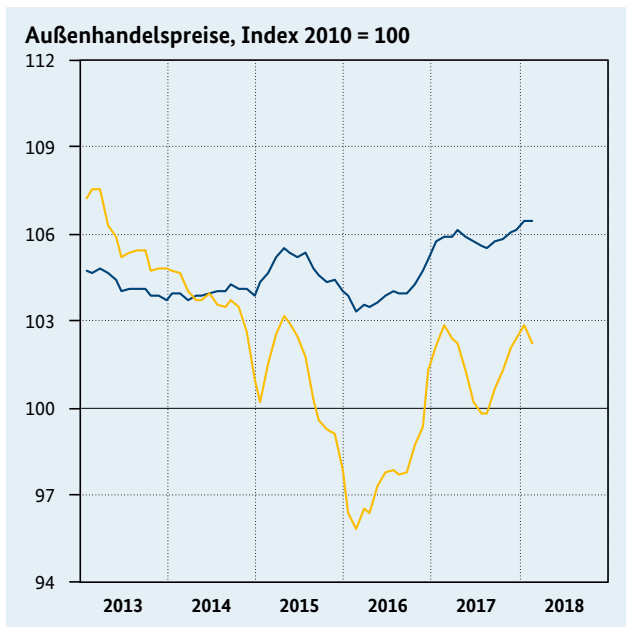
Bundesrepublik Deutschland



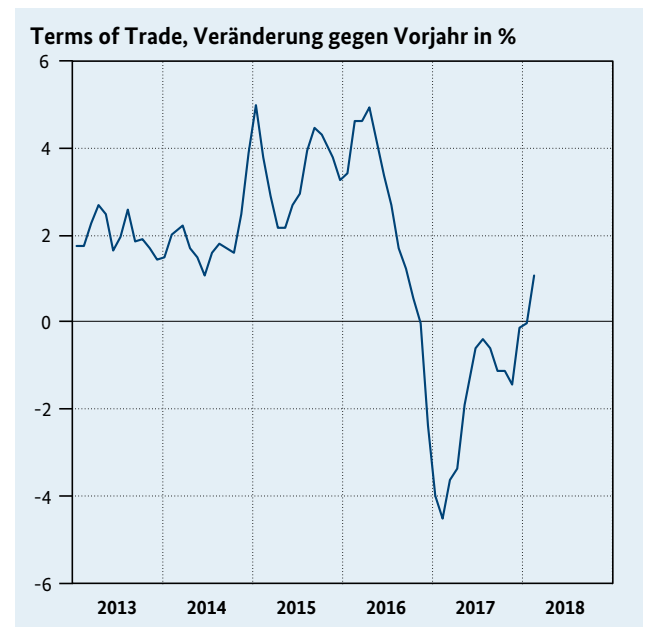
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro 1;
1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit 2



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro-Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

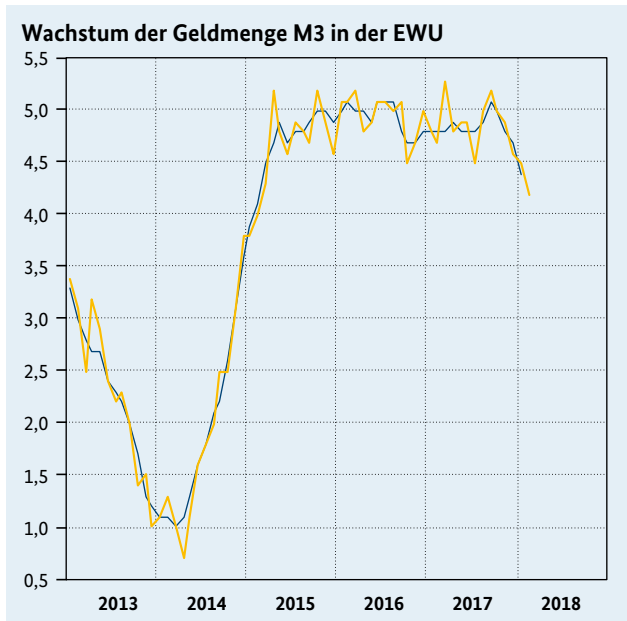
7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2017			2018	2017			2018			
		2015	2016	2017	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)															
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-0,13	-0,37	-0,42	-0,42	-0,43	-0,42	-0,42	-0,41	-0,42	-0,42	-0,42	-0,42	-0,42	
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	-0,02	-0,26	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33	
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,05	-0,16	-0,26	-0,26	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	-0,27	
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,17	-0,04	-0,15	-0,13	-0,16	-0,19	-0,19	-0,18	-0,19	-0,19	-0,19	-0,19	-0,19	
Differenz															
3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	0,11	0,11	0,09	0,09	0,10	0,09	0,09	0,08	0,10	0,09	0,10	0,09	0,10	
Umlaufrendite															
3–5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	-0,12	-0,51	-0,51	-0,55	-0,44	-0,47	-0,23	-0,45	-0,49	-0,46	-0,28	-0,16	-0,25	
Umlaufrendite															
5–8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,13	-0,28	-0,15	-0,20	-0,07	-0,11	0,17	-0,08	-0,13	-0,11	0,07	0,28	0,16	
Umlaufrendite															
9–10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,50	0,09	0,32	0,27	0,39	0,33	0,55	0,37	0,31	0,30	0,47	0,66	0,53	
Geldmenge (Euroraum)															
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	10,6	9,1	9,1	9,4	9,5	9,1	-	9,4	9,1	8,7	8,8	8,4	-	
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	4,8	5,1	5,1	5,1	5,2	5,3	-	5,4	5,3	5,1	5,2	4,9	-	
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	4,7	5,0	4,9	4,9	4,9	4,8	-	5,0	4,9	4,6	4,5	4,2	-	
Wachstum der Geldmenge M3															
3-Monats-Durchschnitt ²	gg. Vj. in %	4,7	4,9	4,9	4,8	4,9	4,8	-	5,0	4,8	4,7	4,4	-	-	
Kredite															
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	+0,4	+1,6	+2,6	+2,7	+2,4	+2,6	-	+2,5	+2,9	+2,6	+2,8	+2,6	-	
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	+0,6	+1,4	+2,0	+1,9	+1,8	+2,4	-	+2,3	+2,6	+2,3	+2,7	+2,4	-	
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+2,5	+2,8	+3,6	+3,5	+3,8	+3,9	-	+3,8	+3,9	+4,1	+4,2	+4,2	-	
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+2,1	+3,0	+3,6	+3,4	+3,8	+3,9	-	+3,9	+3,8	+4,0	+4,2	+4,4	-	
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	-0,6	+2,1	+3,6	+3,2	+4,1	+4,5	-	+4,2	+4,6	+4,7	+4,8	+5,1	-	
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-0,8	+0,1	+0,2	-2,7	+1,7	+5,3	-	+3,9	+4,4	+7,5	+7,9	+8,6	-	
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,5	+2,3	+2,3	+2,4	+2,6	+2,0	-	+1,6	+2,6	+1,7	+2,3	+3,2	-	
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	-0,4	+2,5	+4,6	+4,7	+5,0	+4,8	-	+4,8	+5,0	+4,6	+4,6	+4,7	-	
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+2,1	+2,9	+3,1	+3,1	+3,2	+3,3	-	+3,2	+3,3	+3,4	+3,4	+3,5	-	
darunter:															
Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+3,4	+3,7	+4,1	+4,1	+4,2	+4,3	-	+4,2	+4,3	+4,3	+4,4	+4,5	-	
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)															
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	10969	10196	12441	12529	12344	13085	12626	13017	13159	13079	13255	12459	12163	
	gg. Vp. in %	+15,0	-7,1	+22,0	+6,1	-1,5	+6,0	-3,5	+4,3	+1,1	-0,6	+1,3	-6,0	-2,4	
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	3445	3005	3490	3546	3481	3593	3469	3615	3601	3564	3607	3427	3374	
	gg. Vp. in %	+9,5	-12,8	+16,1	+6,2	-1,8	+3,2	-3,4	+3,1	-0,4	-1,1	+1,2	-5,0	-1,5	
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	2061	2093	2448	2396	2467	2605	2730	2557	2594	2665	2785	2707	2700	
	gg. Vp. in %	+6,7	+1,5	+17,0	+3,1	+3,0	+5,6	+4,8	+2,6	+1,4	+2,8	+4,5	-2,8	-0,2	
Nikkei 225 ⁵	Index	19166	16924	20199	19491	19882	22179	22315	21241	22526	22770	23589	21961	21395	
	gg. Vp. in %	+23,8	-11,7	+19,4	+1,3	+2,0	+11,6	+0,6	+6,6	+6,0	+1,1	+3,6	-6,9	-2,6	

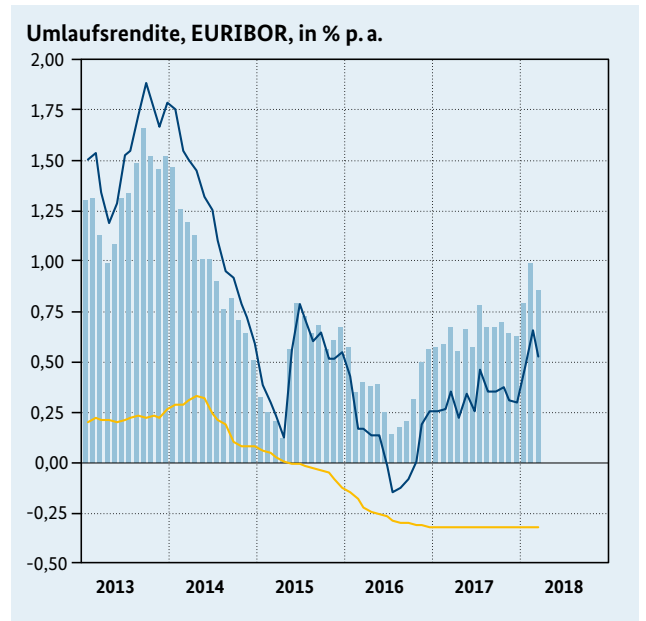
Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company.

- 1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate;
- 2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Ursprungszahlen;
- 4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 5 Kurs- bzw. Preisindex.

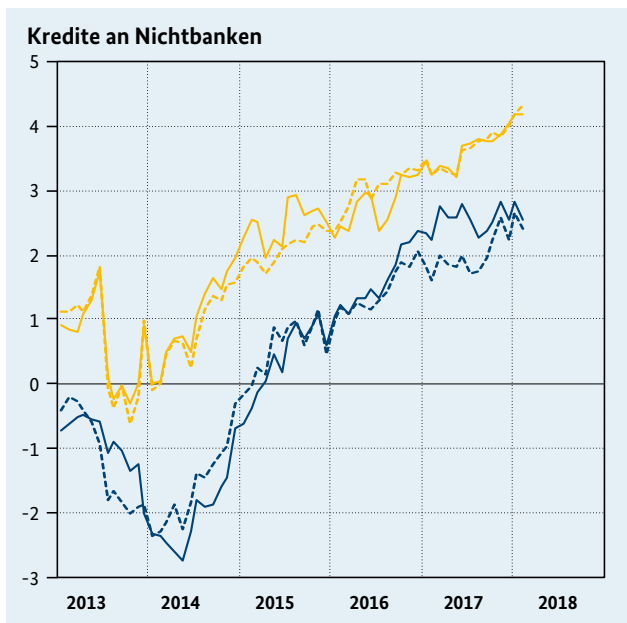
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



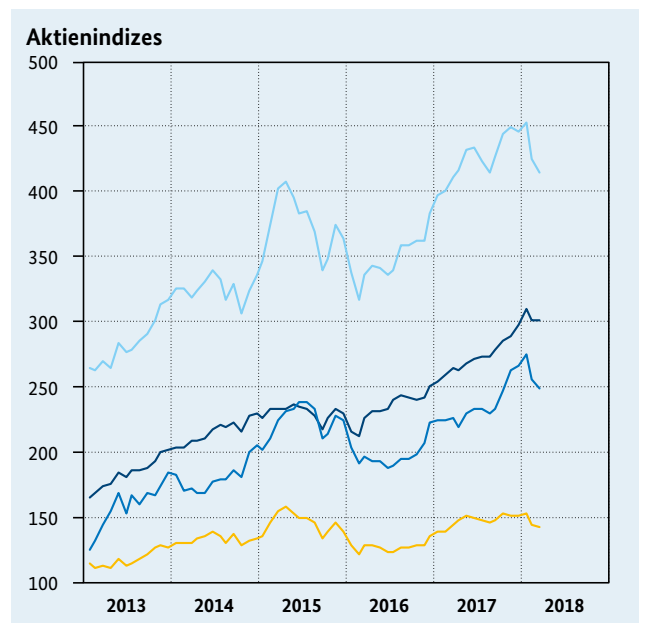
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monats-Durchschnitt



— EURIBOR 3-Monats-Geld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

- 1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;
- 2 Monatsdurchschnitte;
- 3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);
- 4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem so weit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. Ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Mai 2017	<p>Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss im Lichte der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen</p> <p>G20-Digitalministertreffen für eine digitale Zukunft</p> <p>Deutsche Wirtschaft wächst solide – trotz einiger Unwägbarkeiten</p> <p>Das Nationale Reformprogramm 2017</p> <p>Umweltbonus: Erste Zwischenbilanz zur Kaufprämie für Elektrofahrzeuge</p> <p>Beschäftigungsmotor Gesundheitswirtschaft: Bedeutung der Branche für die deutsche Wirtschaft wächst</p>
Juni 2017	<p>Neue Regeln für den Wettbewerb im digitalen Zeitalter: Die 9. GWB-Novelle</p> <p>Neuer Schwung für weniger Bürokratie – das Bürokratieentlastungsgesetz II</p> <p>„Strom 2030 – Langfristige Trends, Aufgaben für die kommenden Jahre“</p> <p>Grünbuch Energieeffizienz – Ergebnisse der öffentlichen Konsultation für eine mittel- bis langfristige Effizienzpolitik</p> <p>40 Jahre Energieforschungsprogramm der Bundesregierung</p> <p>„Der Mittelstand muss die Schwelle ins 4.0-Zeitalter überschreiten“</p> <p>Demografischer Wandel in Japan, China und Deutschland</p>
Juli 2017	<p>Wie reagieren Betriebe auf Fachkräfteverknappung?</p> <p>Safety und Security bei Mittelstand-Digital: Sicherheit in kleinen und mittleren Unternehmen</p>
August 2017	<p>Das neue Wettbewerbsregister</p> <p>Mieter an der Energiewende beteiligen – das Mieterstromgesetz</p> <p>SMARD: die neue Strommarkt-Plattform für mehr Transparenz ist online</p> <p>Kann die EU allein Freihandelsabkommen mit Drittstaaten abschließen?</p>
September 2017	<p>Die Reform des Unterschwellenvergaberechts 2017</p> <p>Transparenz im Rohstoffsektor</p>
Oktober 2017	<p>Zukunft der Europäischen Union – Von der Diskussion zu konkreten Handlungsempfehlungen und Maßnahmen</p> <p>Aktuelle Entwicklungen im Investitionsprüfungsrecht</p> <p>Neue Perspektiven für den Einzelhandel</p> <p>Produktivität in Deutschland – Messbarkeit und Entwicklung</p>
November 2017	<p>Manifest für „Frauen in der Wirtschaft“</p> <p>Deutsche Wirtschaft in Schwung</p> <p>Die Nachhaltigkeitsstrategie des BMWi</p> <p>Weg frei für offenes WLAN</p> <p>Der Rückgang von Korrespondenzbankbeziehungen: Eine Herausforderung für die Weltwirtschaft</p>
Dezember 2017	<p>Industrie 4.0 schafft neue Wertschöpfungsnetzwerke</p> <p>Modernisierung der Wirtschaftsstatistik</p> <p>Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) hat eine neue Strategie</p>
Januar 2018	<p>Emissionshandel ist fit für 2030</p> <p>Instant Payment – WhatsApp für Geld?</p>

Ausgabe	Fachartikel
Februar 2018	Jahreswirtschaftsbericht 2018: Wirtschaftlich gestärkt in die Zukunft Maritime Energiewende gewinnt an Fahrt Ist das Europäische Vertragsrecht fit für das digitale Zeitalter?
März 2018	Wertschöpfungsverflechtungen im NAFTA-Raum Das Netzwerk einheitlicher Ansprechpartner – wichtiger Bestandteil einer unternehmensfreundlichen Verwaltung
April 2018	Dual-use-Güter in der Exportkontrolle Strategien für den erfolgreichen Markteintritt im Ausland: Wie Anbieter klimafreundlicher Energielösungen „Made in Germany“ langfristig neue Auslandsmärkte erschließen können IGF – Industrielle Gemeinschaftsforschung für Unternehmen



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
www.bmwi.de/Navigation/DE/Service/Monatsbericht/monatsbericht.html

